DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 18 34 02

74 7. JAHRGANG November '90 5,00 DM

AUS DEM INHALT:

EIN PFLASTERSTRAND-NACHRUF

Etwas garantiert völlig Neues, ein neuer Zeitschriftentypus wurde den LeserInnen des Frankfurter Metropolenmagazins mit dem seit Januar '90 nur noch monatlich erschienen PflasterStrand versprochen. Doch schon nach 10 Ausgaben ging den Machern nun endgültig die Puste aus.
»Fehlt uns eigentlich etwas, wenn es jetzt diesen Frankfurter »New Yorker« nicht mehr gibt?« fragen sich Romina Brustolon und Richard Herding in ihrem Beitrag »Design bestimmt das Bewußtsein«. Was war aus dem ehemals links-alternativen, Selbstverwalteten Zeitungsprojekt geworden?
Siehe Seite 5.

AG »DAS ANDERE EUROPA«

Ca. 30 TeilnehmerInnen aus Holland, Polen, Estland, Italien, DDR und BRD waren Ende September zum dritten überregionalen Vorbereitungstreffen einer Europäischen Projektemesse nach Leipzig angereist. Der internationale Arbeitskreis »Das Andere Europa« erarbeitete bereits sehr konkrete Vorschläge für die inhaltliche Gestaltung eines solchen Projektetreffens.
Ein Bericht auf Seite 11.

STADTERNEUERUNG IN DER EX-DDR

Um die Eigeninitiative und Selbstverantwortung von MieterInnen in der ex-DDR bei der Sanierung »ihrer« Häuser zu fördern, ist es notwendig, ein Modell zu entwickeln, bei dem die MieterInnen zu TeileigentümerInnen werden. Die Voraussetzungen hierfür, z.B. eine Mietergenossenschaft zu gründen, sind mit einigen Schwierigkeiten behaftet – die Probleme sind jedoch nicht unlösbar. Klaus Novy vom Wohnbund stellt ein geeignetes Konzept vor.
Ein Beitrag auf Seite 12

HAUPTSACHE KULTUR

Eine großangelegte Tagung zum Thema »Sozio-Stadtteilkultur« *fand vom 3. bis 6. Oktober im Ottenser Werkhof in Hamburg* statt. Eine breite VeranstalterInnengruppe, neben der Kulturpolitischen Gesellschaft aus Hagen und der Hamburger Kulturbehörde vor allem die Hamburger Arbeitsgemeinschaft Stadtteilkultur – ein Zusammenschluß von über 130 Vereinen, Künstlergruppen und Initiativen –, sorgte für interessante Diskussionen und Reflexionen über soziales, kulturelles und politisches Handeln.
Mehr dazu auf Seite 3.

BRIEFE AUS DEM KNAST

Solidarität mit Inhaftierten ist eine Sache, wirkliches Wissen um die Zustände in deutschen Gefängnissen und Kontakt eine andere. Was passierte hinter dem Gefängnis z.B. bei der neulich in den Medien erwähnten »Häftlingsrevolte«? Was heißt hier »Resozialisierung«? In dieser Ausgabe dokumentieren wir zwei Briefe von Gefangenen.
Siehe Seite 10.

ETHISCHES INVESTMENT

Eine Diskussion über ein »ethisches Investment« wird nicht nur bei der Ökobank geführt, und überall mit ähnlichen Schwierigkeiten. In einem persönlichen Schreiben an Burghard Flieger, das wir in dieser Ausgabe dokumentieren, bezieht Djeter Reinke (Aufsichtsratvorsitzender der Ökobank) Stellung zu diesem Punkt und beschreibt den Stand der Auseinandersetzung.
Näheres dazu auf Seite 2.

COMPUTERWELT

Mit HighTech die Gesellschaft im Griff

Herrschaftsinstrument Computer: Nach mehrjähriger Pause melden sich Initiativen wieder zu Wort. Initiatorin des sich entwickelnden Netzwerks ist die Heidelberger Initiative „TelekommunikAKTION", die in dieser Ausgabe einige Schwerpunkte der aktuellen Diskussion vorstellt.

Hollerith-Lochkarten waren in den 30er-Jahren die Vorläufer der Computer

TelekommunikAKTION, Heidelberg. ● Anfang der 80er Jahre war „Computerisierung" noch ein Schreckgespenst am Horizont nicht nur linksalternativer Zukunftsängste. Mittlerweile ist ER selbstverständlich geworden.

Unser kleiner PC: quadratisch, praktisch und vom Großen Bruder keine Spur. Sollte sich die Computerisierungskritik von selbst erledigt haben? Ganz im Gegenteil! Denn während breiteste gesellschaftliche Kreise ihren – vergleichsweise – harmlosen Homecomputer als Komfortschreibmaschine benutzen und sich die Vorbehalte gegen HighTech fast aufgelöst haben, konnten und können Industrie und Staat Chip für Chip in aller Ruhe ihre Großtechnologie-Projekte installieren:...

...z.B. „ISDN": Mit der Digitalisierung des Telefonnetzes will *uns die Post einen „Autobahnanschluß" für die „Autobahn der Informationsgesellschaft" ins Wohnzimmer stellen.* **Herbert Kubicek vergleicht im Interview auf Seite 7** das Milliardenprojekt mit dem Schnellen Brüter in Kalkar.

In einigen Städten ist es bereits Wirklichkeit: Die TeilnehmerInnen, die schon an den neuen ISDN-Vermittlungsstellen angeschlossen sind, hinterlassen nun bei jedem Telefonanruf eine breite Datenspur in einem Zentralrechenzentrum in Offenburg – wen haben sie wann angerufen. Daß diese Entwicklung insbesondere Beratungsstellen, RechtsanwältInnen und JournalistInnen beunruhigt, liegt auf der Hand: Ihre Arbeit ist schließlich oft auf die zugesicherte Anonymität für anrufende KlientInnen und InformantInnen angewiesen; **Anne Mahn berichtet auf Seite 6**

Die Polizei ist dagegen von der „Verbindungsdaten"-Speicherung offensichtlich begeistert: Auf Antrag von Bayern und Baden-Württemberg hat der Bundesrat dem Bundestag kürzlich einen Gesetzentwurf für eine Änderung des Fernmeldeanlagengesetzes vorgelegt, in dem das Fernmeldegeheimnis (Grundgesetz Art. 10) nun endgültig gekippt werden soll. Bei „Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit" einer Person soll der Polizei die Überwachung von Verbindungsdaten der letzten drei Monate sowie das Abhören der Gesprächsinhalte erlaubt werden. Bei jeder kleinen Demo („Gefahr für Leib") oder jeder Militärlager-Blockade („Nötigung" = „Gefahr für Freiheit") sollen dann also die Beteiligten sowie ihr gesamtes Umfeld auch rückwirkend überwacht werden können!!

Daß mit der Einführung von Kartentelefonen in Telefonzellen irgendwann auch einmal die letzten „Anonymitätinseln" im ISDN-Netz gekippt werden können, erläutert **Matthias Wolf auf Seite 6.** In vielen Betrieben und Verwaltungen gibt es die Telefonanonymität schon lange nicht mehr: Die Hersteller bieten nur noch ISDN-fähige Telefonnebenstellenanlagen an. Daß sich nun auch Alternativbetriebe damit auseinandersetzen müssen, zeigt **Uwe Jonas auf Seite 7** am Beispiel der AL Berlin.

....z.B. Volkserfassung: Jetzt sind die ÖsterreicherInnen dran. Bei der Volkszählung im Mai 1991 werden ihnen detaillierte Fragen zu ihrem gesamten Leben gestellt werden. Anonymität? Vergisses. Planung von unten ? Ach was! Ein Bericht von **Othmar Brigar auf Seite 8.**

....z.B. Sozialversicherungsausweis und Computerisierung der Sozialhilfe: Um das untere Drittel der Gesellschaft besser beherrschen und verplanen zu können sowie die Sozialkosten zu reduzieren, automatisieren jetzt viele Kommunen die Sozialhilfeerstellung und -beratung. **Angelo Wehrli** erläutert dies am Hamburger Beispiel (Seite 8). Ähnliche Zwecke soll der Sozialversicherungsausweis, den wir demnächst alle bekommen sollen, erfüllen. Wir weisen dazu auf eine Broschüre hin.

Daß sich jedoch nicht alle Menschen diese Gestaltung ihrer Zukunft gefallen lassen, zeigt **Dirk Bethe auf Seite 9:** „Was tut sich in der Computerkritik-Szene?"

Was sind derzeit die beiden theoretischen Modebegriffe? Na? „Ökologie" und „Systemtheorie". Daß mensch sich auch in computerkritischen Kreisen dieser Mode anscheinend nicht entziehen kann, zeigt das „Kommunikationsökologie"-Symposium des „Institutes für Informations- und Kommunikationsökologie" (IKÖ). Einen kritischen Bericht von **Nobert Cobabus** bringen wir in der Dezember-Ausgabe. ●

P 8008 E

00.2621 001 5
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

SCHWEIZ: ALTERNATIVE BANK ERÖFFNETE ENDE OKTOBER IHRE SCHALTER

Meckie Messer über dem Direktionspult?

Erhöhung der Hypozinsen, Geldwaschaffairen, Fluchtgelder von Marcos, König Fahd, Özal & Co.: Die Schweizer Grossbanken stehen zunehmend im Kreuzfeuer der Kritik. Ein günstiger Zeitpunkt also für die Eröffnung der Alternativen Bank ABS? – Mit einem Blick zurück werden Fragmente und Diskussionsfetzen aus der mehrjährigen Geschichte nochmals aufgegriffen und verglichen mit dem realisierten Projekt.

Von Peter Streiff, Netzwerk Zürich ● Meckie Messer sitzt also nicht im Verwaltungsrat der ABS! Ob ihm bzw. seinem Abbild im Schalterraum ein Ehrenplatz zusteht, war zur Zeit des Redaktionsschlusses wegen der Bauarbeiten in Olten nicht zu erfahren. Zweifellos hätte er etwas Anerkennung verdient, verhalf er den ersten Ideen für eine Alternative Bank in der Schweiz doch zu einigem Aufsehen in der Öffentlichkeit: „Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?", entnommen aus Berthold Brechts Dreigroschenoper, fragte provokativ der Trägerschaftsverein für eine Alternative Bank vor bald drei Jahren.

Unverändert klar erkennbar als kein Inserat einer Großbank startete der Trägerschaftsverein seine Kampagne für die Eigenkapital-Sammlung: „Mein Geld soll keinen Beton düngen" oder „Laß Dein Geld nicht stinken" sollten als klare Aussagen wohl politisch bewußte Leute ansprechen.

Die zweite Inseratenreihe zur weiteren Erhöhung des Eigenkapitals setzte deutlich andere Akzente und löste auch in projektnahen Kreisen Diskussionen aus: „Waffenhandel bringt Frieden" oder „Demokratie gehört nicht in den Alltag".

Ohne die Inserateslogans weiter zu analysieren, möchte ich vergleichen, wie im Verlauf der Gründungsgeschichte der ABS das Zielpublikum angesprochen wurde. Ganz kämpferisch tönte es im Gründungsaufruf, der im Anschluß an die Grundlagendiskussion am Netzwerk-Seminar in Salecina 1986 ausgearbeitet wurde: „Wenn wir eine andere Schweiz wollen, müssen wir sie nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch erkämpfen."

Damit sollten all jene Leute angesprochen werden, die (laut Aufruf) „der Ökologie-, Frauen- und Friedensbewegung, dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, den Grünen und Alternativen angehören oder sonstwie dem politisch nicht angepaßten Segment unserer Bevölkerung zuzurechnen sind."

Zwei Jahre später konnte bereits auf das damalige Vorhaben zurückgeblickt werden; im ersten Satz des ABS-Leitbilds (verabschiedet am 30.9.89) wird die eigene Herkunft als „entstanden aus Kreisen ökologischer, selbstverwalteter und entwicklungspolitischer Organisationen und Bewegungen" bezeichnet. Was früher kurz und knapp „erkämpft" werden wollte, nämlich eine „andere" Schweiz, wird heute ausführlicher umschrieben in den ethischen Grundsätzen der ABS, die „an die Stelle der Profitmaximierung" (Zitat aus dem Leitbild) gesetzt werden.Diese ethischen Grundsätze, in leibhaftiger Form des Ethischen Rats, auch wichtiges und (im Vergleich zu anderen Banken) neues Organ, werden umschrieben mit: „solidarische Problemlösungen, die Gleichberechtigung von Frau und Mann, die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse, die Erhaltung der natürlichen Lebenswelt, Kreativität und Innovation." Der anfängliche Kampf wurde ersetzt durch „Förderung von Projekten" und dem Verständnis, eine Alternative zur herrschenden ökonomischen Logik zu sein.

ANERKENNUNG IN DER FACHPRESSE

Damit sei genug zitiert aus Texten, die möglicherweise einige der LeserInnen schon kennen. Zum Stichwort 'Ethik' scheint mir interessant, daß die schweizerische Handelszeitung (eine den Bankkreisen zumindest nahestehende Fachzeitung) in ihrem seitenlangen ABS-Artikel (vom 23.8.90) den Untertitel „ethische Kriterien im Vordergrund" wählt. Dazu wird Hanspeter Vieli (ABS) mit den Worten zitiert, daß die beiden Räte (ethischer Kreditprüfungsausschuß vorher und Ethischer Rat nachher) „die Einhaltung der Geschäftsethik bei uns zum wichtigen Anlagekriterium machen". Nicht weniger spannend ist die Wahl des Haupttitels:„Alternative für den Mittelstand".

Fortsetzung auf Seite 2

DOKUMENTATION ZUR ÖKOBANKDISKUSSION

Betrifft: Ethisches Investment

Das Thema ethisches Investment wird innerhalb von Vorstand und Aufsichtsrat der Ökobank heiß diskutiert. Dieter Reinke vermittelt in einem persönlichen Schreiben an Burghard Flieger einen guten Eindruck in die Auseinandersetzung.

Es herrscht allgemeiner Konsens darüber, daß es zu den Aufgaben der Ökobank gehört, ihren Mitgliedern und Kunden Anlagemöglichkeiten auf dem Gebiet des ethischen Investment aufzuzeigen und zu vermitteln. Die Diskussion wird schwierig, wenn es um die Definition „ethisch" geht, aber mit diesen Schwierigkeiten befindet sich die Ökobank in bester Gesellschaft. Auch in London hat sich ein Arbeitskreis gebildet, der hier – wenn möglich – eindeutig Kriterien erarbeiten soll, und in ihm sitzen immerhin so praxiserfahrene Manager wie die des Merlin Ecology Fund und des Researchinstituts Eiris.

Ich habe an einer Sitzung dieses Arbeitskreises teilgenommen und mit größtem Interesse notiert, daß hier die Diskussionen nicht anders geführt werden als in der Bank. Mit allerdings einem – wie ich finde entscheidenden – Unterschied. Es herrscht hier keine Furcht, aus einem Arbeitsprozeß heraus die Kriterien immer wieder aufs neue zu prüfen und zu definieren. Das heißt, es besteht hier die Bereitschaft und Fähigkeit, die eigene Praxis in Frage zu stellen, ohne in ihrer Aufgabe einen Gesichtsverlust oder gar einen Verrat an fundamentalen Prinzipien zu sehen. Denn eines steht doch wohl außer Frage: Die Definition des Ethischen basiert immer auf einem soziokulturellen Bezugssystem, und davon gibt es auf diesem Planeten viele. Und was für das eine Bezugssystem eine zutreffende Definition ist, kann für das andere durchaus das völlige Gegenteil bedeuten.

Gleiche Ethik für alle?

Die Vielzahl der unterschiedlichen Kriterien, mit denen die amerikanischen und englischen Fonds hier auf den Markt kommen, sind davon noch ein schwaches Abbild. In diesen Fonds stehen für ethisches Investment vor allem Negativkriterien wie keine Rüstungsbetriebe, keine Tabakindustrie, keine Alkoholproduzenten, keine umweltfeindlichen Produktionsweisen, keine Geschäftsverbindungen zu Südafrika u.ä.. Manchmal fallen mehrere Kriterien zusammen, manchmal auch nicht. Daraus einen weltumspannenden, weltweit gültigen Ethos zu destillieren fällt jedenfalls schwer.

Innerhalb des Vorstandes und des Aufsichtsrates wurde darum der Vorschlag der Versiko in Düsseldorf dankbar aufgegriffen, sich beim Aufbau eines solchen Fonds ganz auf Umweltkriterien zu konzentrieren und zu spezialisieren. Statt „ethischer Investmentfonds" also ein „Ökofonds". Die Versiko hat hier entscheidende Vorarbeit geleistet und Verbindungen zu einem amerikanischen Fondsmanagement aufgebaut, das beabsichtigt, mit einem derartigen Fonds in Luxemburg auf den Markt zu bekommen. Der Ökobank wurde angeboten, mit entscheidendem Einfluß in Verwaltung und Vertrieb dieses Fonds einzusteigen. Sie hat Gespräche mit den Fairsicherungsläden über eine Beteiligung an einer gemeinsamen Vertriebsfirma geführt, und man ist sich auch hier im Primzip einig geworden. Doch dann tauchten wieder die – und das ist nun meine ganz private Wertung – für die alternativgrüne Szene typischen Ängste vor einer Entscheidung auf, die sich in der Praxis evtl. doch nicht so prinzipientreu umsetzen läßt, wie man das beabsichtigt und proklamiert hatte.

Gestaltungswillen einbringen

Die alles entscheidende Frage, über die seit Monaten im Aufsichtsrat diskutiert wird, lautet: Gibt es überhaupt ausreichend Investmentmöglichkeiten, die unseren ökologischen Kriterien gerecht werden? Läßt sich also ein Fonds, der nach diesen Kriterien gemanagt wird, wirtschaftlich überhaupt erfolgreich führen, oder ist er von vorneherein dazu verdammt, für die Anleger zu einem wirtschaftlichen Flop zu werden? Mit anderen Worten: Sind die Investitionsmöglichkeiten auf diesem Markt so gering, daß es einer Vortäuschung falscher Tatsachen gleichkommt, mit einem solchen „Ökofonds" auf den Markt zu kommen? Dahinter steht dann immer wieder der Hinweis auf die „Erfahrungen" mit der linkischen Auseinandersetzung um die Beteiligungen der R & V.

Ich vertrete hier – wie schon im Fall der R & V – eine völlig andere Herangehensweise, mit der ich allerdings innerhalb der Bank in der Minderheit bin. Für mich ist es nicht akzeptabel, auf der einen Seite in bestimmten Bereichen eine gesellschaftliche Mitgestaltung anzumelden, sie lauthals zu proklamieren, auf der anderen Seite jedoch an den hierfür entscheidenen Schaltzentralen diesen Gestaltungswillen nicht einzubringen. Mit moralischen Postulaten mag ich ja in einer theokratischen Gesellschaft noch etwas bewegen können, in einer Industriegesellschaft zeigen solche Postulate Wirkung nur, wenn sie zusammengehen mit wirtschaftlicher Gestaltungskraft. Sprich: Wenn sie eine ökonomische Konsequenz haben. Die Ökobank hätte nicht realisiert werden können, wenn sie nicht auf die Praxis und Erfahrung der Netzwerke, der Direktkreditvermittlungen, der GLS hätte aufbauen können. Sie war innerhalb der Arbeit dieser Institutionen das Ergebnis eines weitergehenden „Gestaltungswillen".

Mit starken Partnern kooperieren

Ein solcher Gestaltungswille ist nach meiner Überzeugung auch jetzt notwendig, um in dem für das globale Wirtschaftsleben so entscheidenen Kapitalmarkt einzudringen und hier für eine kreative Unruhe und für das Angebot von Alternativen zu sorgen. Dies aber kann nur Schritt für Schritt erfolgen. D.h., die Alternativen müssen – ich wiederhole mich – geschaffen, gestaltet werden und das mit allen Kompromissen, die ein solches schrittweises Vorgehen immer einschließt. Warten, bis hier auf dem Kapitalmarkt überzeugende Alternativen existieren, kann doch nur heißen, die Gestaltung der Alternativen anderen zu überlassen, kann doch nur das Eingeständnis sein, daß der Markt einen nicht braucht...

Natürlich kann „die Ökobank" diese Arbeit nicht leisten. Aufsichtsrat und Vorstand äußern hier mit Recht die Furcht, daß die Bank damit endgültig überfordert wäre und daß alle Anstrengungen, in dem stürmischen Expansionsprozeß der Bank die Kosten im Griff zu halten, spätestens dann scheitern würden. Aber darum geht es gar nicht. Nicht die Ökobank soll die Arbeit leisten, sondern ein bzw. mehrere starke Partner. Das steht zur Diskussion. Das kleine Einmaleins des Wirtschaftslebens sollte auch für die Ökobank Gültigkeit bekommen: Wenn einem allein das Kapital und Potential fehlt, um Produkte am Markt einzuführen und durchzusetzen, dann schaut man sich nach Partnern um und sichert sich einen – so möglich entscheidenden – Einfluß. Und zwar in einem Marktsegment, in dem es für die eigenen Existenz wichtig ist, präsent zu sein.

Wenn die Bank diese Notwendigkeit nicht sieht, wenn sie sich einer solchen Chance entzieht, dann werden andere Institutionen diese Rolle übernehmen. Was oft übersehen wird: Die Rolle der Ökobank ist schneller kopierbar als sich das manche vorstellen können. Aber ich glaube, daß das jetzt eh kein Thema mehr für die Bank ist. In der nun seit fast einem Jahr andauernden Diskussion ist m.E. der entscheidende Vorsprung, den die Bank auf diesem Gebiet hatte, verloren gegangen. Inzwischen kommen fast monatlich neue Angebote auf diesen Markt.

Vorreiterrolle schon verpaßt

Hat die Bank für Sozialwirtschaft mit ihrem in Luxemburg angesiedelten Secura-Rent-Lux Rentenfonds noch Schwierigkeiten hier in der Bundesrepublik offensiv zu werben, so haben andere das Veto des Bundesaufsichtsamtes gegenüber ethisch apostrophierten Anlagefonds inzwischen elegant umschifft. So etwa das DG Kapital Öko 2000 Vermögensverwaltungsdepot der DG Bank in Frankfurt. Ein Depot für den betuchten Anleger, die Mindesteinlage beträgt 200.000,00 DM. Dieser Fonds operiert mit Aktien in- und ausländischer Unternehmen, die sich mit umweltfreundlicher Energiegewinnung, Verringerung und Beseitigung von Schadstoffbelastungen, Recycling sowie umweltfreundlichen Produkten und Verfahren beschäftigen.

Die Artus-Ethische Vermögensverwaltung GmbH begann schon vor zwei Jahren damit, Kleinanleger mit Sparaufbauplänen und Aufbaukonten an britische und amerikanische Ethikfonds zu beteiligen. Inzwischen arbeitet sie direkt mit dem britischen Merlin Ecology Fund zusammen. Und auch die Bayerische Hypothekenbank hat jetzt über ihre Tochter, der Hypo Capital Management GmbH, den H.C.M-Eco-Tech Aktienfonds auf den Markt gebracht; ein rein ökologisch orientierten Branchenfonds ohne ausgesprochen ethische Zielsetzung. Es sind wohl einige 100 Millionen Mark, die innerhalb kürzester Zeit in diese Fonds geflossen sind. Da mit der Realisierung des europäischen Binnenmarktes ohnehin für viele EG-Fonds die harten Auflagen des Bundesaufsichtsamtes entfallen, ist davon auszugehen, daß sich das Angebot für ökologisch oder allgemein ethisch orientierte Anleger noch bedeutsam erhöhen wird.

Um zu verhindern, daß die Ökobank in dieser Situation eines Tages nur noch für Eingeweihte als ein kompetenter Partner für ökologische Finanzanlage bekannt ist, bauen wir z.Zt. über die Ökonsult ein Dienstleistungsangebot auf, das wie folgt beschrieben werden kann: Die Ökonsult beobachtet den Markt für ethisches Investment. Ihr interessant und glaubwürdig erscheinende Angebote wird sie in ihren Vertrieb aufnehmen und potentiellen Anlegern zusammen mit einer kritischen Darstellung vorlegen. Dem Anleger werden somit Kriterien an die Hand gegeben, die es ihm möglich machen, selber zu beurteilen, ob die Erwartungen und Vorstellungen, die er persönlich an eine ethische Anlage stellt, erfüllt sind oder nicht. Ein erstes Angebot war die Beteiligungsmöglichkeit an Europas größtem Windpark, dem Windpark Nordfriesland, der inzwischen überzeichnet ist. Hier hat die Ökonsult mit der BVT in München zusammengearbeit. Mit weiteren Projekten stehen wir derzeit in Verhandlungen. ●

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Meckie Messer über dem Direktionspult?

Gleich in der Einleitung liefert die Handelszeitung ihre unmißverständliche Einschätzung: „Die ABS richtet sich weniger an Alternative des Schlages 'Hippies mit Jesussandalen' sondern an kreative mittelständische Unternehmen mit sozialem Engagement und Umweltbewußten Ideen, die nicht genügend Mittel haben, jene auch in die Realität umzusetzen".

Ich überlasse hier die Einschätzung getrost den LeserInnen, ob die einbezahlten 9,5 Mio. Franken Eigenkapital der ABS und die bereits vorhandenen 60 Mio. Franken Kreditgesuche nun von mittelständischen Unternehmen kommen oder nicht. Immerhin sei in dem Zusammenhang daran erinnert, daß das Netzwerk dank der erfolgreichen Sammelaktion bei seinen Mitgliedern 200 Stimmrechtsaktien zeichnen und sich somit als Organisation die maximale Einflußmöglichkeit sichern konnte.

Geld von der ABS, aber wie?

Daß der Alternativen Bank das Geld ausgehen könnte, steht mindestens am Anfang nicht zur Debatte, im Gegenteil wird eher ein Mangel an Kreditgesuchen befürchtet. Obwohl sich die Struktur- und Geschäftspolitik der deutschen Ökobank nur wenig mit der ABS verglei chen lassen, wurde ihr Mangel an Kreditgesuchen öfters auch bei der ABS diskutiert. Die bereits erwähnten ca. 60 Mio. Franken Kreditgesuche lassen die ABS-Leute aber beruhigter auf die Schalteröffnung vom 29.Oktober blicken.

Daher wende ich mich im folgenden der anderen Seite zu, nämlich der der möglichen GeldempfängerInnen. Aus der Sicht eines selbstverwalteten Betriebes (z.B. Ladenkollektiv) sollen die wichtigen beiden Kontaktmöglichikeiten zur ABS kurz erwähnt werden. (Ausführlich beschrieben in der aktuellen 'Moneta '3/90.)

Nehmen wir als Beispiel an, daß das Haus, worin sich der Laden befindet, zum Verkauf ausgeschrieben wird und somit eine längerfristige Existenz des Ladens sowie einiger Wohnungen in den oberen Etagen möglich wäre. Wenn sich nun die verschiedenen MieterInnen zu einer Wohngenosseschaft zusammenschließen, um so den Hauskauf zu ermöglichen (falls sie's nicht mit SPECKulanten zu tun haben, folglich genügend Zeit vorhanden ist), haben sie eine reelle Chance, von der ABS eine Hypothek zu 6 1/4 % zu erhalten. Diese Zahl, so Hanspeter Vieli (ABS) im Gespräch, sei für den Moment so festgelegt worden und liege klar unter den sogenannt marktüblichen Zinssätzen. Auf Grund verschiedener Reaktionen sei ihm bewußt, daß bei verschiedenen Leuten mit solchen Zahlen Illusionen zerstört würden. Auch nach der Eröffnung der ABS seien zinsgünstige Darlehen am ehesten im nahen Freundes- und Bekanntenkreis aufzutreiben. Auf Wunsch wolle die ABS diese Bestrebungen unterstützen (sog. Direkt-Kreditvermittlung); wie stark diese Dienstleistung benutzt werde, könne jedoch nur schwierig vorausgesagt werden, meint Hanspeter Vieli. Neben den Krediten mit Normalkonditionen (u.a. Hypotheken) kann die ABS auch Förderkredite vergeben. Somit wieder zurück zum Ladenkollektiv, das beispielsweise mit einem Umbau die Verkaufsfläche und damit das Sortiment vergrößern will. Für die Umbaufinanzierung soll die ABS angefragt werden. Da das Ladenkollektiv den Positivkriterien der Bank entspricht (u.a. Selbstverwaltung) kann es von Zinsvergünstigungen profitieren. Laut internen Schätzungen kann sich der Zinssatz für Förderkredite
bis auf 2,7 % senken. Wichtig ist allerdings anzumerken, daß diese Zinssätze jeweils je Förderbereich berechnet werden. Anders gesagt: Die niedrigsten Zinssätze werden nur erreicht, wenn möglichst viele Leute, die sich ein teilweise reines Gewissen bei der ABS-Kontoeröffnung zulegen wollen, sogenannte „Förderbereichs-Kassaobligationen" (mit freiwilligem Zinsverzicht) für den Bereich Selbstverwaltung kaufen.

Zum Start ein Fest

Soweit eine, allerdings nur kurze Rückschau! Die ausführlichen Diskussionen, die während der letzten vier Jahre zum Bankprojekt im Netzwerk geführt werden, sind im Dossier „Bankraub", einer Dokumentation der Diskussion um die ABS von 1986 bis heute, herausgegeben von Netzwerk für Selbstverwaltung in Zürich, enthalten.

Nachdem am 21. August wie vorgesehen die Gründung der ABS vorgenommen werden konnte („wir freuen uns natürlich sehr und sind glücklich, daß dieser Schritt erfolgreich gemacht werden konnte", stand im Brief an die AktionärInnen), gab es am Samstag, 27. Oktober, vor der eigentlichen Eröffnung (am darauffolgenden Montag) in Olten zunächst ein großes Fest. ●

Aus: Sapperlot, Informationen für eine alternative Gesellschaft, Nr.1/90, Herausgeber: Netzwerk für Selbstverwaltung, Baslerstr. 106, 8048 Zürich.

Kontakt für Bankgeschäfte, Moneta-Bestellungen:
Alternative Bank ABS
Leberngasse 17
Postfach
4601 Olten
☎ 062/32 00 85

BUCHPROJEKT

»adieu ddr — oder die Liebe zur Autonomie«

Ein Wegweiser durch die Projektelandschaft: Wir, eine HerausgeberInnengruppe aus Ost & West, sind dabei, „DDRweit" autonome und alternative Projekte zu recherchieren.

Vor der Wende – wie leicht doch diese Vokabel über die Lippen kommt – waren es bereits einige, die in einer Grauzone von Halböffentlichkeit zu „Tätern" wurden; nach der Wende waren es viele, die ihre aufgesparten Träume nun endlich in die Tat umzusetzen versuch(t)en. Diesen Tätern sind wir auf der Spur. Ihnen gilt unsere Liebe, den Autonomen, Kollektivisten, Utopisten, Querdenkern, den Unverzagten und jenen, die sich unnachgiebig im aufrechten Gang, in einer Kultur des Widerstandes üben – auch und gerade dann, wenn nach einer viel zu kurzen Phase praktizierter Demokratie an den Runden Tischen, sie BRDmäßig zu parlamentarischer Gymnastik verkommt, – auch und gerade dann, wenn wir uns jetzt einer Politik des Geldes gegenübersehen, die mit der Austrocknung unserer so jungen „Biotope" droht. Je vollständiger „adieu ddr – oder die Liebe zur Autonomie" wird, desto besser können wir Politik machen, indem wir mit dem Buch den riesigen Förderbedarf dokumentieren.
Um diese Vollständigkeit zu erreichen, bitten wir die, die sich angesprochen fühlen, an folgende Adresse zu schreiben:
Stattbuch Verlag · „adieu ddr"
Gneisenaustr. 2a · W-1000 Berlin 61
☎ (030) 691 30 95
In der Dezember-Ausgabe der CONTRASTE mehr über das Projekt.

VERSORGUNGSWERK KURZ & KNAPP

Die Mitgliedschaft im Ökowerk ermöglicht Versicherungen in der Gruppe zu besonderen Bedingungen:
Verwaltung und Inkasso werden vom Ökowerk übernommen und sind dadurch wesentlich billiger. Diese Kostenersparnis führt zu sehr günstigen Prämien und extrem hohen Leistungen. Das Antragsverfahren ist stark vereinfacht.

Ein weiterer Vorteil: Die angesammelten Sparbeiträge aus der Altersversorgung können der Ökobank e.G. als langfristige Rfinanzierungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Konkret heißt das: Mehr Kreditmöglichkeiten für selbstverwaltete Betriebe! Das Ökowerk ist damit ein wichtiges Glied im sogenannten „anderen Geldkreislauf", der das neue politische Selbstverständnis nach außen hin dokumentiert.
Die Leistungen im einzelnen:

- Kapitalversicherung: hochverzinsliche Altersvorsorge, Todesfallabsicherung für die Hinterbliebenen, Beitragsbefreiung bei Berufsunfähigkeit
- Berufsunfähigkeitsversicherung: Monatliche Rente von DM 2.000,- bei Berufsunfähigkeit von mindestens 50%.

Ausführliche Informationen bei:
Ökowerk e.V. · Fichtenstr. 42
4000 Düsseldorf 1
☎ (0211) 973 71 50

BUNDESWEITER RATSCHLAG ZU STAND UND PERSPEKTIVE VON STADTTEILKULTUR

Hauptsache Kultur

Von 3. bis 6.Oktober fand in Hamburg im Ottensener Werkhof eine Tagung statt, die in Sachen „Sozio-Stadtteilkultur" ihresgleichen sucht in Bezug auf Programmumfang, thematischer Umsetzung und Willen zur Perspektivengebung.

Mathias Lahmann, Redaktion Heidelberg ● Das Konzept der OrganisatorInnen sah vor, herauszuführen aus Nabelschauen in Sachen „Stadtteilkultur" und stellenweise resignativ geführten Debatten rund um die Ressourcen-Verteilung.

Dieser Bericht ist ein Versuch, die komplexen Eindrücke von einzelnen „Stationen" der Hamburger Mammut-Veranstaltung abzutasten: Hierbei standen diejenigen Gespräche im Vordergrund, die Analysen lieferten und neue Strukturansätze soziokultureller Arbeit diskutierten... den insgesamt 39 Einzelveranstaltungen während der vier Tage in Hamburg (Workshops, Podien, Werkstattgespräche, Kulturveranstaltungen) läßt sich kaum gerecht werden, leider...

„Soziokulturelles Umfeld" Ottensen

Eigentlich hatte das ganze Unternehmen in der Hamburger Akademie der bildenden Künste stattfinden sollen; hiermit sollte räumlich ein Zeichen gesetzt werden in Richtung „Aufbruch/Neue Ufer": Die Kunst/KünstlerInnen als Motor/Chance kommunal erlebbarer Kultur.

Nun, die Direktorin, ohnehin schon angefeindet ob ihres großen Herzens für die Soziokultur, bekam im allerletzten Moment kalte Füße und ließ die räumliche Zusage platzen.

So bekamen die zahlreichen auswärtigen BesucherInnen von HAUPTSACHE KULTUR die einmalige Gelegenheit, mit dem Werkhof Ottensen und der Osterkirche in einem Viertel zu tagen, in dem Stadtteilkultur an jeder Ecke zu greifen ist: Allein der genossenschaftlich organisierte Werkhof mit seinen 5.500 qm Nutzungsfläche in fünf Gebäuden und den dutzenden Projekten, Wohn- und Arbeitsplätzen, mit seinen zwei Kneipen (und den verwinkelten FlurVerbindungen!!) wäre als Anschauungsobjekt die Reise nach Hamburg wert gewesen. Daneben dann im Viertel „um die Ecke" Künstler-Ateliers, Second-Hand-Rradlershops, Werkstätten, viel AusländerInnen, das Stadtteilzentrum MOTTE, die FABRIK, viel Kinder, Hundkacke, die renovierte Fußgängerzone, Einwohnerwehr gegen Abriß und Mietwucher usw. usf.. Kaum ein besserer Ort in Sicht.

Die VeranstalterInnen

Neben der Kulturpolitischen Gesellschaft (Kupoge) aus Hagen, die als politischer Schirm des Kongresses fungierte, und der Hamburger Kulturbehörde, die zum Großteil die Finanzierung übernahm, powerte eine Arbeits- und Planungsgruppe, um redaktionell aufgestellte Thesen und Themen in die Realität umzusetzen. Hierbei waren VertreterInnen der Hamburger Arbeitsgemeinschaft Stadtteilkultur beteiligt (AG St.t.k. = Zusammenschluß von über 130 Vereinen, Künstlergruppen, Initiativen und Einzelpersonen), aber auch die MitarbeiterInnen der Abteilung Stadtteilkultur (st. 1978) der Kulturbehörde arbeiteten motiviert an Konzepterstellung und -realisierung mit.

Aufgaben

Die Hamburger VeranstalterInnen hatten sich in einem öffentlichen Konzeptpapier sehr genau darauf festgelegt, was denn unter „Hauptsache Kultur" zu thematisieren sei. Eine für viele ähnliche Tagungen nachahmenswerte Initiative: Man und frau weiß schon im voraus, worum es geht, Fragestellungen ergeben sich nicht aus mühselig zu dechiffrierenden intellektuellen Referaten... viel schneller läßt sich Unmut äußern „Thema verfehlt!" und das Output einer solch vielschichtigen Veranstaltung wird leichter nachmeßbar.

○ In Hamburg sollte nach mehr als einem Jahrzehnt bundesrepublikanischer Stadtteilkultur-Praxis ein Resümée gezogen werden, um den Blick auf neue Aufgabenfelder werfen zu können.

○ Mit der Werkschau/dem Rück-Überblick sollten Öffentlichkeit und EntscheidungsträgerInnen für die Attraktivität der Arbeit angesprochen werden.

○ Die Fairnis des Ausverkaufs von Soziokultur an die Gelüste von Standortpolitik und „Stadtinszenierung" sollten aufgezeigt werden.

○ Neue oder bislang vernachlässigte KooperationspartnerInnen sollten entdeckt und gewonnen werden.

Viel Heu.

„Just a little respect"

Eingestimmt wurde die Gesamtveranstaltung von 3 Monologen, deren unterschiedlicher Tiefgang einmal mehr auf die Bandbreite von HAUPTSACHE KULTUR hinwies.

Der Berliner Politologe Hajo Cornel setzte mit seinem Referat bereits die Eckpflöcke einer Gesamtdiskussion: Während er einerseits den herrschenden kulturpolitischen Weg soziokulturellen Engagements von der moralischen Ethik (frühe 70er!) zur inszenierten Ästhetik (späte 80er) aufzeichnete, vergaß er nicht, ironisierend auf die besondere Spezies „Mensch" hinzuweisen,die für die Durchsezung von stadtteilorientierter Soziokultur hauptsächlich verantwortlich zu machen ist: Natürlich die frühen „50er"-Jahrgänge, eingelagert in gesellschaftlich-saturierten Öko-Nischen und politisch aktiviert in den Nach-68er-Konflikten... Ein Grinsen ging durch den Saal.

Den intellektuellen „Gegenpol" zu diesem Referent bildete der Hamburger Kultursenator Münch; der hatte bereits das Gespür verloren, wie unangenehm die Ignoranz politischer Macht manchmal wirken kann... Da redete er von den gespendeten Deichtorhallen (Ein jährliche Folgebelastung für die Stadt in zweistelliger Millionenhöhe) wie von einem zu großen Auto, daß man ihm geschenkt habe und bei dem er jetzt doch nicht nach dem Benzinverbrauch schauen dürfe (Ein Bruchteil der jährlichen Deichtorhallen-Ausgaben ließe Hamburgs Soziokultur-Szene ganz anders aufleben!). Münch scheute sich auch nicht, ehrenamtliche Kräfte in den kulturellen Zentren und Einrichtungen als die „wahren Mäzenaten" hinzustellen, deren Arbeit nun wirklich unbezahlbar sei. Seine Finanzlogik gipfelte in dem Spruch, daß er ja nun nicht die Oper streichen könne, um mehr Geld für die Soziokultur lockerzumachen... Wer hatte das gefordert?

Ein bißchen sah er aus, der Herr Münch, wie sein eigener, allerdings unvorbereiteter Referent...

Manchen TeilnehmerInnen war aus dem Herzen gesprochen, daß nach diesen Sätzen als Interim eine Gospelgruppe mit dem Song „(We want...)Just a little respect!" die Stimmung im Saal widerspiegelte.

Als dritter Begrüßer/Einführer versuchte der Präsiden der Kupoge, Olaf Schwencke, die politische Dimension der Soziokultur in Richtung „Gegenöffentlichkeit" zu lenken, unter dem sie im Hinblick auf die bürgerlich etablierte Kultur angetreten war.

Die Kupoge hat mit ihrer lobbymäßigen Unterstützung soziokultureller Arbeit gerade in den Zeiten der Wende seit 1983 eine Menge zur offiziellen Legitimation von Stadtteilkultur beigetragen. Wie wenig das bei hartem Inszenierungseillen ausgerichtet hat, machte Olaf Schwencke am Beispiel Berlin deutlich: Rechte Politik führte dort mit viel Investment „ein Endzeitprojekt des allgemeinen Kulturspektakels" vor.

Ob die SPD/AL und Kultursenatorin Anke Martiny diese Richtung unter den Zeichen von „Neudeutschland" auffangen können?

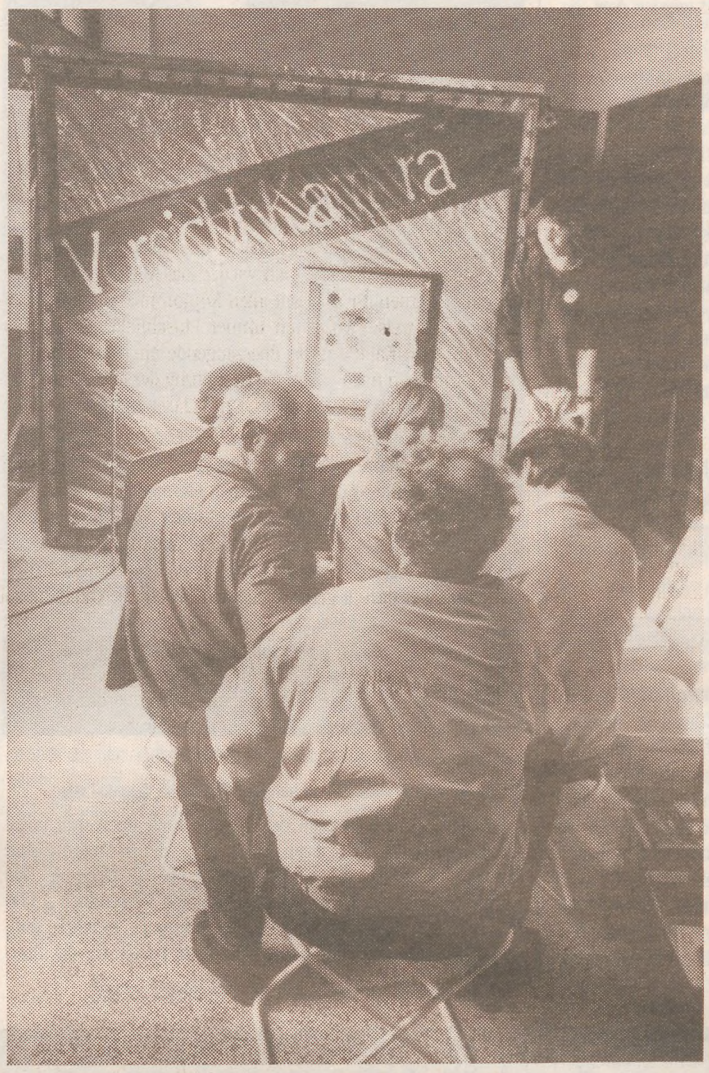


Foto: Herbert Grohmann — Workshop bei "Hauptsache Kultur" mit der Camera Obscura

Wie und Warum finanziert der Behördenapparat?

Unter der Thematik „Perspektiven von Förderstrukturen für soziokulturelle Projekte" verglichen am nächsten Tag Magrete Wulf (Leiterin der Abteilung Stadtteilkultur der Hamburger Kulturbehörde) und Kurt Weichler (Leiter des städtischen „Kulturbüros" in Dortmund) die Arbeits- und Förderansätze in den beiden Kommunen.

Während in Hamburg bereits 1978 ein politisch gewolltes stadtteilorientiertes Konzept eine breite Förderung von bereits existierenden Projekten initiierte, war in Dortmund zu der Zeit überhaupt noch nicht an derartige Möglichkeiten zu denken.

Hieraus ergaben sich unterschiedliche Entwicklungserfahrungen.

Hamburg durchlebte bislang drei Grobphasen stadtkultureller Entwicklung, was die Förderung durch die „Stadtkapitäne"betraf: Während '78 eine enorme Expansion der Ausgaben mehr als 20 Projekte in die Lage versetzte, auch finanziell einen Rahmen für ihre Arbeit/ihr Zentrum zu finden, begann die Stadt seit '82, erst einmal die entstandenen Folgekosten zu verdauen.

Mitte der 80er Jahre entwickelte der Ex-Bürgermeister Dohnanyi die allesheilende Lösung vom Wirtschaftsfaktor „Kultur": Standortaufwertung war gefragt, Stadtteilzentren hatten das Nachsehen.

Erst in der aktuellen Haushaltsentscheidung ist eine langerwartete Etataufstockung für die Stadtteilkultur endlich von allen Parteien begrüßt und verabschiedet worden.

In den geschilderten Jahren hat sich ein feinmaschiges und selbstbewußtes Netz von InitiativlerInnen/PraktikerInnen vor Ort entwickelt, die durch alleinige Etatbeschneidungen nicht mehr aus Hamburg wegzudenken sind.

Im Gegensatz dazu hat in Dortmund erst eine Bestandsaufnahme „Soziokultur" der Kupoge von 1985 die städtischen Nasen in ein Investitionsfeld gedrückt, das bis dato unbekannt schien.

Die Einrichtung eines Kulturbüros neben der traditionellen kommunalen Kulturverwaltung sollte erkannte Defizite ausbügeln. in der flächenmäßig ungewöhnlich großen Stadt galt es, eine Transfer-Stelle für neue Kulturformen einzurichten. Städtische Angestellte konnten so als ConsulterInnen gegenüber InitiativlerInnen auftreten, und deren Gedanken, entsprechend professionell motifiziert, an die städtischen Plaungs- und Investitionsbereiche „verkaufen". Nach den Worten von Kurt Weichler versucht die Crew von 15 Leuten im Kulturbüro, in den Köpfen der Verwaltung zu denken und Vorstellungen/Wünsche in Grenzgängen zu städtischer Realität werden lassen.

Da aber trotz aller Anstrengungen (Festivals, kleinere arbeitsbereichsorientierte Zentren, Stadtfeste) der Kulturanteil prozentual nicht gewachsen, sondern gesunken ist, denkt Kurt Weichler an eine Sekundär-Finanzierung durch Nutznießer mittelbarer Auswirkung von soziokultureller Arbeit.

Hierzu gehören Stadterneuerungsmaßnahmen, in dessen Schlepptau auch immer schon soziokulturelle Bereiche miteingefordert werden müssen. Ebenso ist Soziokultur im Bereich der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik relevant: Freizeitindustrie gilt hier als Schlagwort.

Beschäftigungsprogramme aus Bundesmitteln müssen als Überschüsse an die Kommunen zurückfließen.

Bei der Suche nach Finanzquellen waren sich „Hamburg" und „Dortmund" in einem Punkt einig: Durch den allgemeinen gesellschaftlichen Wechsel von der Ethik zur Ästhetik ist Soziokultur kein Bereich für Sponsoren. Blumentöpfe kann man und frau mit Stadtteilzentren nicht verkaufen, auch keine Autos, Feuerzeuge oder Kernenergie.

Während aber das Dortmunder Kulturbüro mit Image- und Vertrauenspflege in Sachen Soziokultur wirbt und solide Struktur-/NutzerInnenrechnungen auflegt, warnt Frau Wulf vor überregionaler Feuilleton- und „Einschaltquoten"-Logik. Nicht die Massen der BesucherInnen zählen; entscheidend ist, daß die Häuser überhaupt da sind, ein öffentliches Zuhause, zu dem jederzeit Zutritt gewährt sein muß...

EVENTS-Kultur als Ziel

Am Abend kübelte Karl Homuth (HdK Berlin, Bereich Stadtentwicklung) provokante Thesen auf den sauberen Boden der Soziokultur. Soweit ihm seine ZuhörerInnen folgen konnten, erfuhren sie die kalte Dusche des Kulturpessimismus: Eine Szenerie urbaner Kultur-Supermarkt-Ästhetik wird zum beherrschenden Faktor... Spektakel, Designarchitektur, Image-Inszene-Setzungen, all das dient expressiven Lebensstilen. Kultur wird für kommerzielle Zwecke funktionalisiert, die Politik assistiert bei deren Umwandlung zur Prothese verlorenen Lebenssinns. Vergessene, alternative und abweichende Lebensformen leben als Brennstäbe urbaner „events" ein letztes Mal auf. Kultur als Ansammlung kombinierter Waren?

Homuth glaubte an die formale Toleranz eines alles vermarktenden Marktes. Er verbreitete die Vision von der Emanzipierung des Individuums, das sich als Akteur in medialen Auftritten stilisieren kann. Geld, Zeit, psychisches Durchsetzungsvermögen sind die entscheidenden Hilfen.

Alles in allem schlechte Karten für die Soziokultur.

Die kreative Wundertüte

Reinhart Richter (Ex-Kulturamtschef aus Osnabrück unter Siegfried Hummel und jetzt freischaffender Kulturberater u.a. in den Oststaaten) hielt ein beeindruckendes Referat für die „freie Kulturarbeit".

Er kritisierte die gängige Kulturpolitik als eine, die immer nur den eigenen punktuell orientierten Entscheidungen hinterherläuft. Folgekosten und Plansanierungsarbeit binden in Behörden ganze Arbeitsjahre zuungungsten möglicher kommunaler Entwicklung. So werden die Etats zum Großteil in die Erhaltung abgeschlossener Kultur„epochen" gesteckt, eine mittel- oder langfristige Kulturentwicklung hat keine Chance.

Nach Richters Meinung wäre ein solches Verhalten mit einer Planungsetage eines Higt-Tech-Unternehmen zu vergleichen, die ihre Top-Leute mit 470-DM-Verträgen finanziert.

Er plädierte für die freie Kulturarbeit, weil nur hier widerborstige und visionäre Fähigkeiten zu erwarten wären in Bezug auf gesellschaftliche Entwicklungsschritte. Die Kulturverwaltung sollte sich einer Machtbeschränkung aussetzen; städtische Räte, gefunden über Losverfahren, sollten über Etatvergaben mitentscheiden, eine solche Autonomie könnte die Organisationskompetenz kommunalen Lebens ungeheuer stützen.

Reinhart Richter war gut vorbereitet, schnell hatte er auf Fragen passende Antworten zur Hand: Fast wie eine kreative Wundertüte.

So meldeten sich auch erstaunlich viele (ehemalige) KollegInnen von Richter zu wort, die über ihren Alltag in den Kulturbehörden klagten („Wir sind ja doch nur die Hampelmänner der Stadtverwaltung!" – „Wir wären sehr dankbar um jeden Machtverlust, aber wem was in die Hände geben?" – „Bei uns gibt es gar keine freie Kulturarbeit!"...

Soviel Leute von der „Gegenseite", das hätte es auf den alten Bundeskongressen der soziokulturellen Zentren auch nicht gegeben. „HAUPTSACHE KULTUR" schaffte neue Kontakte.

Multikulturelle Töne

Die AusländerInnen durften auch in Hamburg nicht fehlen: Thomas Schmid (Amt für multikulturelle Angelegenheiten, Ffm) sorgte (so kurz nach der deutschen Einigung!) für böses Blut in Sachen Ex-DDR.

Die frühen Jahre der Republik wären wieder zurückgekehrt... Nationale Grenzziehung deutete nicht hin zu Brückenbau: Die neue BRD als größter Nationalstaat wäre nichts als Anachronismus. Außerdem zöge der Vorrang der Oststaaten-Bedürfnisse jegliche Mittel für multikulturelle Problematiken ab. Manche Polemik gegen die „Plastikbomber-Kaufkommandos" führte zu Unruhe im Saal – schließlich war fast ein Viertel der Anwesenden aus dem Osten angereist.

Für den spanischen Autor Heleno Sama war das „Ausländerproblem" speziell eines der Deutschen. Er forderte also folgerichtig dazu auf, den Deutschen zu helfen, über sich selbst nachzudenken.

Nicht allen AusländerInnen-VertreterInnen auf dem Podium war nach Ironie zumute. Sevim Celebi-Gottschlich (Al-Abgeordnete aus Berlin) forderte kategorisch die Gleichstellung aller in Deutschland lebenden Menschen, sonst sei gegenseitiges Verständnis kaum möglich.

Schnell waren da allerdings die alten Sprüche von den entrechteten und geschlagenen Frauen wieder präsent, als Alibi, islamische Lebensgewohnheiten nicht zulassen zu können in der BRD. Daß eine multikulturell orientierte Gesellschaft die Chancen bietet, über gegenseitiges Verstehen auch Gewaltbarrieren zu durchbrechen, das blieb im Hintergrund der Diskussion.

Daß dem AusländerInnenhaß aber ein Ende bereitet werden muß, darüber waren sich alle einig. Globale Verständigungen gelingen immer am schnellsten.

Die Macher werden zu Verkäufern

Am letzten Tag von HAUPTSACHE KULTUR stellten Norbert Sievers (Sekretär der Kupoge) und Udo Husmann (Auswertender der Forschungsstudie „Soziokulturelle Zentren") ihre Thesen zur nötigen Entwicklungsstrategie vor.

Norbert Sievers sprach als Organisator des „Fonds Soziokultur" durchaus aus förderungspolitischer Perspektive, wenn er die Kupoge als „Modernisierungsfaktor in Sachen Kulturpolitik" hinstellte. Ein Begriff hat nach seiner Ansicht Karriere gemacht. Als Krönung dieser Entwicklung habe sich die bundesweite Förderung durchsetzen können und selbst in Bundestagsanfragen und -antworten zum Thema manifestiert.

Obwohl sich die Begriffsdefinition von Soziokultur zunehmend praxisorientiert und nicht politisch relevant entwickelt hat, schienen dem Referenten die Perspektiven gar nicht so schlecht: Hier existierten Bausteine für eine ökologisch und kommunikativ orientierte Kulturpolitik, die auch in in den Oststaaten sinnstiftend tätig werden könne.

Daß die Soziokultur sich allzu schnell auf dem Vorhof der billigen Sozialarbeit wiederfinden könne und daß Prostituierungsgefahren überall lauern, schien den meisten Anwesenden klar zu sein (Haben wir 'was falsch gemacht, wenn uns die Gegenseite fördert?)

Das Publikum wies zusätzlich darauf hin, daß sich Einrichtungen wie die Kupoge davor hüten sollten, kulturpolitische Sinnkrisen der letzten Jahre mit dem Know-How-Export nach Osten zu kompensieren.

Udo Husmann versuchte, mit seinen Zahlenwerken (Kosten-/Nutzenrechnungen/Selbstverwaltungsansprüche/Umsätze/Fortbildungen /Veranstaltungen/Nutzertage usw.) allgemein Mut zu machen in der Runde und verwies auf die praxisorientierte „Tüchtigkeit" der Zentren. Frau Wulf warnte aber davor, durch zu starkes „Sich-Verkaufen" im alltäglich funktionierenden Betrieb zu verlieren und damit auch die ungewöhnliche Attraktivität für die Kulturverwaltungen, die sich durchaus „Grelles" wünschen.

Diese Tagung war eine Zumutung

Mit diesem Satz leitete Werner Frömming vom Hamburger GOLD-BEKHAUS das Kritikplenum von HAUPTSACHE KULTUR ein. Er mußte es wissen; er hatte zusammen mit seinen KollegInnen 4 Tage lang bei der Organisation kaum ein Auge schließen können...

300 TeilnehmerInnen pro Tag, davon bis zu 60 Leuten in den Einzel-Arbeitsgruppen, 2/3 der TeilnehmerInnen nicht aus Hamburg, 50 OststaatlerInnen... Quantifizierbar war die Veranstaltung also schon.

In ihrer Wirkung einschätzbar wird sie wohl erst (mit ein wenig Luft holen) in der „angedrohten" Dokumentation.

Vielleicht war sie zu überfliegerisch und zu wenig stadtteilorientiert, vielleicht fehlte zu sehr die explizite Frauenkultur, vielleicht fehlten dem Autor einfach genügend Augen und Ohren, alle Progarmmangebote im Ottensener WERKHOF neben auch noch alternativen Hafen und Stadtteilrundfahrten, Werkbesuchen in Zentren usw. wahrnehmen zu können...

Insgesamt gelang es der Tagung, für die meisten TeilnehmerInnen ein weites Stück erlebter Identität zu inszenieren; nicht so sehr die Perspektiven, sondern eher die Reflexionen über das eigene soziale/kulturelle/politische Arbeiten und Handeln standen im Vordergrund vieler AGs und Podien.

Interessant waren die Stimmen aus den Oststaaten: Ihnen schienen viele Thematisierungen sehr praxisfremd und pseudowissenschaftlich zu sein, sie wunderten sich auch bei vielen Aussagen über Etatentscheidungen, wie plandenklerisch in der Alt-BRD gedacht wurde. ●

EINE RADIO-RUNDE AM RANDE VON «HAUPTSACHE KULTUR»

Die Chance von Sankt Pauli

Es gibt Themen, da ist man und frau ganz schnell „unter sich"! Zu diesen Themen muß wohl auch Radio-Initiativ-Arbeit gehören.

Mathias Lahmann, München ● Bekannte Gesichter, bekannte Projekte beim Workshop „Auf Sendung!"... Hallo, der Thomas aus Nürnberg, Hallo, die Uschi aus Freiburg, Hallo, Martin und Torsten aus Hamburg!

Die weiteren TeilnehmerInnen gehörten bis auf eine („bekehrbare"?) Ausnahme ebenfalls zur Kategorie „Profis": Eine ehemalige Mitarbeiterin von RADIO DORTMUND, ein Kollege von Radio DT 64 und ein aufgeschlossener Medienverwalter vom OFFENEN KANAL Hamburg.

Schnell leuchteten die komprimierten Erfahrungen aus den Projekten in München, Freiburg und Nürnberg das Spektrum alternativen Radiogeschehens mit seinen Perspektiven (= ernstgenommene Gegenöffentlichkeit) und Depressionen (= Projekte-Ausverkauf, s. RADIO 100 in Berlin) aus.

STANDORT HAMBURG

Vor Ort in Hamburg ist immer noch Sende-Hoffnung angesagt, obwohl zweieinhalb Jahre Motivationsschub für die tägliche Sende-Legalität schon hinter den InitiativlerInnen liegen. Die Pauli-Produktionen haben allerdings wirklich etwas Neues für Hamburgs Ohren parat, wie es die mitgebrachten Beispiele verdeutlichten. Immerhin, die MitgliederInnen und InitiativlerInnen können bereits über den Offenen Kanal in Hamburg Sendungen ausstrahlen; der anwesende Kollege unterstrich die Lebendigkeit und Spannung gerade bei den St.Pauli-Sendungen, so zum Beispiel die Live-Sendung rund um die Phantom-Demo.

Der Offene Kanal ist aber für RADIO ST.PAULI kein ernstes Thema: Weder Sendeschema noch eindeutige Kennung der Sendungen sind erlaubt; wann was gesendet werden darf, bestimmt das Prinzip der Schlange.

HERHÖREN, WEGHÖREN?

Heißer wurde die Debatte am Tisch, als es um eine quantifizier- und qualifizierbare HörerInnenschaft ging... wer hört sich das alternative Radio eigentlich an? Die NürnbergerInnen haben sich für eine Aufteilung des Sendekonzepts entschieden: Einerseits Programmplätze, an denen einzelne Initiativen, Gruppen und Musikfreaks zu Gehör kommen und ihre „selbstgekochten" Geschichten loswerden; andererseits täglich einen 3-stündigen Programmblock, der von (wenngleich schlecht!) bezahlten Redaktionsmitgliedern professionell gestaltet wird. Hier sollen Meldungen, Meinungen und Informationen über Nürnberg so verbreitet werden, daß ein möglichst breiter Kreis angesprochen wird. Hier wird nicht nur auf die (zugegeben: wichtigen!) Werbekunden geschielt. Auch für das Gesamtradio und deren MacherInnen ist es wichtiger geworden, daß es als Stimme in der Stadt wahr- und ernstgenommen wird. (Auch darüber gewinnen „Z"-Meldungen an Aussagekraft in der Stadt).

SYMPATHISANTINNEN, RADIO-AKTIVE?

Die quantifizierbare Akzeptanz wird in Freiburg und Nürnberg völlig unterschiedlich bewertet: Während Nürnberg über Programm- und HörerInnen-Analysen von offizieller Seite verfügt, kann in Freiburg niemand sagen, wieviel Leute eigentlich das Radio hören. Man und frau orientiert die eigenen Aktivierungs- und Mitgliederkampagnen an den fehlenden HörerInnen-Anrufen und -Feedbacks aus bestimmten Stadtteilen.

St. Paulis wichtigster Trumpf im Rangeln um eine (auch Teil-) Frequenz bleiben die SympathisantInnen, die mit Mitgliedsbeiträgen das Radio finanzieren sollen. Bei Radio Z hat die Geschäftsführerin diesen Traum schon ausgeträumt:

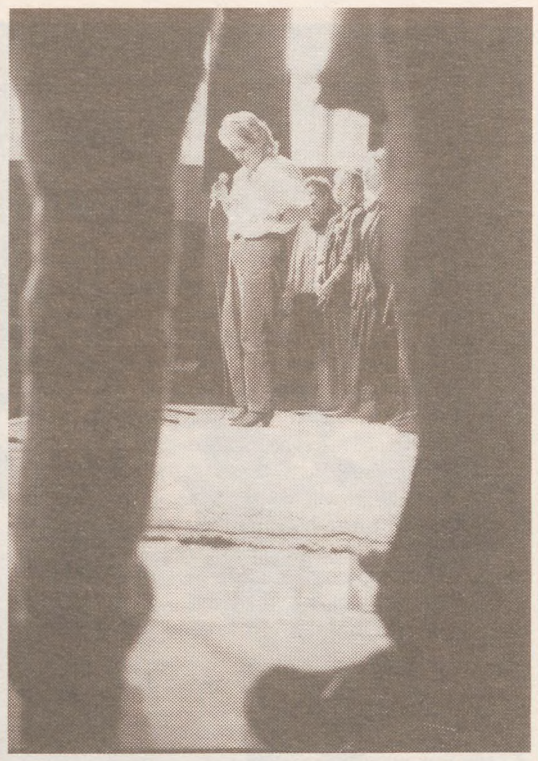


Foto: Herbert Grohmann

Der Chor des "Kunstwerk Hamburg" bei der Eröffnungsveranstaltung von "Hauptsache Kultur"

1.500 Z-Mitglieder können den Sender auch nach drei Jahre nicht finanzieren. Die knapp 2.500 Mitglieder in Freiburg sind für die Kontinuität des Sendebetriebes ebenso zuwenig. Das hoffnungsfrohe Radio St. Pauli rechnet mit letztendlich 4.000 Mitgliedern... vielleicht mag das in Hamburg möglich sein; nirgendwo sonst ist eine solche Masse von Leuten für die alternative Radio-Idee motivierbar gewesen, weder in Berlin, noch in München oder in Zürich...

GRUNDBEDINGUNGEN

Der Kampf um die Mitglieder, die PR-Trommel, das Taktieren um die Frequenz und deren Erhalt... all das bindet massig Kräfte, die eigentlich in die Sendungen fließen sollten. Die Frage nach dem Aufwand, der für einen legalen Sender unter kommerziellen Medienrechts-Mäntelchen zu tätigen sei, ist berechtigt: Die Münchner LORA-Erfahrung mit Hörfunk-Produktionen, die allen Beteiligten einerseits riesig Spaß gemacht haben, bei denen nicht nur etwas über Technik, sondern auch über Inhaltsreflektion vermittelt wurde, diese Erfahrung fordert eigentlich eine Öffnung für Bürgerbeteiligung ohne den Riesenumweg, den RADIO 100, RADIO Z und RADIO DREYECKLAND haben gehen müssen!

Feste Sendeplätze, regelmäßige Sendezeiten, gute Vorbereitung der Sendungen, keine Überlastung der Initiativ-Gruppen durch zuviel Sendezeit..., genügendes Budget für eine Kontinuität der Radioarbeit.... Und: Auf keinen Fall den ständigen Trouble mit Medienbehörden, Aufsichsgremien und dem eigenen Bankkonto!

So einfach ist das. Die Forderung muß nur durchgesetzt werden.

OST-WEST-TRANSFER

Der Kollege vom Ex-DDR-Jugendsender DT 64 schaute sich das alles sehr interessiert an.

Von den Piratenfunk-Aktivitäten in den Ex-DDR-Ländern wußte er leider nichts zu berichten; die Projekte KANAL X in Leipzig, RADIO F.R.E.I. Erfurt oder RADIO P(renzlauer Berg) in Berlin waren ihm unbekannt... Wie sich die Seiten gleichen: Welche öffentlich-rechtliche KollegIn weiß schon 'was von St,Pauli, RADIO Z oder RADIO DREYECKLAND... ●

ZUR IKÖ/IG-MEDIEN-TAGUNG IN MÜNCHEN

Eigentlich längst gewußt, worauf das alles hinausläuft...

Das grün-angehauchte Dortmunder Institut für Kommunikations-Ökologie hat Tradition bewiesen: Im zweiten Jahr war es in Zusammenarbeit mit den *IG-Medien mit einer kritischen Tagung auf den* MÜNCHNER MEDIENTAGEN präsent.

UMFELD

Mathias Lahmann, München ● Auch diesmal war für diese Präsenz hauptsächlich Winfried Eckardt verantwortlich, grüner Rundfunkrat und unermüdlicher Sekretär der quantitativ kaum auszumachenden IKÖ-Fachgruppe „Medien und Kultur".

Während im letzten Jahr noch ein wenig außerhalb des Kommerz-Forum-Rummels im schmuddeligen Gewerkschafts-Festsaal getagt wurde, saß man und frau diesmal mittendrin im Machgefühl!

Der große Sitzungssaal des Bayrischen Rundfunks mußte es schon sein, wenn es um das bayrische Mediengesetz und die Analyse der unter ihm entstandenen Realität ging. Schön, solche Räume; da sitzt er dann also, der Stoiber, und macht Rundfunkpolitik.

PROFIS IM WEINEN

Die Anwesenden machten keine Rundfunkpolitik. Weit im Raum verteilt, ließen sie die Lamentos über die schlimmen, neuen Medien über sich ergehen.

Klaus Ott von der Süddeutschen Zeitung/Zeit faßte seine Zeitungskritiken noch einmal als Massiv-Paket zusammen; Horst Röper aus Dortmund ließ sich über die fatale Medienmonopolisierung aus, die durch die Einführung der neuen Medien nur noch um so rapider zugenommen hat; der bayrische DGB-Vorsitzende Fritz Schösser rechnete noch einmal zusammen, was ihm als Medienrat in den letzten fünf Jahren aufgestoßen ist und faßte die Erfahrungen zu 7 Thesen zusammen, die den Wahlprüfsteinen des DGB zur Bayernwahl nicht unähnlich sind.

Was da so an Kritik kam, war eigentlich den meisten Anwesenden leidlich bekannt.

Programmeinfalt, Anbietermonopolismus, Ausrichtung auf rein wirtschaftliche Aspekte, schlechte Arbeitsbedingungen, Parteinähe bei den Kontrollinstanzen, kaum Einblick in Eigentumsverhältnisse, kaum Ahndungsmöglichkeiten bei Anbieter-Vergehen, Depressionen angesichts des schlechten Einflusses auf die Programmentwicklung der öffentlich-rechtlichen Anstalten (Stichwort: Spartisierung)...

EINE NEUE KARRIERE ?

Auch Präsident Wolf Dieter Ring von der bayrischen Landesmedienzentrale hatte nichts Neues zu berichten; streckenweise erinnerte sein Referat an die Thesen des Vorjahres (Veranstalter sollten darauf achten, nicht immer dieselben Heroes einzuladen!!!).

Bestdotiert im Konzert der Landesmedienzentralen-Chefs, fügte Ring in einem Nebensatz an, daß es doch eigentlich nicht sehr zweckmäßig sei, die öffentlich-rechtliche Kontrolle für die ARD/ das ZDF und für die Privatanbieter zu trennen... Steht schon wieder der Wunsch nach einer Gehaltserhöhung an, Herr Ring?

NOCH 'WAS ZU ÄNDERN ?

Trotz der selten so geballt gehörten Kritik an der Kommerzfunkpraxis in Bayern schienen sich die Anwesenden mit der Macht und dem Einfluß der Privaten abgefunden zu haben... obwohl es sich bei dem auslaufenden Mediengesetz um ein **Entwicklungs- und Erprobungsgesetz** handelte, daß eigentlich auch ganz neu formuliert werden könnte.

Solche „selffullfilling prophecies" kennen wir ja schon von den Kabelpilotprojekten und deren UN-UMKEHRBARKEIT.

Da stößt ein Satz von Fritz Schösser nur noch wie Sauerbier auf: „Im Grunde hätten die Verantwortlichen wissen müssen, worauf das ganze hinausläuft..."

Sie wußten es wohl nicht nur, sie wollten diese Entwicklung wohl auch zum Großteil.

FLUCHT

Irgendwann wurde es dann Mittag, draußen lockte die Herbstsonne und so fiel für mehrere ZuhörerInnen die Teilnahme am zweiten Teil der IKÖ-Tagung unter dem Motto „Ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk noch zu retten?" aus...

Draußen auf den Gängen: „Tag der offenen Tür!" Eine BR-Band spielt Dixieland, ergendwo stehen Getränke und Leute mit Händen in den Hosentaschen, eine nette Mitarbeiterin verteilt Aufkleber und Broschüren...

Bei so bunten Luftballons und bei Jahresetats bis über eine Milliarde DM kann für die ARD-Anstalten doch noch nicht alles verloren sein.

NEBENBEI:

Von programmlichen Inhalten//Alternativen hat sich das IKÖ wohl vollständig verabschiedet:
Während letztes Jahr noch Exoten wie RADIO Z und Neue Welle Ostallgäu ihre inhaltlichen Konzepte vorstellen konnten und Prof. Kleinsteuber weitausholend über „community-radios" in den anglophonen Ländern referierte, standen solch Fremdwörter wie HörerInnenbeteiligung und kommunikative Emanzipation nicht auf der Tagesordnung. Schade. ●

Anzeige

365 tage gegen

antifaschistischer KALENDER 1991

Der 1. Antifa-Taschen-Kalender für 91 mit Übersicht!. Wochenplan, Infos, Adressen, Fascho-Lexikon, Tips und Texten, Selbstdarstellungen und Hintergrundartikeln - von verschiedenen Antifa-Gruppen gestaltet. Inhaltliche Themen: »Frauenbild im Faschismus »BRD-Flüchtlingspolitik »Ausstellung: Kunst als Widerstand »Conny »»Neue Rechte«« »Nie wieder Deutschland u.a.
240 Seiten, DIN A6, 8,50 + 1,50 Porto (in bar, per Scheck u./o. Briefm.) Rabatte für Wiederverkäufer/innen. Das Plakat zum Kalender gibt's für 'ne Mark dazu
Nur gegen Vorkasse!
Kalendergruppe c/o Unrast, Querstr. 2, 4400 Münster.
Der Gewinn geht an antifaschistische Gruppen.

KOMMENTAR

Nie sollst Du so tief sinken..., Peter Glotz!

Watsch'n-Männer sind in Bayern immer wieder gerngesehene Gäste. Der „zug'reiste" Peter Glotz durfte das schon öfter erfahren mit seinen unkonventionellen Ansichten und strategischen Überlegungen.

Wie er persönlich gerade gerade auf „seinem" Themengebiet (Medien!) „abgewatscht" wurde, konnte sich das Fernsehpublikum jüngst bei RTLplus und dessen „heißen Stuhl" auf den Münchner (Kommerz-)Medientagen anschauen. Der Kölner Privatsender wollte dort das Reizthema „TV-Gebühren" vorführen und lud als vehementen Vertreter der Gebührenabschaffung Reginald Rudorf ein; sächselnde „Kalaschnikow des Wortes" (so ein Zwischenruf während der Sendung...) und allzeit aktiv für die Privatfunkfront. Der durfte sich dann mit billigen Sottisen, hartnäckigem Verkäufer-Ehrgeiz und penetranter Rechthaberei an vier Befürwortern des Gebührenpinzips abarbeiten.

Eigentlich schaffte es nur ARD-Überzeugungstäter Erich von Kuby und sein rheinisches Naturell, lautstark gegenzuhalten mit Büttenhaftigkeit und Bosheit. Peter Glotz und zwei weitere Mitstreiter staunten über weite Strecken nur noch sprachlos über die Geschmacklosigkeiten der Sendung, denen sie ausgesetzt waren.

So holt einen das Schicksal ein: Glotz hatte vor Jahren seiner SPD den „Sündenfall", nämlich das „Ja ohne viel Wenn und Aber" zum Kommerzfunk argumentatorisch geebnet und dafür so manchen moralischen Rüffel von der linken Parteibasis einstecken müssen.

Nun wird er selbst (auftrittssüchtig, wie er nun 'mal ist) Opfer einer TV-Personality-Show, bei der alles(?) erlaubt ist:
Haut Euch, kippt Unrat aus, werft Euch Gemeinheiten an den Kopf, hart und unfair; wichtig sind allein die Einschaltquoten!

Schöner, neuer und vor allen Dingen: freier Fernsehhimmel.

Vielen Dank, Herr Glotz, für die Erinnerung an den oft zitierten Erich-Kästner-Satz. „Nie sollt Ihr so tief sinken, von dem Kakao, durch den man Euch zieht, auch noch zu trinken..!" ●

Mathias Lahmann

NEUIGKEITEN AUS DEM OSTEN:

In Sachen GEGENfunk tut sich 'was!

Mathias Lahmann, München ● Trotz aller drohenden Zementierung der Medienlandschaft in der Ex-DDR nach bundesdeutschen Muster sind schräge Gegentöne zu vernehmen. Sie stellen zumindest Chancen für eine größere Bürger-Partizipation am Funkgeschehen in Aussicht:

- Da bildet sich in Sachsen ein »LANDESVERBAND offener RUNDFUNK«, dessen Hauptansinnen ist es, die BürgerInnen unmittelbar am Lokalfunk mitwirken zu lassen.

  Vorsitzender ist Jörg Seyde, der den CONTRASTE-LeserInnen als Interviewpartner in Sachen KANAL X sicher noch in Erinnerung ist.

  Kontakt:
  Jörg Seyde; KANAL X; Haus der Demokratie, Bernhard-Göring-Str.152; O-7030 Leipzig.
- Das RADIO P (wie „Prenzlauer Berg") sendet seit dem Frühjahr immer wieder schwarz in den Äther. Wenngleich der Sender nicht besonders stark ist, findet das Projekt besonders nach dem „Untergang" von RADIO 100 zunehmend Interesse von den versprengten Radio-InitiativlerInnen aus West-Berlin. Auch ein „Freundeskreis der HörerInnen von RADIO P" befindet sich in Gründung.
  Adresse:
  RADIO P; Schönhauser Allee 5; O-1054 Berlin; ☎ 00372/282 13 16
- Am 29.September hat sich zum ersten Mal RADIO F.R.E.I. aus Erfurt über den Äther gemeldet: es versteht sich als ein Sender, der von öffentlichen Einrichtungen, politischen Parteien und kommerziellen Interessen unabhängig sein möchte. Die ErfurterInnen wollen sich mit ihrem Engagement gegen gefährliche Gleichschaltungsprozesse zur Wehr setzen (aus dem Sendekonzept).

  Die Sendung am 29.9 hat sich lt. Thür. Landeszeitung intensiv mit dem Thema „frei" auseinandergesetzt; dabei spielten Reizwörter wie „Freistaat", „Frei-Stil" und ...„Freitod" eine wichtige Rolle.

  Kontakt:
  Konzept GmbH; RADIO F.R.E.I;
  Postfach 360366; W-1000 Berlin 36

Interessant an dieser Entwicklung ist zweierlei: Einerseits kommen hier endlich Interessen zu Ohr, die über die allgemeine Jubelstimmung des Länderanschlusses hinaus die konkreten Lebenssituationen vor Ort zu Wort kommen läßt.

Zum anderen stehen sie in der Gefahr, in der herzlichen „Umarmung" westlicher Institutionen kaum zum eigenen Konzept-Umsetzung zu kommen.
Beispiele:
Da rühmt mann sich bei RDL in Freiburg „mit unserem Sender in Berlin", da verfaßt die etwas ins europäische Abseits geratene F.E.R.L. (Longo-Mei-dominierter Radioverband aus Frankreich) Solidaritätsschreiben für F.R.E.I.; da ist der Kanal 4 aus Köln schnell bei der Hand, mit Presseerklärungen auf die enge Zusammenarbeit mit Kanal X in Leipzig hinzuweisen. ●

VOM WIDERSTAND ZUM „JOURNAL FRANKFURT" – DER PFLASTERSTRAND

Design bestimmt das Bewußtsein

... (frei nach den marxsisters) ...
aber auch Design verliert mal eine Schlacht. Nachruf auf den Pflasterstrand, womöglich von den Letzten, die noch auf den deutschen „New Yorker" warten.

Romina Brustolon/ Richard Herding, Informationsdienst Frankfurt (Main) ● Eigentlich wollten wir etwas ganz anderes schreiben. Im CONTRAST zu all den vielen, die der Frankfurter Zeitschrift „PflasterStrand" in ihrem neuen Stil unter Chef Matthias Horx sinnloses Provozieren, gedankenarmes Rechtsabdriften oder pubertäres Gieren nach postalternativem Normalbetrieb anlasten, was alles vielleicht zutreffend, aber zweifellos uninteressant ist, wollten wir das Blatt mit seinem Anspruch ernst nehmen und schlicht fragen, ob es ihn erfüllt. Und nun schied das Blatt dahin, bevor wir Zeit hatten genauer hinzusehen.

Alt vor seiner Zeit

Seit Ende 1976 die erste Ausgabe erschien, hat das vierzehntägige Rhein-Mainische Weltsichtverkündungsblatt mit Herausgeber Daniel Cohn-Bendit und RedakteurInnen wie Matthias Horx, Cora Stephan, Albert Sellner, Gerd Koenen, Elisabeth Kiderlen, Edith Kohn, Reinhard Mohr, Hartwin Möhrle und Stammcafé-Orfeo-weiß-welche wichtigen Namen, die wir noch vergessen haben, fast anderthalb Jahrzehnte frischfröhlich linksradikale Leitbilder durchleuchtet und vom Sockel gestürzt. Mit der RAF wurde abgerechnet, die Kleinanzeige neu erfunden, grüne Realpolitik geschmiedet. Allemal wurde das schön Gesagte mehr beachtet als das -vielleicht- richtig Gesagte. Die Ästhetisierung von Politik hat den PflasterStrand von Anfang an begleitet; sie hat ihm auch sein Ende beschert, auf dem ganz banalen Umweg über die Ökonomie.

Links oder alternativ mochte er nur noch mit Fragezeichen oder Gänsefüßchen sein. Der Kurs war öko-libertär (Kurzdefinition: lieber Unternehmerin als lebenslänglich beamtet, dann aber los mit dem Rennrad falschrum in die Einbahnstraße.)

Dem Kollektiv, der Selbstverwaltung, hatte man praktisch Mitte der Achtziger Jahre abgeschworen, setzte stattdessen auf individuelle Kompetenz und – seit 1988 – auf das unternehmerische Talent des Fuldaer Verlegers Matthias Kierzek, der auch den Frankfurter Eichborn-Verlag hochgepäppelt hatte. Aber immer war höchstes PflasterStrand-Gebot, egal was, aber das bloß nie langweilig zu sagen, und darauf beruhte sein publizistisches Sendungsbewußtsein. Der PflasterStrand, davon waren seine MacherInnen überzeugt, hatte freche Fragen zu stellen und ungewöhnliche Antworten zu geben, the show must go on.

Mit dem Januar 1990 begann der bisher gewaltigste Aufschwung in der PflasterStrand-üblichen Versicherung, etwas garantiert VÖLLIG Neues zu starten. Auf monatliches Erscheinen umgestellt ausgerechnet zu einer Zeit, in der die sozialdemokratischgrün regierte Kommune mit multikultureller Politikdreingabe von Cohn-Bendit gerade aktuelleres Erscheinen nahegelegt hätte, wurde ein neuer Zeitschriftentypus versprochen. Nachdenken und Genießen für den gehobenen „neuen" Mittelstand, mit größtmöglicher ästhetischer Sorgfalt produziert, die Warenwelt betrachtend vom Standpunkt derer, die alles haben und nur noch sinnen, warum, die aber auch schon jedem Gedanken begegnet sind und sich höchstens fragen, was soll's. Das Experiment hielt gerade zehn Nummern durch; darunter waren etliche Editorials mit Anspruch auf das goldene Kopfkissen und einige Provokationsartikel mit Anwartschaft auf Schwachsinnsweltrekord. Dann wurde aus heiterem Himmel verkündet, die mehr als verdoppelte Verkaufszahl (zuletzt um die 25.000) und das satt gestiegene Werbevolumen hätten nicht gereicht, die Kostensteigerung (nein, nicht achtfach, sondern nur dreifach, wie Geschäftsführer Rainer Teusner betont) aufzufangen, blitzschnell wurde mit dem „Auftritt" fusioniert, einem – neben der „az" („andere zeitung") und PRINZ Frankfurt – konkurrierenden Stadtmagazin. Daß es eine „einzigartige" Fusion sei, diese Verlautbarung von Chefredakteur Horx wirkte wie ein höhnisches Echo auf die Ankündigung eines „einzigartigen" Zeitschriftentypus. Betriebswirtschaftlich einzigartig – ja und publizistisch was? Von den regelmäßig deklarierten Begräbnissen des PflasterStrands wäre dies das unwiderrufliche, und trotz Verkaufs der Namensrechte an den Auftrittverlag trägt das neue Produkt nicht den alten Namen, sondern nennt sich „Journal Frankfurt". Die höhnischen und hämischen Nachrufe versetzen dem Blatt einen letzten Fußtritt, indem sie die einfachste Frage gar nicht stellen: Fehlt uns eigentlich etwas, wenn es jetzt diesen Frankfurter „New Yorker" nicht gibt? Ist der PflasterStrand daran zugrundegegangen, daß er diesen Weg Einschlug, oder obwohl er ihn einschlug? Ein Ende als Fliegengewicht.

„New Yorker" & Co.: Leise Töne

Was passiert, wenn du einen „New Yorker" neben einen „PflasterStrand" legst? Es ist, wie wenn eine Stereoanlage mit der Balance genau stimmt, dabei die zurückhaltende Lautstärke ein wenig zum angestrengten Hören zwingt, während die andere dermaßen überdreht ist, daß alles klirrt und scheppert. New Yorker-Editorials spielen meist herunter, umgotteswillen stapeln sie nicht hoch. PflasterStrand-Editorials mußten mit Superlativen aufwarten, in der nächsten Nummer war dann die Inflation unvermeidlich. New Yorker-Artikel sind sparsam mit dem Gestikulieren, dafür sitzen die Formulierungen, in die so viel schwere Arbeit gesteckt wurde, daß sie federleicht wirken. PflasterStrand-Artikel provozierten durch verletzende Sprache, ihr guter Sinn – wenn einer da war – strampelte mit den Füßen in der Luft, wie jener boykottanregende Satz, kulturelle Toleranz müsse von der Pisse des Rassismus gedüngt werden, um zu gedeihen. Während beim New Yorker ein einziges Strichmännchen „sitzt", war PflasterStrand-Gestaltung um Repräsentation bemüht wie einst ein barocker Fürstbischof: fünf Farbreprokameras sind verschlissen, ehe man sich's versieht.

Die leisen Töne herrschen übrigens nicht nur beim „New Yorker" vor, sie sind auch anderen Blättern „des Luxus und der Mode" (Hans Magnus Enzensberger) eigen, etwa dem „Wiener Journal" oder der Münchner „Transatlantik". Wenn sich der rebellische Teil der bürgerlichen Öffentlichkeit zurückmeldet, ins aufgestiegene Dasein zumindest einen Teil der eigensinnigen Gedanken mitbringt, aber gegen die Tischsitten keinerlei Randale mehr macht, dann ist lärmender Einzug eher peinlich. Vor allem wenn der Krach durchs Klopfen auf die eigene Schulter erzeugt wird.

Kostenexplosion

„Das Heft war einfach zu teuer. Mit 200.000 Mark wären wir hingekommen, aber 300.000 Mark Produktionskosten waren einfach zuviel. Da hätten eben einige Mätzchen nicht gemacht werden können, aber was soll's. Das war ja von normalen Lesern nicht einmal zu bemerken". Diese Meinung eines Branchen-Beobachters im PflasterStrand-Umfeld, von Geschäftsführer Teusner als unvollständige, aber nicht unkorrekte Diagnose bewertet, übersieht den Weltgeist von 1989/90. Das Schicksal kompletter post-sozialistischer Länder hat die Warenästhetik über jede wirtschaftliche Rationalität und über jedes alltägliche Sinnlichkeitsbedürfnis hinaus sucht- und wahnhaft beeinflußt. Verleger Kierzek und Chefredakteur Horx hatten wohl kaum aufs falsche Pferd gesetzt, ihm nur in zu kurzer Zeit zu viel abverlangt. „Wir haben Fehler gemacht, z.B. bei den Fotos großen Wert auf Leute mit big names gelegt, das kostet natürlich Geld. Ich komme ja vom Spar-PflasterStrand: Mit dem Etat von einer Doppelseite im neuen PflasterStrand haben wir damals ein ganzes Heft gemacht", gesteht Layouter Hamid Asti selbstkritisch. Doch der Design hatte gerade in Europa einen ganzen Krieg gewonnen, er hätte, ein paar weitere Zuschußmonate vorausgesetzt, wohl auch diese Schlacht noch für sich entschieden.

Übrigens sind auch die meisten Prognosen über Killer-Konkurrenz auf dem Stadtillustriertenmarkt bisher Windeier geblieben. Der Markt insgesamt expandierte, die Großverlags-Multiillustrierte PRINZ killte nicht einmal im notorisch werbeschwachen Bremen die dortige Marlboro-Konkurrenz. Ausgerechnet im Jahr 1990, in dem der DDR-Markt zu Medien-Investitionen lockte, schien es bei den Großverlagen im entscheidenden Augenblick für den PflasterStrand nicht zu reichen, als Verleger Kierzek die Puste ausging.

Managementweisheit

Nach gerade zehn Heften mit Anzeichen von Panik auszusteigen, würde normalerweise auf planungsschwaches Management oder auf Mangel an publizistischem Engagement des Unternehmers verweisen, der dann sein Geld lieber beim Airbus oder in Euro-Bier anlegt. Bei dem überzeugt demokratischen Zeitungsverleger Kierzek mit seiner antifaschistischen Tradition würde beides verwundern. Mit der Rationalität des ökonomischen Wagnisses „PflasterStrand" war es unter den halben Selbstverwaltungselementen der Vor-Kierzek-Zeit kaum besser bestellt, daß es aber mit dem aufgeklärten kapitalistischen Management nicht viel weiter her ist, mag Selbstverwaltungs-Fans trösten. Die PflasterStrand-Krise 1989/90 war im Prinzip vom gleichen Strickmuster wie früher: Crash-Investition, Crash-Kostenexplosion, Chrash-Kapitalinfusion, ..., oder eben Schluß!

AUFTRITT's Geheimnis

Was hat den medien- oder lokalpolitisch wenig bekannten „Auftritt" in die Lage versetzt, als stärkerer Partner die genialische Konkurrenz zu schlucken? Das Blatt, dessen Bedeutung hauptsächlich die Werbebranche durch eine große Promotion 1985 zu würdigen wußte, setzte still und erfolgreich auf die Kultur als Wachstumssektor. Das geht von Architektur über Musik, Performance, Video bis – vor allem – zur bildenden Kunst, ist im Inhalt nicht unkritisch, scheut auch in der Politik nicht, Artikel bis hin zu beinahe schon „Autonomen"-Tendenzen. Doch ist alles milde abgeschirmt durchs werbeverbreitungsfreundliche Beliebigkeitsklima. Gegen den Ruf eines puren Marlboro-Blattes ist der „Auftritt" entschieden zu verteidigen, aber eine politische Kontur hat er nie entwickelt – nicht einmal als „ätzende Pisse", um jene zu düngen. Ein politisch-publizistischer Wille, das Heft auch in schlimmen Zeiten eventuell gegen rote Zahlen aufrechtzuerhalten, ist beim Auftrittverleger Eichhorn nicht wie beim Gespann Cohn-Bendit-Kierzek bekundet.

Fusion mit dem Auftritt bedeutet also Verbreiung des PflasterStrands – gewiß, Verbreiung auf deutlich höherem Niveau als die Minimal-Stufe der Stadtmagazine wie etwa der traurige „Meier" in Mannheim, aber Verbreiung allemal.

Lokal-intergalaktische Zukunft?

Aus dem verdichteten Meinungsklima einer Stadt, in der gedacht, geschrieben, gemalt wird, die Welt ins Visier zu nehmen, ist publizistisch nach wie vor eine geniale Idee. Vielleicht war die PflasterStrand-Veränderung von 1988, als er nämlich sein Probe-Erdrosselungs-Objekt Kassel losließ und von der Konzeption Abstand nahm, einfach ein Mantelblatt um die Veranstaltungskalender diverser Städte zu heften, wichtiger als die gescheiterte Anlaufphase des „urbanen Journals" von 1990. Damals hatte sich immerhin die milieu-gerechte Methode, vom lokalen Räsonnieren auszugehen, durchgesetzt. Selbst wenn heute noch das Vorhaben in den „Journal Frankfurt"-Köpfen spukt, sich auszuweiten, dann doch mit eigenständigen Namen und Redaktionen, also nicht wie beim „PRINZ", vom Niveau ganz zu schweigen.

Wenn eben nicht das Windige da wäre. Wer ein „Zeitungs-Abenteuer in ganz anderen Dimensionen" ankündigt (Cohn-Bendit/Horx, Jan. 1990) und dazusagt „Das Geld ? Dank des Engagements unseres Verlegers Herrn Kierzek, wird es uns so schnell nicht ausgehen" (Horx Nov./Dez. 1989), muß sich jetzt fragen lassen, was Engagement bedeutet, wenn es bis zur Zwangsfusion kaum ein Jahr dauert. Daß von Anfang an geplant war, nach kräftigerem Kapital zu suchen, wie Horx jetzt unterstreicht, ist als Botschaft ans Publikum seinerzeit nicht aufzufinden, auch das Verschwinden des Namens PflasterStrand paßt kaum dazu. Teusner freilich bescheinigt Kierzek angemessenes Stehvermögen, kommt mittels Addition einiger Hefte der „alten" Konzeption auch auf ein glattes Jahr. Wenn es bei einem mittelständischen Unternehmer an die Substanz gehe, sei es auch richtig, daß die Investitionsbereitschaft einmal erschöpft sei. Kierzek selbst: Sicherlich sei es „zu kurz" gewesen, „abrupt", eine radikale Entscheidung. Doch es sei „nicht absehbar" gewesen, wann sich das je rechnen würde...

Alternative Medien-Fans können aus der PflasterStrand-Pleite vor allem eines lernen: Es genügt nicht, den Abschied von Projekten, die auf den bourgeoisen Karriere-Trip ziehen, lamentierend, am liebsten als „Verrat", zu bejammern. (Übrigens zeigt die Alltagsrealität, daß selbst nach praktiziertem Boykott, wie ihn einige Szene-Läden wegen der provokativen Rassismus-Schmarren mit dem PflasterStrand betrieben, die kommunikative Verbindung eng bleibt: Das Blatt gewann gerade diese alten Leserschichten wieder, kaum neue hinzu.) Worauf es ankommt, ist, Kriterien für Kritik innerhalb der „etablierten", „kommerziellen" Medienunternehmen zu entwikkeln. Da geht es vor allem um den Typus des publizistisch engagierten Unternehmers. Es ist ein Unterschied, ob in bestimmte Medien investiert wird, weil gerade vergleichsweise hohe Erträge zu wittern sind, oder ob gleichzeitig ein publizistischer Wille durchzusetzen und Sachverstand zu entwickeln ist. Nicht nur Kapitalismuskritik, auch Kapitalistenkritik tut not. Dany Cohn-Bendit, der als erster nach dem „liberalen Kapital" gerufen hatte, scheint es beim neuen „Journal Frankfurt" nicht wohl zu sein. Er will keine Kolumne beisteuern, war gegen den Namen „PflasterStrand" für den neu angerührten Brei. Doch da spielt der gnädige Verlauf einer Lebensgeschichte mit hinein: Ein leiblicher Sohn, Bela, lang gewünscht, muß den Abschied vom krakeelenden Dauer-Baby PflasterStrand erleichtert haben. Just im richtigen Moment. ●

FREIBURG: RESOLUTION DER LINKEN UND ALTERNATIVEN MEDIEN

Gegen Kriminalisierung des Infoladens SUBITO und der Zeitschrift AUSBRUCH

Wir verurteilen auf's Schärfste die Kriminalisierungsversuche der Generalstaatsanwaltschaft gegen den Freiburger Infoladen SUBITO und die in Freiburg erscheinende linke Zeitschrift AUSBRUCH.

Am Montag, den 23.7.90 durchsuchten Zivilbeamte von Bundes- und Landeskriminalamt im Beisein von Uniformierten den Infoladen in der Klarastrasse 73 und die Wohnung einer Privatperson. Die Durchsuchung erfolgte im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen die Zeitschrift AUSBRUCH mit der Begründung, sie werbe mit Artikeln in den Nummern 6 und 7 für „terroristische Vereinigungen" (§ 129a StGB). Es handelt sich bei den beanstandeten Texten um einen Diskussionsbeitrag zu den Revolutionäten Zellen / Rote Zora und um Dokumentationen von Erklärungen verschiedener Gruppen zu ihren Aktionen. Ermittelt wird mit derselben Begründung mittlerweile auch gegen die Nummern 8, 10 und 12.

Parallel zu dem Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen Produktion und Vertrieb im Zusammenhang mit der Zeitschrift AUSBRUCH wurde ein Verfahren gegen den Inhaber des Infoladen-Telefonanschlusses eingeleitet.

Auf den Vermieter des Infoladens wurde seitens des Staatsschutzes Druck ausgeübt, den Mietvertrag zu kündigen.

Die AUSBRUCH erscheint nun schon seit einem Jahr kontinuierlich und wird an verschiedenen Stellen in der Stadt verkauft. Sie berichtet schwerpunktmäßig über Initiativen in Freiburg und der Regio, sowie über weltweite Befreiungskämpfe. Andere Themen sind international geführte Kampagnen wie die Shell-Kampagne, sowie Repression und Knast. Die Zeitung ist entstanden nach dem Hungerstreik kämpfender Gefangener in der BRD im Frühling '89, in deren Verlauf sich ein breiteres gesellschaftliches Bewußtsein über die Tatsache von Isolationsfolter und Sonderhaftbedingungen entwickelte. Die Zeitschrift AUSBRUCH wurde von verschiedenen politischen Gruppen und Initiativen als Forum genutzt, in gemeinsame Diskussion über die unterschiedlichen Ansätze zu kommen – und dies auch mit den politischen Gefangenen.

Der Infoladen SUBITO eröffnete im Sommer 1989. Er wird von verschiedenen Einzelpersonen und Gruppen genutzt und getragen. In erster Linie ist er ein Raum, in dem sich alle, die das wollen informieren, treffen und dort arbeiten können. Informationen gibt es zu den verschiedendsten Themen wie Antifaschismus, Häuserkampf, Frauenwiderstand, Internationalismus, Antiimperialismus, Knastkämpfe, Gentechnologie etc.. Es liegen dort aktuelle Zeitschriften, unter anderem die AUSBRUCH, und Broschüren aus. Es wird u.a. im Infoladen versucht, Themen, die in der bürgerlichen Presse verzerrt oder gar nicht dargestellt werden, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, linke Politik aus der Anonymität zu holen und mehr Menschen dazu anzuregen, sich mit ihr zu befassen.

Der Angriff gegen den Inhaber des Telefonanschlusses im Infoladen richtet sich nicht nur gegen die direkt Betroffenen, sondern gegen die gesamte linke Öffentlichkeit.

Und solche Kriminalisierungen haben Geschichte. Pressefotografinnen und Redakteurinnen werden bei Polizeieinsätzen behindert und mißhandelt. Filmdokumentationen werden beschlagnahmt, Knüppeleinsätze gegen ReporterInnen sind fast schon an der Tagesordnung. Ermittlungen und Verfahren gegen linke RedakteurInnen werden eingeleitet. Bekannteste Beispiele aus der letzten Zeit: Prozesse gegen das Angehörigen-Info (herausgegeben von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD) und die Gefangennahme und der Prozeß gegen die Redakteurin und Buchautorin Ingrid Strobl.

Dies alles hat zum Ziel: Kriminalisierung Einzelner und ihrer Gesinnung, Zensur linker Themen und Verhinderung der Diskussion, Auseinandersetzung mit und Praxis von radikaler Politik.

Wir, die in Freiburg ansäßigen linken Medien, kennen dies aus anderen Zeiten:

– Nach der Räumung des Schwarzwaldhofes im März 1981 und im Zuge eines Ermittlungsverfahrens gegen mehrere Leute wegen Bildung einer „kriminellen Vereinigung" drang die Polizei nachts in die Räume der Medienwerkstatt Freiburg ein und kassiert über 40 Video-und Tonbänder, angeblich als „Beweismittel". Ein Angriff gegen die damalige BesetzerInnenbewegung und deren Gegenöffentlichkeitsstrukturen.

– Mindestens 4 StadtzeitungsmitarbeiterInnen wurden zwischen 1981 und 1984 wegen Dokumentationen und kritischen Artikeln mit Verfahren bedacht. Sämtliche Register und Paragraphen der Gesinnungsjustiz wurden zur Verfolgung herangezogen, so z.B. „Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole" (§ 90a StGB), „Auffordrung zu Straftaten" (§ 111 StGB) sowie der § 129a (StGB).

○ RDL (Radio Dreyeckland) hat eine lange Geschichte von Kriminalisierungsversuchen mit dem Höhepunkt 1985/86 hinter sich. Damals gab es brutale Großrazzien der Polizei auf der Suche nach dem Sender, Festnahmen und ED (Erkennungsdienstliche) Behandlungen sowie Prozesse gegen RedakteurInnen.

○ Alltägliche Zensur herrscht bei SchülerInnen-und Knastzeitungen durch Schul- bzw. Anstaltsleitung.

Aber die Verfolgung geht auch gegen Leute Orte und Zusammenhänge, in denen solche Medien der Gegenöffenlichkeit für alle zugänglich sind, dargestellt oder diskutiert werden.

○ Beispielsweise wurde der Buchladen „Jos Fritz" mehrmals durchsucht und dreimal wurden Ermittlungsverfahren nach § 129a eingeleitet. Anlaß waren ausliegende Broschüren zu Haftbedingungen der politischen Gefangenen und die Zeitschrift 'radikal'.

Die BAW (Bundesanwaltschaft) und der Staatsschutz versuchen weiterhin ungeachtet der Proteste, Medien der Gegenöffentlichtkeit zu kriminalisieren und letztlich mundtot zu machen.

Es liegt an uns, diesen Angriffen unsere Solidarität entgegenzusetzen und für freie Meinungsäußerungen einzutreten und gegen Zensur Widerstand zu leisten.

Wir forden:
Einstellung der Ermittlungsverfahren!
Weg mit dem '129a und allen sonstigen Gesinnungsparagraphen!
Keine Kriminalisierung von Infoladen und AUSBRUCH!

Verteidigen wir uns gegen die Angriffe auf die Medien der Gegenöffentlichkeit!

U-Asta Info (Universität Freiburg) · Tiefpunkt, SchülerInnenzeitung Max-Weber-Gymnasium · Theonews SchülerInnenzeitung Theodor-Heuss-Gymnasium · Staz, SchülerInnenzeitung Staudinger Gesamtschule · Schütt, StadtschülerInnenzeitung · Scherbenviertel, Stühlinger Stadtteilzeitung · Radio Dreyeckland · Quengelgeist, Zeitung der JungdemokratInnen · Medienwerkstatt Freiburg · Kepplerturm, SchülerInnenzeitung Kepplergymnasium · Info gegen Abschiebung und herrschende Flüchtlingspolitik · Immergrün (Zeitung der Grünen Freiburg) · Blätter des Iz3W (Informationszentrum 3.Welt) · Antifaschistische Zeitung · Annettes letzter Wille, SchülerInnenzeitung Droste-Hülshoff-Gymnasium

BALD AUCH TELEFONZELLEN ÜBERWACHT?

Rote Karte für Kartentelefon !!

Weitgehend von Medien und Öffentlichkeit unbeachtet, installiert die Post in der BRD momentan Kartentelefone. Sehr zum Leid der TelefonzellennutzerInnen.

Matthias Wolf, Heidelberg ● Schon in fast jeder zweiten Telefonzelle hängt statt des alten Münzfernsprechers ein Kartentelefon, obwohl die Schlangen vor den verbliebenen „Münzern" immer länger werden und die Kartentelefone meist unbesetzt sind. Ohne Rücksicht auf die tatsächliche Verbreitung der Telefonkarten erzwingt damit die Deutsche Bundespost Telekom, die Bereitschaft der Leute für „das Telefonieren ohne Münzen" (gemäß dem Motto, wer keine Karte hat, soll laufen, suchen und warten). Näherliegend wäre es da doch gewesen, dafür zu sorgen, daß die „Münzer" Wechselgeld herausgeben, um die Kleingeldproblematik zu beseitigen. Anscheinend geht es der Post jedoch um mehr. So verspricht sie sich offensichtlich Einsparungen bei dem für das Einsammeln der Münzen notwendigem Personal. Außerdem lockt wieder einmal ein saftiger Gewinn. Denn, durch den Kauf von Chipkarten, auf denen Telefoneinheiten im Wert von bis zu DM 50,- gespeichert sind und die erst nach und nach beim Telefonieren entwertet werden, bezahlen die KundInnen schon im voraus für Telefonate, die sie erst später führen wollen, d.h. sie gewähren einen zinslosen Kredit. Zudem spekuliert die Post darauf, daß die Chipkarten zu längerem Telefonieren verführen; im Klartext heißt das höhere Einnahmen der Post bei den Telefongebühren.

Aufhebung der Anonymität

Damit erschöpft sich die Kartentelefonproblematik jedoch keineswegs. Vor kurzem läutete nun die Post die nächste Runde ein. Sie bietet in Erweiterung zu den schon momentan üblichen Telefoneinheitenkarten Telefonkarten an, mit denen „unbegrenzt" telefoniert werden kann. Statt der Einheiten sind nun auf diesen Telefonkarten personenbezogene Daten der KarteninhaberInnen gespeichert. Im Falle eines Anrufes werden dann die vom Kartentelefon erfaßten, personenbezogenen Daten und die vertelefonierten Einheiten zu einem Gebührencomputer der Post geleitet und auf dem Telefonkonto des/der KarteninhaberIn verbucht. Problem dabei ist, daß die Telefondaten (wer wurde wann, wie lange, von wem und von welcher Telefonzelle aus angerufen) nun auch beim Telefonieren in öffentlichen Telefonzellen personenbezogen registriert und gespeichert werden. Außer vielfältigen Telekommunikationsprofilen werden damit nun auch Bewegungsprofile möglich.

Einiges spricht dafür, daß die personenbezogene Telefonkarte sich langfristig gegenüber der Einheitenkarte durchsetzen wird, so z.B. die zukünftig zu erwartenden Rationalisierungsinteressen der Post oder auch die „Unbequemlichkeit", daß nach vollständiger Entwertung einer Einheitenkarte eine neue beim Postamt gekauft werden muß. Unabhängig davon ist jedoch sicherlich eines klar: Sollten sich die Kartentelefone tatsächlich durchsetzen, so daß es dann praktisch keine Münzer mehr gäbe, haben wir die Entscheidungsmacht der Post übergeben. Die Post kann dann nämlich jederzeit den Verkauf der anonymen Einheitenkarte beenden – wegen „Lieferproblemen" beispielsweise oder aus ökologischen Gründen (Entsorgung der Chipkarte) –, ohne daß wir gefragt würden. Die Telefonzellen als letzte „Anonymitätsinsel" im ISDN-Zeitalter gehören dann endgültig der Geschichte an. Denn bei Privat- und Firmenanschlüssen ist die Aufhebung der Anonymität bereits beschlossene Sache. In den heute schon digitalisierten ISDN-Vermittlungsstellen wird gespeichert, wer wen wann wie lange anruft. Insbesondere in Kreisen von Beratungsstellen, deren Arbeit wesentlich u.a von der Anonymität des Telefonierens abhängt, werden diese Entwicklungen sehr besorgt registriert.

Außerdem, wenn eines Tages Telefonzellen nur noch mit personenbezogenen Karten funktionieren, werden all diejenigen ausgeschlossen sein, die wegen „mangelnder Kreditwürdigkeit" solche Karten nicht bekommen werden: Verbraucherschutz in der 2/3-Gesellschaft...

Die „Akzeptanz" verweigern: Keine Telefonkarten kaufen!!

Erste Ansätze für eine breite Aufklärungskampagne liefern momentan die „Initiativen gegen die Computerisierung der Gesellschaft" mit einer Flugblattaktion, in der neben der Kritik am Kartentelefon auch eine prinzipielle Kritik am Karten-Unwesen geübt wird. Im Flugblatt heißt es dann auch:

„Nicht nur Telefonkarten nerven uns. Am Arbeitsplatz werden „ Komm-und Gehzeiten" mit Karten erfaßt. Es gibt Karten für „Zugangskontroll-Systeme", da werden Karten zu Türöffnern; dabei kann ein Computer speichern, wer, wann, welche Tür geöffnet hat. Maschinenlesbare Personalausweise und Reisepässe erlauben die computerisierte Massenkontrolle durch die Polizei. Ab 1.Juli 1991 wird es einen computerlesbaren Sozialversicherungsausweis geben, der beim Arbeitsamt, bei der Krankenkasse, beim Arbeitgeber, Sozialamt usw. vorgelegt werden muß und die Erfassung erleichtern soll.....".

Angesichts der Tatsache, daß durch die zunehmende Ausbreitung computerlesbarer Karten immer mehr Daten über das alltägliche Verhalten von Menschen erfaßt und zur Überwachung, Kontrolle und Beeinflussung mißbraucht werden, sollte uns die Realisierung der abschließenden Flugblattforderung relativ einfach fallen. Dort heißt es:

„Und nun auch noch eine Art Personalkennkarte zum Telefonieren? Nein danke!! Deshalb: Bitte Münzfernsprecher benutzen!! Denn nicht alles was neu ist, ist gut." ●

WENN DIE VERBINDUNGSDATEN GESPEICHERT WERDEN.....

ISDN gefährdet Arbeit von Beratungsstellen

ISDN („Integrated Services Digital Network", zu deutsch: „diensteintegrierendes digitales Fernmeldenetz") ist der Name des neuen Fernmeldenetzes, auf das die Post zur Zeit die Fernsprechkommunikation umstellt. ISDN bedeutet neben einer Ausdehnung des Telekommunikationsverkehrs vor allem dessen tiefgehende qualitative Veränderung.

Anne Mahn, Kaiserslautern ● Einige der von der Post geplanten Dienstleistungen verletzen die Persönlichkeitsrechte jedes Einzelnen und werfen erhebliche datenschutzrechtliche Probleme auf. Hiervon sind speziell Menschen betroffen, die Beratungsstellen in Anspruch nehmen, da sie auf die Möglichkeit unbeobachteter Telekommunikation angewiesen sind. Die Kritikpunkte im einzelnen:

Speicherung der Verbindungsdaten

Die Einführung von ISDN macht bei der Benutzung des Telefonnetzes die Kenntnis der sogenannten Verbindungsdaten notwendig. Verbindungsdaten bestehen aus den Anschlußnummern der Teilnehmer (im Normalfall Anrufer und Angerufener), Datum und Uhrzeit der Netzbenutzung sowie deren Dauer. Die Kenntnis dieser Daten ist für die Weitervermittlung einer Verbindung durch die zwischen den beteiligten Anschlüssen liegenden Orts- und Fernvermittlungsstellen notwendig, also für die Dauer der Verbindung.

Die Post plant jedoch, diese Daten mindestens 80 Tage lang in einem, später dann in zwölf zentralen Rechenzentren zu speichern, womit erhebliche sensible Datenmengen anfallen. Konzepte zum Schutz dieser Daten gegen den unerlaubten Zugriff Dritter existieren nicht.

Im Zusammenhang mit der Speicherung der Verbindungsdaten entsteht ein weiterer Problemkreis um den Paragraphen 12 Fernmeldeanlagengesetz (FAG) aus dem Jahre 1928. Dieser Paragraph erlaubt der Staatsanwaltschaft im Falle strafrechtlich Beschuldigter Zugriff auf die bei der Post gespeicherten Telefondaten und kennt im Gegensatz zu der nach der Strafprozeßordnung gemäß §100a möglichen Telefonüberwachung keine Einschränkungen auf besonders schwere Straftaten.

Bislang, d.h. vor der Einführung von ISDN, war §12 FAG praktisch nutzlos, da es so gut wie keine bei der Post gespeicherten Telefondaten gab (Ausnahme: Daten von Gesprächen, an denen Funktelefone beteiligt waren). Durch die geplante Speicherung der Verbindungsdaten aber erhält dieser uralte Paragraph eine völlig neue Bedeutung, da nun alle Telefonate „Spuren" in den Postcomputern hinterlassen, auf die zugegriffen werden kann.

Personen, die gesetzlich durch das sogenannte Auskunftsverweigerungsrecht geschützt werden, wie zum Beispiel Pfarrer oder Ärzte, sind hiervon in ihrer Arbeit „nur" insoweit betroffen als die Verbindungsdatenspeicherung potentielle Ratsuchende vom Anruf abhält. Für Mitarbeiter von Beratungsstellen aber, die kein Auskunftsverweigerungsrecht haben, hat §12 FAG allerdings radikale Folgen: Man denke sich beispielsweise die AIDS-Hilfe (AH) in X., die täglich einige dutzend Telefonberatungen durchführt. Angenommen, die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Jürgen D., der ab und zu in der AH anruft, um mit seinem Bekannten Günter H. zu klönen, der in der AH arbeitet. Jürgen D. weiß seit drei Wochen, daß er AIDS hat, und er wird nun verdächtig, seinen Freund Dietmar S. angesteckt zu haben, der AIDS jedoch schon seit dem Afrikaurlaub vor drei Jahren in sich trägt. Die Staatsanwaltschaft verschafft sich im Zuge der Ermittlungen gegen Jürgen D. Zugang zu dessen Telefondaten und erfährt so von den gelegentlichen Telefonaten mit der AH in X. während der letzten Monate. Hier nun beginnen die Probleme: Mit den Ermittlungen nach §12 FAG konfrontiert, muß Jürgens Bekannter Günther Auskunft über den Inhalt (!) der Gespräche mit Jürgen geben; er wird natürlich die Wahrheit sagen, nämlich daß es in den Gesprächen um belanglose Dinge, keinesfalls jedoch um AIDS ging. Die Staatsanwaltschaft wird Günther aber möglicherweise nicht glauben, sie wird Jürgens Telefonate als ein weiteres Kettenglied in einer Indizienkette gegen ihn verwenden und ihn so möglicherweise der bewußten Ansteckung von Dietmar für schuldig befinden.

§12 FAG bedeutet also für jeden Mitarbeiter einer anonym arbeitenden Beratungsstelle ohne Auskunftsverweigerungsrecht die Gefahr, Dritten gegenüber Auskunft über den Inhalt vertraulich geführter Telefongespräche geben zu müssen. Er kann seine Klienten, die sich auf seine Verschwiegenheit verlassen, diese nicht mehr garantieren. Darüber hinaus muß diesen gegebenenfalls auf die dadurch für ihn entstehenden Risiken hinweisen.

Anruferidentifikation

Digitales Endgerät beim angerufenen Benutzer vorausgesetzt, wird in Zukunft die Nummer des Anrufers auf dem Display des Angerufenen erscheinen. Das heißt, daß jemand, der angerufen wird, schon vor dem Abnehmen des Hörers an der angezeigten Nummer erkennt, wer ihn sprechen will.

Dieses Merkmal der Anruferidentifikation bereitet besonders der Vielzahl von anonym arbeitenden Beratungsstellen Schwierigkeiten, wie zum Beispiel Telefonseelsorgen, psychologischen Beratungsstellen, Frauenhäusern und -nottelefonen, AIDS-Hilfen usw.. Ratsuchende und Menschen in Not werden nicht mehr den Mut aufbringen, solche Stellen in Anspruch zu nehmen, da sie die Aufhebung ihrer Anonymität fürchten müssen. Somit ist eine grundlegende Voraussetzung für die Existenz solch anonymer Beratungsstellen in Gefahr, da sie nicht länger in der Lage sind, ihren Anrufern diese Anonymität zuzusichern.

Eine Forderung an die Deutsche Bundespost Telekom muß es deswegen sein, jedem Anrufer die freie Wahl zu lassen, ob er seine Telefonnummer als sein personenbezogenes Datum dem Angerufenen vorab zur Verfügung stellen will, oder ob er ihm gegenüber anonym bleiben möchte. Derzeit scheint die Post auf Druck von Datenschützern auch bereit zu sein, diesbezüglich Zugeständnisse zu machen, jedoch wird die individuelle Wahlmöglichkeit nur Anrufern mit digitalem Endgerät zugestanden (was angeblich ausreichend ist, da nach Angaben der Post analoge Apparate nicht in der Lage sind, ihre Anschlußnummer dem angerufenen Apparat zu übermitteln); endgültige Zusagen der Post liegen jedoch noch nicht vor.

Einzelgebührennachweis

Ein weiteres Angebot der DBP Telekom, das sich auf die Arbeit von Beratungsstellen auswirkt, ist der sogenannte Einzelgebührennachweis (EGN). Mit ISDN kann ein Postkunde seine monatliche Gebührenabrechnung auf Antrag in Form einer Liste bekommen, die für jede Benutzung des Telefonnetzes (Telefonate, Fax-, Telex- oder Btx-Dienste etc.) die von der Post gespeicherten Verbindungsdaten enthält. Die Bestimmungen der Post sehen vor, daß der Anschlußinhaber bei Beantragung dieses Einzelgebührennachweises die Zustimmung aller Mitbenutzer des Anschlusses schriftlich einholen und vorlegen muß. Die Art und Weise, wie dies im einzelnen geschieht, ist nicht nachprüfbar. Insbesondere kann niemand garantieren, daß alle Mitbenutzer eines Anschlusses ihre Zustimmung freiwillig gegeben haben oder überhaupt gefragt wurden, man denke nur an Gewaltehen, an Kinder, deren Eltern den EGN beantragen wollen, oder an wechselnde Mitglieder einer Wohngemeinschaft.

Eine monatliche Abrechnung in Form eines EGNs stört die Möglichkeit unbeobachteter Telekommunikation innerhalb von Familien oder Wohngemeinschaften ganz erheblich. Die genaue Auflistung aller angerufenen Anschlüsse verhindert anonyme Hilfe für Menschen mit schwerwiegenden Problemen (Eheprobleme, Alkohol, AIDS etc.), da sich diese Menschen wohl kaum aufraffen können, zum Münzfernsprecher zu gehen, da allein schon der Entschluß, sich überhaupt einer Beratungsstelle anzuvertrauen, sehr viel Überwindung kostet. ●

MIT DEM TECHNIK-WAHN AUF DU UND DU

ISDN: Das Telefonnetz wird computerisiert

Mit einem gigantischen Aufwand an Telefongebühren ist die Post dabei, die -Autobahn der Informationsgesellschaft- (Herstellerjargon) zu bauen. ISDN (Integrated Services Digital Network) steht für die Umrüstung des Telefonnetzes in ein digitalisiertes Netz, auf welchem dann auch sogenannte -non-voice--Dienste (schnelles Fernkopieren, Datenübertragung, Telex etc.) laufen sollen. Das langfristig interessante für einschlägige Industriebranchen ist dabei, daß nicht etwa eines der Spezialnetze modernisiert wird, sondern eben das Telefonnetz mit seinen 30 Mio. angeschlossenen Privathaushalten. Dadurch eröffnet sich ein riesiger Markt für Vermittlungsanlagen, Endgeräte, für Tele-Dienstleistungen etc..

Bei der ISDN-Installation muß die Post keine Kabel verlegen, sondern -nur- die Vermittlung sowie die Übertragung digitalisieren. Mittlerweile gibt es bereits in einigen Städten ISDN-Vermittlungsstellen, so daß dort auf Wunsch die -alte- Telefon-Steckdose gegen eine ISDN-Steckdose samt zugehörigem digitalen Endgerät ausgetauscht werden kann. Alle, die an einer solchen ISDN-Vermittlungsstelle hängen (auch solche, die ihr -altes- Telefon behalten!), hinterlassen jetzt eine breite Datenspur: Angeblich für -Gebührenzwecke- werden ihre Verbindungsdaten (wann rufen sie wen an) für ein Vierteljahr in einem Bundesrechenzentrum der Post in Offenburg gespeichert.

Die Risiken dieser Großtechnologie für das Arbeitsleben, für die Situation der Frauen, für die Bürgerrechte, für Kommunikation und Kultur, für das -Dritte--Welt-Metropolen-Verhältnis etc. sind immens, werden bisher aber fast nur in Expertenkreisen diskutiert. Eine Ausnahme ist die Praxis der Verbindungsdatenspeicherung, sie gerät immer mehr ins Rampenlicht einer breiteren Öffentlichkeit. Vor allem Beratungsstellen, JournalistInnen und RechtsanwältInnen, deren Arbeit ja oft sehr von der Anonymität des Telefonierens abhängt, aber auch computerkritische Initiativen, Bürgerrechtsorganisationen, Datenschutzbeauftragte etc. äußern schwerwiegende Bedenken. Viele der Aktivitäten kristallisieren sich rundum die Aktion -Nach der Volkszählung die Kommunikationszählung?- des -Institutes für Informations- und Kommunikationsökologie- (IKÖ), in deren Rahmen nun der Gerichtsweg beschritten wird. (Näheres dazu: siehe -Was tut sich in der Computerkritikszene?-, Seite 9).

Zur Einführung in die Thematik eignet sich die Broschüre -ISDN – die Post zwingt alle ins Computernetz-, die die -TelekommunikAKTION- soeben in zweiter, völlig überarbeiteter und erweiterter Auflage herausgebracht hat. Ein Exemplar kostet DM 6,50 (incl. Versand), ab 5 Exemplare DM 5,50. Nach Vorauszahlung auf folgendes Konto wird sie zugeschickt:

D. Bethe, Bezirkssparkasse Heidelberg, Konto-Nr. 3292347, BLZ 67250020.

TelekommunikAKTION

INTERVIEW

ISDN ökonomisch ein Flop ?

Herbert Kubicek, Wirtschaftsinformatiker an der Uni Bremen, ist Gründungs- und Vorstandsmitglied des „Institutes für Informations- und Kommunikationsökologie" (IKÖ). Uwe Jonas stellte ihm einige Fragen zu seiner Einschätzung von ISDN.

Uwe Jonas: **Sie haben einmal in der „Zeit" gesagt, die Aktionen gegen ISDN sollen auch dazu beitragen, Fehlentscheidungen zu korrigieren. Ich sehe dann in letzter Konsequenz eine Akzeptanzbeschaffung für ISDN, zwar in einer modifizierten Form, die aber letztendlich ISDN zum Durchbruch verhilft.**

Herbert Kubicek: Also realistisch gesehen hängt der Durchbruch des ISDN nicht von datenschutzbezogenen Veränderungen ab. Es ist, denke ich, ähnlich wie bei der Kernenergie, daß wir bei einem ohnehin ökonomisch schwachbrüstigen Unterfangen diese Entwicklung noch etwas mit beeinflussen könnten. Jemanden, der ohnehin schon wackelt, den kann man mit diesen Datenschutzproblemen noch etwas mehr zum Wanken bringen. Wir haben ja lange Zeit versucht die Gesamtproblematik dieser ISDN-Vision mit allen Einzelrisiken umfassend darzustellen, die technologiepolitische Weichenstellung, Integration oder die Beibehaltung paralleler Netze zu thematisieren. Wir haben festgestellt, daß es keine Akzeptanz für eine so umfassende Kritik gibt. Daraus haben wir dann die Konsequenz gezogen, denn ohne Öffentlichkeit bewegt sich gar nichts. Politik reagiert, wenn überhaupt, nur auf Öffentlichkeit, und in der Öffentlichkeit sind nur Teilaspekte vermittelbar. Wir mußten also die Problematik in kleine Teilpakete aufteilen und an diesen mit jeweils angemessenen Formen der Kritik arbeiten. So ist diese Datenschutzproblematik in die breite Öffentlichkeit getragen worden. In die Gewerkschaften hinein ging die Rationalisierungs- und Mitbestimmungsproblematik und in den politischen Bereich die Frage der Datenschutzprobleme durch Anwendervernetzung und der Verletzlichkeit. Während die Gewerkschaften die Problematik der Vernetzung bisher kaum aufgegriffen haben, ist es bei den Problemen der Verdatung des Telefonverkehrs gelungen, rechtliche Ansatzpunkte zu finden, eine breite Betroffenheit zu erzeugen und das Thema in die Medien zu bringen. Ursprünglich war geplant später die Teilprobleme wieder zusammenzuführen. Ich vermag im Moment nicht zu sagen, ob und wie das gelingt.

Jetzt möchte ich auf ein anderes Thema kommen. Sie haben häufiger den schnellen Brüter mit ISDN in Hinsicht auf die jeweils veraltete Gesetzesgrundlage verglichen. Beinhaltet eine Großtechnologie wie ISDN nicht auch ein sogenanntes „Restrisiko" wie die Atomenergie?

Die inhaltliche Risikoproblematik ist natürlich eine andere, da es bei Kernkraftwerken um das Leben von Tausenden geht, und das ist bei ISDN nicht so. Die Parallele bezog sich im Grunde auf drei Sachen: Das Eine ist, hier werden Milliarden investiert für die Vision eines technischen Systems, das alles können soll, wirtschaftlicher, schneller, besser als andere. Wir haben aber gelernt, das die Vision des schnellen Brüter auch ökonomisch gesehen ein Flop ist. Das sehe ich, was die Datenvernetzung zwischen Computern angeht, beim ISDN genauso.
Das Zweite ist, daß die Entscheidung darüber nur von der Verwaltung auf der Basis des alten Poststrukturgesetzes getroffen worden ist.
Was das Restrisiko angeht, so sind hier die Risiken natürlich diffuser. Wir haben einmal die zentrale Speicherung der Verbindungsdaten, da sind sozusagen kleine Emissionen des Betriebes, die laufend anfallen, ohne daß wir dafür entsprechende Datenschutzvorkehrungen haben. Das andere ist die Frage nach der Verletzlichkeit einer Gesellschaft, die sich von dem Funktionieren eines solchen Systems abhängig macht. Sollte die Erwartung doch erfüllt werden, dann ist es in der Tat höchst riskant, alle geschäftlichen Transaktionen einer Stadt vom Funktionieren einer einzigen Vermittlungsstelle abhängig zu machen. Ein Restrisiko, im Sinne des nicht vollen Beherrschens der Technik, gibt es, aber die Folgen kann ich mir nicht so gravierend vorstellen wie bei der Atomenergie.

Bei einer Abhängigkeit der Gesellschaft von einer Technik muß der Staat aber doch Maßnahmen ergreifen, diese zum Beispiel vor Angriffen zu schützen. Bei einer so sensiblen Technik wie ISDN, bei der eigentlich jeder Kabelschacht geschützt werden werden müßte, könnte das doch zu einer stärkeren staatlichen Überwachung führen.

Da deuten sich in der Tat Tendenzen an, die technische Verletzlichkeit dadurch zu reduzieren, daß die Menschen kontrolliert werden. Ein Beispiel ist die Überprüfung von Menschen, die im ISDN-Entwicklungsbereich in München arbeiten, durch den bayrischen Verfassungsschutz. Soetwas muß man sicherlich als Fehlreaktionen auf solche Risiken betonen. Ich habe nur im Moment noch sehr große Fragezeichen, ob ISDN jemals diese zentrale Funktion erreichen wird.

Und wenn sich nun die Vision der Post, alles in einem Netz, widererwarten doch erfüllen sollte?

Wenn man von der Vision ausgeht, dann wäre die Verletzlichkeit und der Versuch, das Risiko durch die Kontrolle von Personen zu minimieren, natürlich ein sehr großes Problem. Das ist im Moment aber noch offen und was wir jetzt sehen, als reale Gefahr, sind die kleinen Emissionen im Sinne des Ansammelns von Daten über den Telefonverkehr.

Man kann also sagen, daß Sie eher davon ausgehen, daß sich ISDN in der Form, wie es von der Post geplant und propagiert wird, nicht durchsetzt. Und Sie haben aus dieser Sicht nicht mehr so viel Angst vor ISDN.

Ich glaube die Akzentuierung der einzelnen Risiken und der Risikoquellen ändert sich. In dem Maße, wie man davon ausgehen muß, daß ISDN nicht die Vernetzung von Computern fördert, spielen Risiken der zwischenbetrieblichen Rationalisierung und des Datenschutzes im Anwenderbereich in bezug auf das ISDN eine geringere Rolle. Das heißt allerdings nicht, daß diese Bemühungen von zwischenbetrieblicher Vernetzung nicht weitergehen. Nur ist dafür nicht das ISDN maßgeblich, sondern die Entwicklung von Mehrwertdiensten auf alten Netzen und die Standardisierung des Dokumentenaustauschs. Hier richtet sich die Kritik nicht mehr nur gegen die Post. Was ich in bezug auf das ISDN nach wie vor sehe, ist, daß wegen der angestrebten Integration von Fernsprechen und Datenübertragung im Fernsprechnetz technische Elemente eingebaut werden, zum Beispiel Verbindungsdatenspeicherung und Rufnummernidentifizierung, die es in der Datenübertragung in den Spezialnetzen immer schon gab,die man jedoch für das Telefonieren eigentlich gar nicht braucht. Und die Kritik muß jetzt insofern eine neue Wende kriegen, als man nun sagen kann: 170 bis 190 Milliarden investiert die Post in eine Umrüstung des Fernsprechnetzes zu Zwecken,die diese Technik gar nicht erfüllen kann. ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

ISDN-NEBENSTELLENANLAGEN

ISDN durch die Nebentür – auch bei Alternativbetrieben?

Während in vielen Verwaltungen die neuen ISDN-Telefonanlagen heißen Konfliktstoff liefern, herrscht in Alternativbetrieben eher Gleichgültigkeit ob der neuen Technik.

Von Uwe Jonas, Berlin ● Es heißt so schön: ISDN ist eine überzeugende Lösung, für die das Problem erst noch gefunden werden muß. Hier liegt auch tatsächlich ein Teil des Problems der Post, ISDN unter Menschen zu streuen. Vor allem die für die erste Einführungsphase als Hauptzielgruppe anvisierte Schar der Wirtschaftsunternehmen ist von der Philosophie des ISDN – „alles in einem Netz" – nicht zu überzeugen. Da bei der Bundespost nicht sein kann, was gegen ihre Prognosen spricht, wird versucht, ISDN über eine Nebentür einzuführen, die „Nebenstellen" (siehe Kasten).

Die Post und alle Hersteller von Nebenstellenanlagen bekunden schon seit einiger Zeit, daß es nur noch ISDN-fähige Nebenstellenanlagen zu kaufen gibt. Dies gilt auch für kleine und mittlere Betriebe. Die Aussagen, es gäbe nur noch ISDN-fähige Anlagen, ist allerdings nicht ganz richtig: Im Rahmen der Beschaffung einer neuen Telefonanlage wurde der Stadtverwaltung Göttingen auch ein Angebot über eine Nicht-ISDN-fähige-Anlage vorgelegt.

Nichtsdestotrotz werden in Betrieben und in der Verwaltung immer mehr ISDN-fähige Nebenstellen aufgestellt und so erst einmal ISDN-Inseln im Telefonnetz geschaffen. Die Inseln werden nach und nach in das entstehende ISDN-Netz integriert und so die Zahl der ISDN-TeilnehmerInnen relativ schnell erhöht. Wobei der Anschluß einer Nebenstellenanlage an das ISDN-Netz kein Automatismus ist: Es können auch weiterhin analoge Amtsleitungen benutzt werden, nur wird dies der Konzeption der Anlagen nicht gerecht. So lassen sich vor allem öffentliche Verwaltungen umgehend an das ISDN-Netz anschließen, ohne daß über datenschutzrechtliche Konsequenzen (Stichwort: zwischenbehördliche Vernetzung) nachgedacht würde.

Aber auch wenn eine ISDN-fähige Nebenstellenanlage an analoge Telefonleitungen angeschlossen wird, ist innerbetrieblich das ISDN-Zeitalter angebrochen, mit all seinen Konsequenzen. Es können Verbindungsdaten (wer ruft wen wann wielange an) erhoben und ausgewertet werden, und je nach Art der Anlage und den abgeschlossenen Vereinbarungen stehen eine Anzahl sogenannter Leistungsmerkmale zur Verfügung.

ISDN-Anlage bei der AL Berlin

Um die Probleme zu verdeutlichen, die mit einem Einstieg ins ISDN-Zeitalter zusammenhängen können, möchte ich als Beispiel einen Betrieb anführen, der schon in seinem Namen das Wörtchen „alternativ" führt, die Geschäftsstelle der Alternativen Liste Berlin.

Da der Wartungsvertrag der alten „analogen" Anlage auslief, diese sowieso nicht richtig funktionierte und den meisten nicht komfortabel genug war, wurde die Beschaffung einer neuen Vermittlungsanlage ins Auge gefaßt. Mit der ISDN-Problematik etwas vertraut, wurde versucht eine analoge Anlage zu erwerben, was nicht gelang. Den meisten MitarbeiterInnen waren die Eigenarten einer solchen Anlage allerdings egal, sie wollten einfach nur das Beste und Tollste. Die drei einzig interessierten MitarbeiterInnen bildeten eine Telefonarbeitsgruppe, um die Beschaffung in die Wege zu leiten – Kriterien waren der Preis, die Berücksichtigung der „alternativen" Arbeitsstrukturen und die möglichst geringe Konfrontation mit ISDN. Zum ersten Punkt: Es gelang eine Anlage von einer Firma 80.000 DM unter dem Preis der Post zu erwerben, allerdings wurde dieses Angebot in der Hoffnung gemacht, durch die AL einen bundesweiten Einstieg in die Alternativszene zu schaffen. Zweitens: Bei Verhandlungen mit verschiedenen Firmen stellte sich auch heraus, daß nur eine in der Lage war, sich in ihrer Verkaufsstrategie an den unüblichen Anforderungen eines „Alternativbetriebes" zu orientieren. Andere Verkaufsstrategen konnten interessanterweise nicht flexibel genug reagieren, wenn z.B. der Vorteil einer „ständigen Erreichbarkeit" eher als Nachteil empfunden wurde.

Nun aber zum Wesentlichen, der ISDN-Fähigkeit. Zwar bleibt die Übertragung innerhalb des AL-„Basisbüros" zunächst auch weiterhin analog – also nicht für Datenübertragung geeignet –, die Vermittlung dagegen übernimmt jetzt der Computer. Damit sind eine Reihe von „Leistungsmerkmalen" verbunden, die bei der Beschaffung der Anlage aufgrund von Komfortwünschen einzelner MitarbeiterInnen angefordert wurden – anscheinend jedoch ohne die Auswirkungen für den Arbeitsablauf und die Kommunikation mit zu berücksichtigen. Zum Beispiel „Rufumleitung": Damit können ankommende Anrufe auf einen anderen Apparat gelenkt werden. Ursprünglich angefordert, um den Vermittlungsplatz („Telefonzentrale") zu erleichtern, werden mit ihr nun teilweise kunstvolle Netzwerke geknüpft, diese nach Gebrauch oft nicht mehr gelöscht und zwecks eigener Entlastung öfters Anrufe wieder auf die Zentrale gelenkt. Dies ist typisch für viele der neuen Telefon-Leistungsmerkmale: Sie wirken „strukturverstärkend", d.h. Egoismus und/oder hierarchische Strukturen haben es mit dieser Technik leichter, sich durchzusetzen. Zur Verhinderung des „Rufumleitungs"-Mißbrauchs hat immerhin selbst der Direktor der Hamburger Bürgerschaftskanzlei gefordert, daß Rufumleitungen nur im Einverständnis beider Anschlüsse möglich sein sollen.

Unproblematisch für Alternativbetriebe?

Ähnlich verhält es sich auch bei anderen Leistungsmerkmalen; ein Regelungsbedarf wird nicht gesehen. So sind die AL-MitarbeiterInnen von Auswirkungen einer Modernisierung betroffen, die von den Interessenvertretungen in „normalen" Betrieben bereits als Problem erkannt wurden und teilweise Berücksichtigung finden. Auch die im AL-Vermittlungsrechner prinzipiell enthaltene Möglichkeit der Erfassung und Auswertung von Verbindungsdaten, d.h. der Überwachung des Telefonverkehrs, ist den MitarbeiterInnen anscheinend unwichtig. Genauso unwichtig wie die fehlende „Revisionssicherheit" der Anlage, also die Unmöglichkeit festzustellen, ob die Anlage manipuliert wird.

Fortsetzung nächste Seite

MIT DEM TECHNIK-WAHN AUF DU UND DU

ISDN-Nebenstellenanlagen: Was ist das?

Damit Verbindungen vom öffentlichen Telefonnetz bis an den Arbeitsplatz gelangen, haben Verwaltungen und Betriebe sogenannte -Nebenstellenanlagen- installiert. Ähnlich dem öffentlichen Netz, stellt eine Vermittlungsanlage sowohl Verbindungen zwischen den -Nebenstellen-als auch – über den Amtsanschluß – Verbindungen zwischen den einzelnen Nebenstellen und dem öffentlichen Netz her.

Bei den Nebenstellenanlagen werden grob drei Generationen unterschieden:

1.) »Analog vermittelnd, analog übertragend«: Es sind vorwiegend nur Telefonate bzw. Telefaxe möglich; besondere -Komfort-Leistungsmerkmale gibt es nicht, denn die Vermittlung erfolgt – wie im herkömmlichen öffentlichen Netz auch – nicht software-gesteuert, sondern elektromechanisch; das bedeutet u.a., daß eine Speicherung der Verbindungsdaten (wer ruft wen wann an?) nicht möglich ist.

2.) »Digital vermittelnd, analog übertragend«: Weiterhin sind nur Telefonate bzw. Telefaxe möglich, aber jetzt steuert ein Computer die Verbindungen; dabei fallen technisch bedingt Verbindungsdaten an, welche dann auch in den meisten Verwaltungen und Betrieben eifrig ausgewertet werden – meist zur Gebührenkontrolle (-Wer verursacht die hohen Kosten?-). Weiterhin sind jetzt eine Reihe von Leistungsmerkmalen möglich: z.B. -Rufumleitung-: Ich lenke alle ankommenden Telefonate auf einen anderen Apparat. Z.B. -automatischer Rückruf-: Wenn mich jemand erreichen will, ich aber gerade telefoniere oder nicht am Telefon bin, kann er/sie diese Funktion betätigen. Wenn ich aufle-ge bzw. nachdem ich das nächste Mal (nach Abwesenheit) telefoniert habe, werde ich automatisch angerufen. Insbesondere wo viel angerufen wird, kann das z.B. bedeuten, daß mensch nach einer zehnminütigen Zigarettenpause erst einmal fünf Anrufe abarbeiten muß.

3.) »Digital vermittelnd, digital übertragend«: Diese Bedingung können Anlagen erfüllen, die als -ISDN-fähig- bezeichnet werden. Wie bei der 2.Generation steuert ein Computer die Verbindung, aber nun ist es möglich, die Anlage so auszustatten, daß sie auch Telex und Datenübertragung zuläßt. Im Jargon der HighTech-Fans wird so etwas heute auch -Bürokommunikation- genannt, sämtliche anfallenden Telekommunikationsformen können über eine Steckdose neben dem Schreibtisch laufen. Auch wenn die Anlage nur zum Telefonieren benutzt wird, gibt es über die 2.Generation hinausgehende Leistungsmerkmale, z.B. -Anzeige der anrufenden Nummer- oder zentrale Sprachspeicher.

Während die 2.Generation schon seit 10 Jahren ihren problematischen Alltag absolviert, gibt es die Generation der ISDN-fähigen Nebenstellenanlagen erst seit einigen Jahren. Dies aber umso aggressiver: Es ist mittlerweile fast unmöglich geworden, Anlagen der ersten oder zweiten Generation auf dem Markt zu finden. In vielen Betrieben und Verwaltungen gab und gibt es heftige Auseinandersetzungen um die Gestaltung und Nutzung der ISDN-fähigen Anlagen, besonders auch im Hinblick auf die drohende zwischenbetriebliche und zwischenbehördliche Vernetzung.

TelekommnikAKTION

»... DAMIT SIE UNS BESSER IM GRIFF HABEN ...«

Volkszählung 1991 in Österreich

Im Mai 1991 findet in Österreich wieder eine Volkszählung statt. Sie wird vom Österreichischen Statistischen Zentralamt (ÖStZ) im Auftrag des Bundesministeriums für Inneres (BMI) durchgeführt. Laut Anordnung im Volkszählungsgesetz ist eine solche an der Wende jedes Jahrzehnts zu veranstalten.

Othmar Brigar, Wien ● Neu ist vor allem, daß nun auch Probezählungen abgehalten werden können, nämlich maximal drei vor jeder ordentlichen Volkszählung. Probezählungen sind im Unterschied zur eigentlichen Volkszählung, bei der für Auskunftsverweigerung ein Strafausmaß von öS 30.000,-- und /oder 6 Monate Arrest als Beugestrafe vorgesehen ist, freiwillig, niemand kann zur Auskunft verpflichtet werden.

Eine erste Probezählung fand am 27.4.1989 in je einem Zählsprengel von 15 Österreichischen Gemeinden statt. Am 3.5.1990 startete eine Probezählung in 19 österreichischen Gemeinden, darunter in Graz, Klagenfurt, Salzburg und auch in Wien. In den Wiener Bezirken 8, 10, 18, 20 und 22 wurden 2.500 Haushalte befragt.

Das Volkszählungsgesetz für die Großzählung 1991 wurde am 28.2.1990 im Parlament beschlossen.

Keine Zählung, sondern umfangreiche Bevölkerungserhebung

Wie schon bei allen vorangegangenen Volkszählungen wird auch bei der Zählung 1991 nicht einfach gezählt, sondern es werden in großem Maße persönliche Daten erhoben – etwa über die schulische und berufliche Ausbildung, über seinen/ihren Arbeitsplatz, über die gesellschaftlichen Betätigungen in einer Gemeinde, wie z.B. die Frage nach den kulturellen, sportlichen, sozialen oder politischen Aktivitäten. Allein die Anzahl der Erhebungsbögen macht deutlich, daß es sich um eine umfangreiche Bevölkerungserhebung und nicht eine einfache Zählung im eigentlichen Sinn handelt. Auszufüllen sind: Gebäudeblatt, Wohnungsblatt, Zählungsliste, Personenblatt, Ergänzungsblatt, Objektblatt, Arbeitsstättenblatt.

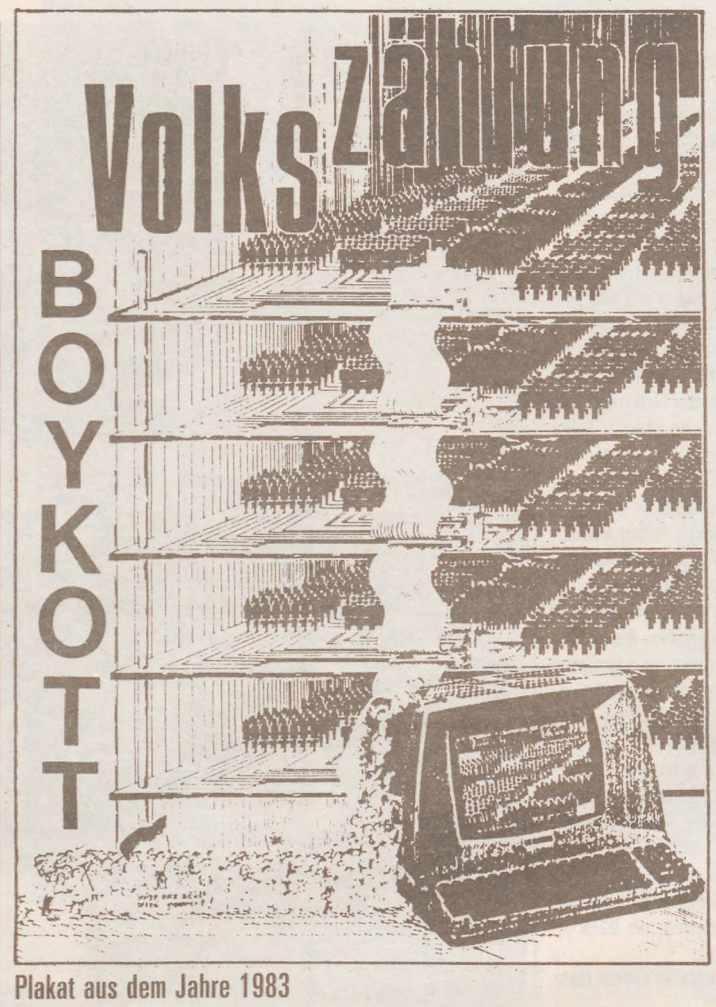
Immer bessere und schnellere EDV-Ausstattung und immer dichtere Vernetzung machen diese Daten zu jeder Zeit und an jedem Ort rasch verfügbar. Da die erhobenen Daten in nichtanonymisierter Form vom ÖStZ gespeichert werden, besteht die Möglichkeit der Reidentifikation von Datensätzen, d.h. die Rückführbarkeit von Daten auf eine bestimmte Person.

Darüberhinaus werden vom ÖStZ Merkmale miteinander verknüpft, so daß neue Kriterien entstehen, die nie Fragestellung im Zuge der Volkszählung waren.

Beispiel 1: „zu erhaltenes Kind (bzw. Lehrling) und unter 27 Jahren" – Feststellung des rechtmäßigen Bezuges der Familienbeihilfe.

Beispiel 2: „Heiratsdatum der Eltern und Geburtsdatum des (der) Kindes (Kinder)" – Feststellung, ob ehelich oder unehelich geboren.

Beispiel 3: „Minderheitenfeststellung" – Gibt jemand bei der Frage nach der UMGANGSSPRACHE Englisch, Tschechisch



Plakat aus dem Jahre 1983

oder Schwedisch an, so werden diese Angaben unter SONSTIGE SPRACHEN subsummiert, gibt jemand aber Slowenisch an, so scheinen plötzlich in der Kategorisierung im ÖStZ neun Untergruppen auf, nämlich: Slowenisch, Deutsch, Windisch, Slowenisch-Deutsch, Deutsch-Slowenisch, Slowenisch-Windisch, Windisch-Slowenisch, Deutsch-Windisch, Windisch-Deutsch. Durch diese Aufsplittung können österreichische Politiker leicht argumentieren, daß gar kein Bedarf z.B. für zweisprachigen Unterricht in den Grundschulen besteht, da es ja nur soundso wenige rein slowenisch sprechende Menschen gäbe. Diese Problematik trifft vor allem auf das Bundesland Kärnten zu, in dem es eine große slowenische Minderheit gibt und wo der extrem rechts stehende freiheitliche Politiker Jörg Haider oberster Landeschef, sprich Landeshauptmann, ist.

Weiter werden vom ÖStZ zur genauen Identifizierung der erhobenen Daten folgende Unterlagen verwendet, die in keinem Zusammenhang zu einer Volkszählung zu sehen sind:

- Schulverzeichnis (Adressen, Arbeitgeber)
- Verzeichnis großer Arbeitsstätten (namentlich, regional gegliedert)
- Verzeichnis der Krankenanstalten, Sozialversicherungsträger und größerer Verkehrsbetriebe
- Amtskalender
- Industrie-, Handels-, Dienstleistungs- und Behördenkompaß
- Verzeichnis der Internate Österreichs
- Telefonbücher

Im Zuge der Auswertung der Volkszählung 1981 wurden die erhobenen Personendaten mit den Daten vom Mikrozensus 1981 verknüpft, um fehlende Angaben einzutragen.

Zitat aus dem Benützerhandbuch des ÖStZ (Ausgabe 1986): „Aufgrund des Namens auf den Mikrozensus-Personenblättern wurden die betroffenen Personen im Volkszählungsmaterial identifiziert und in der entsprechenden Zeile der Signierliste die Haushalts- und Personenkennzahl des Mikrozensus eingetragen."

Dieses Vorgehen rechtfertigt in keiner Weise die Durchführung derartiger Zählungen, deren Kosten in der Größenordnung von hunderten Millionen Schilling liegen. Die Volkszählung 1991 wird mehr als öS 650 Mio. kosten.

Das ÖStZ selbst bestätigt in seinem Bericht: „die neuen Datensätze enthalten für jede Person sämtliche Merkmale, die für die geplanten Tabellen (und Datenbanksegmente) vorgesehen sind, exakt in der geplanten Aufgliederung so wie in datenbanklesbarer Form."

Generell problematisch sind all jene Punkte im Volkszählungsgesetz, deren Erhebung nicht durch irgendeinen gesetzlichen Zweck vonnöten ist. So sollten Daten wie Geschlecht, Religionsbekenntnis, Schulbildung, Stellung im Haushalt, Umgangssprache, Berufsausbildung, Beruf, Beschäftigung, Arbeits- und Schulweg etc. nicht erhoben werden, da angesichts des möglichen Datenmißbrauchs bzw. des Datengebrauchs jede zusätzliche Datenerhebung einen Eingriff in das Privatleben der betroffenen BürgerInnen darstellt.

Denunziantentum

Die Tatsache, daß Personen, die nicht unmittelbar mit den Abwesenden zu zählenden Personen in Zusammenhang stehen, zur Auskunft verpflichtet werden können, veranlaßt jene zu höchst menschenunwürdiger Schnüffelei. Somit begünstigt das Gesetz Denunziantentum. Dabei sei an die Haustorsperre um 21.00 Uhr seit der Zeit Metternichs erinnert. Damals waren zahlreiche Hausbesorger einerseits Polizeispitzel, andererseits die einzigen, die das Haustor auf- und zusperren konnten und somit über Kommen und Gehen politisch aktiver Hausbewohner bestens informiert. Die adäquate Institution der jüngeren Geschichte war der Blockwart. Durch die ses Gesetz werden Hauseigentümer, Wohnungsinhaber und -vermieter in eine ähnliche Funktion gedrängt.

Zur Bestimmung des ordentlichen Wohnsitzes durch das ÖStZ werden Daten aus dem Privat- und Freizeitbereich (z.B. Vereinszugehörigkeit) der BürgerInnen erhoben, um zu einer vollständigen Kontrolle der BürgerInnen nicht nur im Wohn- und Arbeitsbereich zu gelangen.

Daß unter dem Deckmantel „Volkszählung" sehr wohl andere als nur die statistischen Interessen stehen, zeigt schon die Aussage in den Erläuterungen zum Volkszählungsgesetz 1980, wo es heißt: „Neu ist die nun gemäß § 4 Abs.3 mögliche Verwendung der bei einer Volkszählung gewonnenen Daten auch für nicht statistische Zwecke (z.B. Bevölkerungsregister, Stadtplanung)". Da die Fragestellungen für Planungszwecke ungeeignet sind, es wird nur ein Ist-Zustand, aber kein Soll-Zustand erhoben, und wer hätte z.B. die Entwicklung in unseren östlichen Nachbarstaaten bei der letzten Volkszählung bezüglich des Individual- und Massenverkehrs berücksichtigen können, bleibt lediglich das Interesse für ein nichtanonymes Bevölkerungsregister.

Devise: Kreativität entwickeln!

Angesichts der hohen Strafdrohung (s.o.) muß individueller Widerstand versagen. Anzuraten ist daher z.B.: Verweigerung der Probezählung, mehrere Wohnsitze als ordentliche nennen, Verweigerung zusätzliche Auskünfte zu geben, Wohngemeinschaften sollten sich als Anstalten deklarieren, als Haushaltsvorstand kann man die Kinder eintragen, etc. Nicht unbedingt falsche Angaben machen, sondern die Definitionen genau lesen und Kreativität entwickeln, sollte die Devise sein. Phantasie und Kreativität sind eine der wichtigsten Ressourcen der ÖsterreicherInnen.

Abschließend noch der Hinweis auf einen Reader zur Volkszählung 1991, der neben den aktuellen Informationen über Gesetze, deren Vergleich über 100 Jahre, einem Vergleich mit der Volkszählung 1987 in der BRD und einem Szenario über die Vernetzung von Daten, in einem historischen Überblick zeigen soll, welche politischen Hintergründe vor allem in Volkszählungen schon immer gesteckt sind, ohne die datenschutzrechtliche Brisanz außer Acht zu lassen. Dieser Reader soll generell allen Interessierten Basisinformation über das Thema „Volkszählung" bieten und Grundlage für weitere Aktivitäten sein. Der Reader kann zum Preis von öS 70.- (DM 10.-) bestellt werden bei:
IIB - Initiative Informatik Betroffener
Postfach 168 · A-1015 Wien
oder bei der ARGE Daten (Adresse s.u.).

Die ARGE Daten bietet darüber hinaus für alle Datenschutz-Interessierten ein Informations-Abo an, das die Zeitschrift „Datenschutz & Informationsrecht (DIR)", Sonderausgaben, Prozeßinformationen und alle Presseaussendungen umfaßt. Um öS 300,- (DM 45.-) für Privatpersonen und ab öS 600,- (ab DM 90.-) für Institutionen können Sie das Jahres-Abo bestellen bei:
ARGE Daten · Liechtensteinstr. 94
A-1090 Wien

Armutsverwaltung per Computer

Werte Sozialhilfeempfängerin,
ich bin Ihr Sachbearbeiter

FORTSETZUNG VON SEITE 8

Zugegebenermaßen ist die Kontrolle der AL-MitarbeiterInnen durch ihren Arbeitgeber im Moment relativ unwahrscheinlich, aber selbst hier können sich die Zeiten bekanntlich ändern. Immerhin hat die AL von vorneherein auf die berüchtigte „Fernwartung" durch den Hersteller verzichtet.

Bei dieser Darstellung ging es nicht darum, speziell die AL zu kritisieren, sondern vielmehr sollte gezeigt werden, daß es sich bei einer ISDN-fähigen Nebenstellenanlage nicht einfach um eine Erneuerung der Telefonanlage handeln kann, sondern um eine andere Qualität, die auch Berücksichtigung finden muß. Einerseits müßte es darum gehen, Hersteller dazu zu bewegen, auch weiterhin nicht-ISDN-fähige Anlagen anzubieten oder wenigstens dazu ihre Anlagen hard- und softwaremäßig zu verändern. Andererseits müssen aber auch Vereinbarungen zwischen den MitarbeiterInnen getroffen werden, die Mißbräuche weitestgehend ausschließen, und zwar bereits vor der Installation. Dies gilt vor allem auch für MitarbeiterInnen in selbstverwalteten Betrieben! ●

Für weitergehende Informationen:
TelekommunikAKTION
c/o Contraste · Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1

PROJEKT SOZIALHILFE AUTOMATION (PROSA)

Die Armutsverwaltung wird computerisiert

Die Probleme in den Sozialämtern sind scheinbar unlösbar: Zuwenig Stellen, mangelhafte Qualifizierung des Personals, schlechte Beratung, unzureichende Sozialhilfesätze, Datenschutzprobleme... Ein Faß ohne Boden. Dieser Zustand soll jetzt auch noch computerisiert werden. Die Kommunen hoffen über diesen Weg alle Probleme mit einem Schlag lösen zu können.

Angelo Wehrli, Hamburg ● Die „schöne neue Computerwelt" der Verwaltungschefs soll die Armutsverwaltung billiger machen, die SozialhilfesachbearbeiterInnen sollen dann qualifizierte Beratungen durchführen können und zudem werden mehr aktuelle Daten über die Klientel zur Verfügung stehen.

Bundesweit sind die Kommunen dabei die Armutsverwaltung zu computerisieren. Im wesentlichen gibt es zwei konkurrierende Systeme: In Hamburg befindet sich zur Zeit ein sogenanntes Online-System „Projekt Sozialhilfe Automation" (PROSA) in der Entwicklung. In Bremen wurde nach 5jähriger Entwicklung das System „Programmierte Sozialhilfe" (PROSOZ) fertiggestellt. Der technische Unterschied zum Hamburger Modell: In Bremen erfolgt der Einsatz von Zentralrechnern in Verbindung mit Personal-Computern, in Hamburg sind alle Bildschirme „online" am Zentralrechner angeschlossen.

Aktuelle Situation

Trotz drastisch ansteigender Zahlen der Sozialhilfebedürftigen hinkt die Personalausstattung in den Hamburger Sozialdienststellen mit einer zeitlichen Verzögerung von ca. 11/2 Jahren hinter dem tatsächlichen Personalbedarf her. In verschiedenen Dienststellen haben die MitarbeiterInnen über Streiks und Dienst nach Vorschrift auf die Grenzen ihrer Belastbarkeit hingewiesen. Die Personalfluktuation in diesen Abteilungen ist erschreckend hoch; der ständigen Überforderung ist auf Dauer niemand gewachsen.

Die MitarbeiterInnen können ihrer Beratungspflicht, die im Bundessozialhilfegesetz vorgeschrieben ist, nicht nachkommen. Ca. 30 Hilfesuchende täglich kommen auf eine/n MitarbeiterIn, ein/e SachbearbeiterIn hat im Schnitt 140 Sozialhilfefälle zu bearbeiten. Die Untätigkeit des Hamburger Senats, dieser unerträglichen Situation in den Sozialämtern abzuhelfen, grenzt an Rechtsbeugung.

Die große Mehrzahl der SozialhilfeempfängerInnen befindet sich gegenüber den Dienststellen in einer ohnmächtigen Situation. Sie sind unzureichend über ihre Rechte und Ansprüche informiert, und die ohnehin knappen Zuwendungen werden noch dadurch geschmälert, daß „Kann-Bestimmungen" wegen der Sparpolitik des Senats gewöhnlich zu ihren Ungunsten ausgelegt werden. Bei den Hilfesuchenden entsteht oft der Eindruck von Willkür bei den Entscheidungen über die Bewilligung bestimmter Unterstützungen.

„Computer, Computer über alles..."

Die Hamburger Verwaltung leidet unter erheblichen strukturellen Mängeln, die es zu beseitigen gilt. Eine Veränderung der Strukturen würde nach Meinung der GAL zu Verbesserungen für SozialhilfeempfängerInnen und SachbearbeiterInnen führen. Diese Mängelbeseitigungen sind so grundlegend wichtig, daß sie vor der Einführung von neuen Techniken durchzuführen sind.

Nach Ansicht der GAL und vieler kritischer Fachleute auf diesem Gebiet stellen Informations- und Kommunikationstechniken Strukturverstärker dar; d.h. eine schlechte Arbeitsstruktur – wie sie z. Zt. in den Hamburger Sozialämtern vorhanden ist – kann durch das „Überstülpen" von IuK-Technik keine positive Hilfestellung bringen. Die strukturellen Probleme sind Personalmangel und schlechte Ausbildung. Trotzdem will der Hamburger Senat die dargestellten Mißstände allein durch den Einsatz von IuK-Techniken in der Sozialverwaltung beseitigen.

Was ist von PROSA zu erwarten?

PROSA ist ein Sparinstrument. Es wird Irrtümer zugunsten der SozialhilfeempfängerInnen vermeiden. Der Computer ist nicht darauf programmiert, persönliche Ermessensspielräume für die EmpfängerInnen zu suchen. Ergebnis: mehr Geld ist von PROSA nicht zu erwarten. Da die Einführung von PROSA von massiven Stellenstreichungen begleitet sein wird, ist für die Hilfesuchenden mit keiner Verkürzung der Wartezeiten oder einer Verbesserung der Dienstleistungen zu rechnen. Es ist auch keine zusätzliche Qualifizierung der MitarbeiterInnen vorgesehen. Deshalb ist statt einer individuellen Beratung eher eine Fließbandabfertigung zu erwarten.

Es werden – in noch viel höherem Maß als bei der Volkszählung von 1987 – sehr persönliche Daten auf dem Computer erfaßt, nicht nur von den Hilfesuchenden selbst, sondern auch von Angehörigen, Mitbewohnern usw.. Die Speicherung dieser Daten auf einem zentralen Rechner, der auch die Daten vieler anderer Behörden beinhaltet, macht einen Abgleich mit anderen Dateien (Einwohnermeldeamt, Kfz-Register, Ausländerbehörde) sehr einfach. Die rechtlichen Grenzen hierfür sind noch weitgehend unklar. Die Einführung eines neuen Sozialversicherungsausweises am Ende des Jahres schafft zusätzliche Voraussetzungen für den „Abgleich" mit anderen Stellen.

Die Rationalisierung der Arbeit soll nicht für eine Entlastung der Beschäftigten eingesetzt werden. Vielmehr sollen 200 von derzeit 1.200 Stellen eingespart, werden. Das bringt eine erhebliche Verdichtung der Arbeit mit sich. Es liegt kein Konzept für eine fachliche Weiterbildung der SachbearbeiterInnen vor, lediglich eine Schulung in der Bedienung des Programms ist vorgesehen. Statt für eine kompetentere Beratung qualifiziert zu werden, werden sie zu BedienerInnen der Technik dequaliziert. Eine ernstzunehmende Unterstützung für eine Beratung ist von der Maschine nicht zu erwarten. Zudem eröffnet das Programm die Möglichkeit, systematisch zu prüfen, wer wieviele Fälle abfertigt und dabei wieviel bewilligt hat.

Der Umfang der Arbeitsgänge, die in das Programm eingebaut werden sollen, läßt einen sehr hohen Anteil Bildschirmarbeit erwarten. Der versprochene Anteil von 50 % an der Gesamtarbeitszeit scheint völlig unrealistisch. Da fast alle Arbeitsgänge in Abhängigkeit vom Computer durchgeführt werden, sind die SachbearbeiterInnen bei einem Systemausfall praktisch aufgeschmissen.

Statt der Entwicklung eines Konzepts zum Abbau sozialer

Fortsetzung auf Seite 9

GEGENBEWEGUNG

Was tut sich in der Computerkritikszene ?

Die Hoffnungen und Mythen, die sich um die angeblich „saubere" Computertechnologie ranken, scheinen alle gesellschaftlichen Kreise erfaßt zu haben. Alle?

Dirk Bathe, Heidelberg ● Während Post, Staat und Industrie die flächendeckende Vernetzung und Computerisierung in aller Ruhe Stufe um Stufe in die Wirklichkeit umsetzen... während die Industrie versucht, sich als „gesellschaftlich verantwortlich" zu verkaufen und das akzeptanzverheißende Feld der „Technologiefolgenabschätzung" mit der Gründung von industrienahen Instituten zu besetzen (SEL-Chef Zeidler: „Die Lehre aus der Kernenergie-Misere: Wenn der öffentliche Druck einmal erst stark geworden ist, nützt die beste PR-Maßnahme nichts mehr")... währenddessen sind in der kritischen Öffentlichkeit die sogenannten Informations- und Kommunikations (I.u.K.) -Technologien praktisch kein Thema.

Schulterzuckende Technikakzeptanz

Die ehemals breiten Überwachungs-, „1984"-, Verkabelungs- und Volkszählungsdiskussionen haben ihre Konjunkturen kaum überlebt. Die arbeitslose Anti-Verkabelungsaktivistin macht mittlerweile eine Umschulung zur Programmiererin, der Ex-Vobo-Aktivist hat seinen Atari auf dem Schreibtisch und kaum eine Umweltorganisation, die nicht Öko-Mailboxen betreibt und auf die Vorteile der elektronischen Vernetzung schwört. Pragmatik ist eingekehrt. Das links-alternative Pflichtbewußtsein gebietet zwar immer noch eine gewisse kokette Abneigung diesen Techniken gegenüber, aber in der Praxis hat sich schulterzuckende Akzeptanz bzw. bewußte Aneignung der Technik breit gemacht. Von kritischer Auseinandersetzung ist kaum noch eine Spur!

Wichtige Gründe dafür sind sicherlich zum einen die ungeheure Komplexität und Abstraktheit der IuK-Techniken (etwa im Unterschied zu einem auch sinnlich erfahrbaren AKW) und zum anderen der sehr langgestreckte Einführungsprozeß, der ein Sich-daran-Gewöhnen erleichtert (etwa im Unterschied zu einem Straßenbauprojekt). Dies gilt insbesondere für Infrastruktur-Installationen wie ISDN. Außerdem wird eine gesellschaftliche Debatte über die Risiken auch dadurch erschwert, daß die, die zur Zeit am spürbarsten betroffen sind, nicht mit denjenigen identisch sind, die gewöhnlicherweise diese Debatten initiieren: Auf der einen Seite können beispielsweise von einer Datenerfasserin, die acht Stunden am Terminal sitzt, oder von der Betriebsrätin eines Tochterunternehmens eines Multis, die sich im Zuge internationaler Vernetzung ständig gegen die Verlagerung von Produktionsteilen, d.h. also Entlassungen, wehren muß, allein schon wegen der fehlenden Zeit und Energie keine Initiativen für eine breite und grundsätzliche Debatte der IuK-Risiken erwartet werden. Der politisch bewußte Links-Alternative andererseits hat zwar eher die prinzipielle Möglichkeit und Bereitschaft zur Initiierung derartiger Diskussionen, sieht dafür aber kaum eine Notwendigkeit. Mit den IuK-Techniken ist er spürbar (zunächst!) nur über seinen PC, den er als „intelligente" Schreibmaschine benutzt, konfrontiert und hat daher auch kaum ein Problembewußtsein für die gesellschaftlichen Risiken einer flächendeckenden elektronischen Vernetzung.

Wahrscheinlich wird es wie bei den anderen Großtechnologien laufen: Eine breite Kritik wird sich wohl erst entzünden, wenn die ersten Folgen von vielen Menschen als negativ empfunden werden (Aber es ist natürlich klar, je mehr Zeit bis dahin verstreicht, desto schwerer wird es dann sein, einen Aufhaltungs- und Umkehrprozeß zu verwirklichen!)

Gewerkschaft, FIFF UND IKÖ

Aber nun konkret: Welche IuK-kritischen Aktivitäten gibt es bereits?

Gewerkschaften: Obwohl am stärksten „betroffen", ist die Haltung hier sehr kontrovers. Je höher die FunktionärInnen und je weiter von der Basis entfernt, desto mehr setzen sie noch auf die alte Gleichung: „Technischer Fortschritt = Sozialer Fortschritt". Trotzdem gibt es einige fleißige, aber zeitlich völlig überforderte Leute, die sich kritisch mit den IuK-Techniken auseinandersetzen und ihre bescheidenen „Gestaltungs"spielräume, die ihnen das Betriebsverfassungsgesetz und Personalvertretungsgesetze lasse, auszunutzen. Sie sind vor allem in den technologiepolitischen Abteilungen, in den Technologieberatungsstellen für ArbeitnehmerInnen und natürlich in den Betriebs- und Personalräten zu finden. Während in den letzten Jahren u.a. Personalinformationssysteme, Bildschirmarbeitsplätze, NC-Produktionstechnik etc. vorherrschende Themen waren, werden nun immer mehr auch die Bürokommunikationstechniken diskutiert. Über die Diskussion um ISDN-fähige Telefonnebenstellenanlagen kam hier ins Gespräch. In den konkreten Auseinandersetzungen kommt aber selten mehr heraus als eine mittelmäßige Betriebs- bzw. Dienstvereinbarung über die Nutzung einer derartigen Anlage. Immerhin hat sich gezeigt, daß anhand dieser konkreten Anlage viele Aspekte zukünftiger Telekommunikation und Bürotechnisierung problematisiert werden konnten.

FIFF: Das sich im Zuge der Friedensbewegung gegründete „Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung" (FIFF) führt jedes Jahr einen Kongreß durch und gibt alle drei Monate die lesenswerte Zeitschrift „FIFF-Kommunikation" heraus. Die diversen Regionalgruppen wie auch der überregionale ISDN-Arbeitskreis erleben zur Zeit allerdings eine personelle Flaute. Einige inhaltliche Schwerpunkte der letzten Jahre: Zusammenhang zwischen Rüstung und Informatik; wie kann sozial verantwortliche Informatik aussehen?; ISDN; Computervernetzung; Informatik in Schule und Ausbildung etc. (Adresse: FIFF, Reuterstr.44, 5300 Bonn)

IKÖ: Im März 1989 gründeten kritische WissenschaftlerInnen, GewerkschaftlerInnen, Grüne und andere das „Institut für Informations-und Kommunikationsökologie" (IKÖ). (Adresse: Balkenstr.17-19, 4600 Dortmund). Das IKÖ will, ähnlich wie es das ÖKO-Institut in Sachen „Ökologie" tut, eine Gegenöffentlichkeit in der von Herstellerinteressen beherrschten Diskussion um die IuK-Techniken herstellen. Alle zwei Jahre soll ein Bericht zur Lage der IuK-Techniken veröffentlicht werden. Die Arbeit findet vor allem in ca. 15 themengebundenen Fachgruppen und themenübergreifenden Regionalgruppen statt. In der Öffentlichkeitsarbeit des IKÖ war ISDN von Anfang an ein Schwerpunkt: Die Aktion „Nach der Volkszählung die Kommunikationszählung?" richtet sich vor allem gegen die Verbindungsdatenspeicherung im ISDN und gegen den Einzelgebührennachweis (siehe dazu den Artikel von Anne Mahn auf Seite 6). Im Rahmen der Kampagne, die sich eines relativ breiten Medienechos erfreute, schrieben über 1.000 Menschen Briefe an die Post. Die Forderung nach Unterlassung der Verbindungsdatenspeicherung wurde zurückgewiesen, und nun geht es in die erste Justizinstanz. Flankenschutz bekommt das IKÖ dabei sogar vom Bundesdatenschützer Einwag, der schon mehrfach heftige Bedenken angemeldet hat. Eine besondere Dynamik aber hat die Aktion „Nach der Volkszählung die Kommunikationszählung?" durch die vielen Beratungsstellen bekommen, die ja besonders betroffen sind, und nun kürzlich auf einer gemeinsamen Konferenz einen deutlichen Brief an den Postminister richteten.

Weitere Schwerpunkte der Arbeit sind zur Zeit: „Sozialversicherungsausweis" (siehe Hinweis auf Seite 8); „europäischer Polizei-Datenverbund"; Grundlagendiskussion „Ist es zulässig, von einer „Kommunikationsökologie" zu sprechen, also Begriffe der biologischen Ökologie auf die gesellschaftliche Sphäre zu übertragen?" (hierzu wird es einen Symposiumsbericht von Norbert Cobabus in der Dezemberausgabe geben).

Soziale Bewegungen

Soziale Bewegungen: Wie schon am Anfang angedeutet, ist die zu Anfang der 80er Jahre aufgeblühte Diskussion der Anti-Kabel-, Medien-, Bildschirmtext (Btx)-Boykott – und Computergruppen etwas eingeschlafen. Auch der Schwung der Anti-Volkszählungsbewegungen 1983 und 1987 konnte – von wenigen Gruppen einmal abgesehen – nicht erhalten werden. Die unabhängige, „bewegungsnahe" Diskussion findet großenteils vor Ort statt, konkrete Einführungsprojekte der IuK-Techniken aufgreifend. Abgesehen von Arbeitskreisen und Initiativen wird hier auch sehr viel Arbeit von engagierten Einzelpersonen geleistet, die dann z.B. grünen Stadtratsfraktionen, Gewerkschaften etc. kritische Perspektiven zur Verfügung stellen. An überregionalen Initiativen können u.a. die grünnahe Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Computer und Medien, die Initiative „Frauen in Naturwissenschaft und Technik", die ISDN-kritische, aber verantwortungsvollen Technikeinsatz bejahende Mailbox-Szene, z.B. der Hamburger Chaos Computer Club (CCC) oder die Münchener Link System, verzeichnet werden (kein Anspruch auf Vollzähligkeit!).

Mit dem Ziel, die vereinzelten Initiativen an einen Tisch zu bringen und die IuK-kritische Debatte in den sozialen Bewegungen wiederzubeleben, veranstaltete die Heidelberger Initiative „TelekommunikAKTION" im April 1989 ihr erstes „Aktionsseminar". Wie es scheint, nicht ohne Erfolg. Mittlerweile entwickelt sich eine kontinuierliche Zusammenarbeit von computer- und telekommunikationskritischen Initiativen und Einzelpersonen, es trifft sich mehrmals jährlich eine „Koordinationsgruppe" und alle paar Monate wird die „Stille Post" – Rundbrief und Materialdienst verschickt. Während die inhaltliche Diskussion sich zu Anfang auf ISDN konzentrierte, ist das Themenspektrum mittlerweile ausgeweitet: „Computerisierung im Gesundheitswesen", „Sozialversicherungsausweis", „Sozialhilfe-Automation", „Regionale Rechenzentren" etc. etc. sind einige Themen bisher gewesen. Als eine gemeinsame Aktionsperspektive scheint sich seit dem dritten Initiativentreffen („Aktionsseminar") im Sommer 1990 die Aufklärungskampagne gegen die Kartentelefone herauszuschälen (siehe auch den Bericht von Matthias Wolf auf Seite 6).

Also: toll, super, alles paletti? Nicht ganz; denn viele Initiativen sind es noch nicht, die sich da treffen, soll heißen: Mitarbeit und Ideen sind jederzeit hochwillkommen! ●

Kontakt für die „Initiativen gegen die Computerisierung der Gesellschaft":
TelekommunikAKTION
c/o Contraste
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

FORTSETZUNG: »DIE ARMUTSVERWALTUNG WIRD...«

Not verschwendet der Senat 40 Mio. DM für ein System, das auf dem Rücken der SozialhilfeempfängerInnen und SachbearbeiterInnen die Verwaltung der Armut rationalisieren soll.

Reform der Sozialverwaltung

Nach Ansicht der GAL muß eine Reform der Sozialverwaltung drei Ziele im Auge haben:
1) Entwicklung eines Konzepts zum Abbau sozialer Not, das zur Verbesserung der Lebenssituation von SozialhilfeempfängerInnen führt. Die Grünen haben dazu eine Reihe von Vorschlägen entwickelt, die hier nicht ausgeführt werden.
2) Die Arbeitssituation der SachbearbeiterInnen in den Dienststellen muß verbessert werden.
3) Gegenüber allen anderen Behörden verfügen die Sozialämter bereits heute über umfangreiche Datenbestände von persönlichen Daten der SozialhilfeempfängerInnen und deren Angehörigen.

Die Datenspeicherung muß sich daher auf rein berechnungsrelevante Daten beschränken. Alle anderen Daten dürfen nicht in zentralen Datenbanken gespeichert werden. Die Grenze zwischen datenschutzrechtlich zulässigen Erhebungen und der nach dem Sozialhilferecht erforderlichen Sachverhaltsermittlung ist unklar. Die Datenschutzbeauftragten haben sich mit dieser Problemstellung noch nicht befaßt.

Vor dem Einsatz von Computern in den Sozialämtern muß erst mal geklärt werden, ob IuK-Techniken das geeignete Instrument zur Lösung der komplexen Probleme und Defizite innerhalb der Sozialdienststellen darstellen. Unter der Voraussetzung, daß die Frage positiv beantwortet wird, sind folgende Forderungen zu stellen:

Ein Computerprogramm für „Sozialhilfeberatung" kann es nicht geben. Die Entscheidungen der SachbearbeiterInnen werden nicht automatisiert. PROSA und PROSOZ müssen reine Berechnungsprogramme sein. Persönliche Ermessensspielräume der SachbearbeiterInnen müssen erhalten bleiben.

Da die Projektgruppe PROSA darüber nachdenkt, die schriftliche Aktenführung auf elektronische Akten umzustellen, ist als wichtige Forderung die Erhaltung der schriftlichen Aktenverwaltung, um auch bei Systemausfällen des Computers in den Sozialämtern arbeitsfähig zu bleiben. Sozialhilfeinitiativen müssen die Möglichkeit erhalten, auf die Grundsätze des Verwaltungshandelns Einfluß zu nehmen. Es muß eine unabhängige Beschwerdestelle mit Einflußmöglichkeiten in die Sozialverwaltung geben.

Zusammenfassender Forderungskatalog

- Durch Einführung von IuK-Techniken müssen Zeit- und Kosteneinsparung zur qualitativer Verbesserung der Beratung verwendet werden.
- Kein Personalabbau und Rationalisierung.
- Keine Dequalifizierung; Aus- und Weiterbildung sind unabdingbare Voraussetzung zur Beherrschung der Materie.
- Anteil Bildschirmarbeit unter 50 %.
- Für schwangere Frauen und ältere Menschen sind besondere Schutzbestimmungen zu gewährleisten.
- BenutzerInnenfreundlichkeit von Hard- und Software.
- Keine Standardisierung der individuellen Einzelfallhilfe im Rahmen der Software.
- Begrenzung von Datenspeicherung auf ein berechnungsrelevantes Mindestmaß. Abgleiche mit anderen Behörden werden verboten.
- Verbot von Leistungs- und Verhaltenskontrolle der SachbearbeiterInnen.
- Demokratisierung und Dezentralisierung der Behörden durch Einrichtung von Beratungs-und Beschwerdestellen.
- Offensive Aufklärungsarbeit über die Rechte der SozialhilfeempfängerInnen. ●

Für diejenigen, die sich ausführlicher über PROSOZ/PROSA informieren wollen: Die GAL-Hamburg hat zu diesem Thema eine Broschüre herausgebracht. „Projekt Sozialhilfe Automation, Hamburg: Armutsverwaltung per Computer" für DM 3 bei GAL-Hamburg, Bahrenfelder Str.244, 2000 Hamburg 50, zu bestellen.

(mit Dank abgedruckt aus »Alternative Kommunalpolitik«, 5/90; AKP, Herforderstr. 92, 4800 Bielefeld)

MIT DEM TECHNIK-WAHN AUF DU UND DU

Der Sozialversicherungsausweis

Ab 1. Juli 1991 wird es einen weiteren computerlesbaren Ausweis geben: den Sozialversicherungsausweis (SVA). Im Zeitraum von 1991 bis 1995, so sieht es die offizielle Planung vor, werden alle Erwerbstätigen und Sozialleistungsbeziehenden bis auf BeamtInnen, Selbständige und StudentInnen in den recht zweifelhaften Genuß dieser Plastikkarte kommen. Vor allem bedenklich am SVA ist die dort angegebene Rentenversicherungsnummer, die das letzte fehlende Bindeglied zwischen der mittlerweile beispiellosen elektronisch vernetzten deutschen Sozial-Bürokratie und den SVA-InhaberInnen darstellt. So werden z.B. Arbeits- und Sozialämter, aber auch Kranken- und Rentenversicherungen anhand der Rentenversicherungsnummer die SVA-InhaberInnen in ihren Dateien identifizieren können.Das vom Bundesverfassungsgericht verbotene einheitliche Personenkennzeichen wird nun doch um über den Umweg der Rentenversicherungsnummer Realität.

Neben dem einheitlichen Personenkennzeichen ist auch der stärkere Zugriff der Behörden auf den/die SVA-InhaberIn schon beschlossene Sache. So muß z.B. zukünftig der SVA beim Arbeitgeber, bei Behördengängen, bei Kontrollen des Gewerbeaufsichtsamtes (Schwarzarbeit) etc. vorgelegt werden. Wenn wir arbeitslos, Sozialhilfeempfängerinnen oder sonstige BezieherInnen sozialer Leistungen sind, wird er jedoch an der Stelle hinterlegt, von der wir das Geld bekommen. Es ist daher leicht vorstellbar, daß der Nichtbesitz des SVA in Zukunft zu vielfältigen Diskriminierungen des beschäftigungslosen Drittels in der 2/3-Drittel-Gesellschaft führen wird....

Schon heute macht sich das einheitliche Personenkennzeichen bemerkbar. Betroffen davon sind zunächst einmal ArbeitnehmerInnen, die auf Jobs unter der DM 470-Grenze angewiesen sind. Und das sind vor allem Frauen – die ja besonders im »ungelernten Bereich« sehr oft ja gar keine andere Stelle bekommen. Seit 1.1.90 muß nämlich **jede** Beschäftigung gemeldet werden, und über einen Zentralcomputer in Würzburg, in dem alle DM 470-Leute gespeichert sind, wird überwacht, ob jemand mehr als einen Job hat oder neben dem Job noch Sozialleistungen erhält.

(Mehr Informationen zum SVA beinhaltet die SVA-Broschüre des IKÖ: erhältlich für DM 3,- bei IKÖ, Balkenstr. 17-19, 4600 Dortmund).

TelekommunikAKTION

WAS HEISST HIER »THERAPIE« ?

Ein Einblick in die Sozialtherapie in Bayern

Mit diesem Erlebnisbericht möchte ich allen interessierten Gefangenen einen kleinen Einblick in die Praktiken der Sozialtherapie im Knast Erlangen ermöglichen.

Aufgenommen in die Sozialtherapie werden in der Regel alle männlichen Gefangenen, die nicht älter als 40 sind, mehrfach vorbestraft sind und nicht gegen das BtmG verstoßen haben. Sexualtäter werden in der Regel nicht aufgenommen, ebensowenig wie die Frauen, die in Bayrischen Vollzugsanstalten einsitzen – die bekommen in Bayern so gut wie keine Resozialisierungschance.

Meistens wird der Gefangene in seiner Stammanstalt vom Sozialdienst auf die Therapiemöglichkeit hingewiesen.

Bei mir war es so, daß die Anstaltspsychologin auf mich zugekommen ist und mich fragte, ob ich Interesse an einer Sozialtherapie hätte. Da ich dies bejahte, händigte sie mir einen Bewerbungsbogen aus. Ich schickte meinen Lebenslauf an die Sozialtherapie und erhielt nach einigen Wochen den Bescheid, ich sei zu einem Auswahlgespräch in meiner Stammanstalt eingeladen.

Als die „Herren" kamen, wurde ich kurz gefragt, weswegen ich eingesperrt wurde und ob ich die Energie habe, 2 Jahre an mir zu arbeiten. Hätte ich damals gewußt, was auf mich zukommt, ich wäre nie in die Sozialtherapie gegangen. Nach ca. 10 Minuten sagte mir der Obertherapeut: „Sie hören von uns. Auf Wiedersehen".

4 Wochen später erhielt ich dann Bescheid, ich sei vorläufig aufgenommen. Total happy, weil ich es geschafft hatte, Kaisheim zu verlassen, packte ich meine Klamotten zusammen und ging zum Transportbus, der uns (mich und 4 andere Leidensgenossen) nach Erlangen brachten. Dort angekommen staunten wir erstmal über den Arbeitsbereich. Uns wurde zwar gesagt, es könnten nur einfache Arbeiten angeboten werden, aber das hatte keiner von uns erwartet. Federn biegen, Federn sortieren, Federn in allen erdenklichen Größen, von der Autofeder bis zur Feder für einen bekannten Skihersteller.

Es gab zwar auch andere Arbeiten zu verrichten, aber dazu komme ich später.

Dann wurden wir von unserem Therapeuten begrüßt und aufgeklärt, wie hier der Tagesablauf ist:
Wecken um 6.00 Uhr, Arbeitsbeginn 7.00 Uhr, Mittag 11.15 - 12.00, danach Weiterbuckeln bis um 16.00 Uhr.

Die Antwort auf die Frage. ob denn die Sozialtherapie ein „Arbeitshaus" wäre, war: „Wenn Sie die 2 Jahre hinter sich gebracht haben, wird es für Sie leichter sein, eine feste Arbeit aufzunehmen!!!"

Nach ca. einer Woche gingen dann die Gruppenstunden los, die einzig und allein den Zweck hatten, daß wir uns gegenseitig aufbauten.

Die Arbeit war, wie schon gesagt, primitiv und stumpfsinnig.
Der Betriebswärter war ein Typ, der allen, die sich bei ihm anbiederten, die bessern Jobs zuteilte. Wer sein Pensum nicht erreichte, war bei ihm passiver Arbeitsverweigerer.
Wer arbeitet schon gern für kanpp 8 Mark brutto am Tag?

– Ich beschreibe hier Verhältnisse und Hintergründe aus der Sicht eines Betroffenen. Für mich ist das System mit dem die Psychoknäste arbeiten, klar und unmißverständlich: Lohn oder Strafe, Zuckerbrot oder Peitsche.

Soweit ist das für den Knast eigentlich nichts Neues, doch was diesen Psychoknast so gefährlich macht, ist seine unter wissenschaftlicher Kleinstarbeit ausgetüftelte Technik der Unterjochung, des Auswechselns von Bewußtsein und der Auslöschung der persönlichen Identität.

Was mir in den letzten Monaten besonders aufgefallen ist, daß sogut wie keine Trennung zwischen administrativen und „therapeutischen" Funktionen besteht. Der Therapeut sitzt im Disziplinarkomitee...

Die Gefangenen sind mehr oder weniger gezwungen, an den zweimal wöchentlichen Gruppenstunden teilzunehmen, deren Zweck es ist, die Teilnehmer systematisch gegeneinander auszuspielen. Derjenige, der sich verschließt, das heißt, wer nicht aus sich herausgeht, muß ständig mit seiner Rückverlegung rechnen, „Arbeitsunwilligen" droht das Gleiche.

Die Macher der Sozialtherapie haben seit ihrer Einrichtung drei Phasen der Reaktion von Gefangenen auf ihre „Behandlung" festgestellt. Zuerst fiel ihnen eine geringe Motivation, die bis zur offenen Feindschaft ging, auf. Um nicht mißverstanden zu werden, ich schreibe hier nur meine eigenen Erfahrungen und die einiger Mitgefangenen.

Die Gefangenen reagierten in der ersten Monaten mit Mißtrauen auf die Äußerungen des Therapeuten, wir befürchteten (zu recht) eine Kollaboration mit dem System, das uns zu unterdrücken versucht.

Später dann versuchten wir die Ungesetzlichkeit des der Institution zugrundeliegenden Gesetzes zu „problematisieren", versuchten die Therapeuten und die Wärter gegeneinander auszuspielen, was oft oder meistens mißlang.

Als es dann auf die Ausgangs- und Urlaubsentscheidungen zuging, hatten sich die Fronten mehr oder weniger geklärt. Ein Teil meiner „Mitprobanden" hatte sich unterworfen, ein paar andere wurden abgeschoßen und der kümmerliche Rest, der sich nicht unterwerfen lassen hat, hat zwar auch die Genehmigung für Ausgang und Urlaub erhalten, war aber ständigen Reppressalien wie Zellenkontrollen usw., auf die ich hier nicht näher eingehen kann, ausgesetzt.

Diejenigen, die das System akzeptiert haben, haben richtiggehend nach Therapie gelechzt.

„Warum?", habe ich mich immer gefragt. Sie haben festgestellt, daß es besser ist, mit dem System zu arbeiten, als gegen dasselbe – später haben sie glücklicherweise festgestellt, daß ihr „Schleimen" sie auch nicht weitergebracht hat als die, die sich nicht haben unterwerfen lassen. Wenn auch mit dem Unterschied, daß ihnen mehr durchgelassen wurde als mir zum Beispiel.

Wie die sog. Therapeuten aber feststellen mußten, wurden auch die „Volltherapierten" wieder rückfällig, teilweise sogar noch während ihrer Zeit in Erlangen.

Was mir besonders in den letzten Monaten, die ich auf der Freigängerstation verbracht habe, aufgefallen ist, war folgender Sachverhalt: Verstöße wurden sofort oder wenig später mit „Einschluß" im geschloßenen Vollzug bestraft. Einschluß bedeutet Entzug sämtlicher Vergünstigungen: kein Kontakt mit anderen Gefangenen, kein Hofgang usw., teilweise sogar mit Isolation, was besonders hart für den Betroffenen ist. In der Regel hat so ein Einschluß zwei bis drei Tage gedauert, bei besonders schweren Verstößen – oder was bei den Machern als besonders schwer galt, auch länger. Die Drohung, daß Ausgang, Urlaub oder auch die Zulassung zur Außenarbeit entzogen werden könnte, schwebte immer über unseren Köpfen.

Falls es einen dann mal wieder erwischt hat, meistens solche, die sich nicht unterwerfen haben lassen, wurde er von den meisten Wärtern natürlich besonders „freundlich" empfangen. Besonders „hochgestellte" Aufseher haben sogar die Macht (sie bilden es sich auf jeden Fall ein), Gefangene, die zur Entlassung anstehen, mit Drohungen einzuschüchtern. Bei mir hat es sich z.B. auf die Paragraphen 3 bis 3.11 bezogen (Sauberkeit und Ordnung). Die beziehen sich auf Haftraum und Anstaltseigentum, das ja besonders pfleglich behandelt werden soll, damit noch möglichst viele Gefangene möglichst billig in die Container gepfercht werden können.

Politisch ambitionierte Gefangene haben im Knast in Erlangen einen besonders schweren Stand. Mir wurde z.B., wie vielen schon bekannt sein dürfte, die Mitarbeit bei der „Was Left" (Erlanger Stadtzeitung) verweigert. Begründung: Zu politisch. Hätten die Macher der WL 'nen Rechtseinschlag, hätte es wahrscheinlich keine Schwierigkeiten gegeben.

Die Freigängerstation ist so ziemlich das Mieseste, was 'nem Knacki hier in Erlangens Psychoknast passieren kann. Es bringt zwar enorm viele Vorteile und wird auch von jedem angestrebt, dorthin verlegt zu werden, aber diese Abteilung ist der letzte Baustein im Gebäude Sozialtherapie. Dort einmal angelangt und eingelebt will keiner mehr die Vorzüge, die diese Abteilung mit sich bringt, missen. Das Schlimmste dort ist, daß man träge wird, versucht offenen Konflikten mit dem Vollzugspersonal auszuweichen, man will eigentlich nur noch seine Ruhe haben.

Da die meisten tagsüber buckeln müssen, ist es logisch, daß sie am Abend nicht auch noch von den Therapeuten und den Wärtern genervt werden möchten. Viele sind auch nicht dem Leistugsdruck gewachsen und flüchten sich in Alkohol/Drogen.

In großen und ganzen gesehen ist die Sozialtherapie nur eine Institution für das gute Gewissen der „ehrbaren" Bevölkerungsschicht. Ein Sprichwort sagt: „Wer andern eine Grube gräbt....."

So wird es auch hier sein, aines Tages läßt sich dieses System nicht mehr aufrechterhalten, und dann müssen sich die Herren ein neues System der Unterdrückung ausdenken. ●

Jürgen Schillitz

Anzeige

VIEL ZEIT UND WENIG ZEITUNG

DENKT AN DIE LEUTE IM KNAST
SPENDET FREIABOS!

Ein CONTRASTE Gefangenen-Abonnement
ist viel billiger als ein normales
60 DM jährlich

Jede Zeitungsspende ist steuerlich absetzbar!
Spenden Sie bitte auf das Konto:

Freiabonnements für Gefangene e.V. (gemeinnützig)
Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00,
Konto-Nummer 26 011 604, Kennwort: CONTRASTE

Wenn Sie eine andere Zeitung spenden wollen, nennen
Sie bitte entsprechend ein anderes Kennwort. Bitte Absender
nicht vergessen (für die Spenden-Quittung).

FREIABONNEMENTS FÜR GEFANGENE E.V., DOMINICUSSTR. 3, 1000 BERLIN 62, TEL. 0 30/784 75 96

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Kennwort/Zeitung _____
KontoinhaberIn (Adresse) _____
_____
_____
Bank _____
Konto-Nummer _____
Bankleitzahl _____

Ich gestatte dem Verein Freiabonnement für Gefangene e.V., DM 60 jährlich von meinem Konto abzubuchen. Diese Erklärung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum, Unterschrift

STELLUNGNAHME ZUR HÄFTLINGSREVOLTE

Nachgedacht

Niemand, der die Nachrichten der letzten Wochen gelesen hat, konnte die Schlagzeile „Häftlingsrevolte" übersehen. U.a. wurde auch über die JVA-Amberg geschrieben, jedoch nur zu 40 % Wahres. Der Anlaß war nicht, wie ein Sprecher des Justizministerium in München gesagt hat, eine Amnestie-Forderung, sondern das brutale Schlagstockvorgehen gegen einen U-Gefangenen!

Am 01.10.1990 ist dieser Gefangene auf ein Flachdach der JVA gestiegen, um seiner Forderung nach Arbeit Nachdruck zu verleihen. Vormittags wurde diese abgelehnt, wahrscheinlich, weil dieser Gefangene keinen guten Ruf bei der Justiz hat. Mit dem Geld wollte er seine Frau und sein Kind unterstützen – wenn man bedenkt, daß ein Gefangener in der Stunde ca. 0,89 DM bekommt... Wie er auf das Dach gekommen ist, ist bis heute ein Rätsel.

Ab 11.50 Uhr war er auf dem Dach und hat uns über sein Motive informiert. Unterdessen ist die Oberaufsicht gekommen und hat sich mit dem Gefangenen unterhalten. Nach und nach sind auch andere Beamte dazu gekommen, das ging bis 13/30 Uhr. Auf einmal waren ca. 40 bis 50 Beamte da, stellten eine Leiter an das Gebäude und stürmten das Dach! Der Gefangene wollte die Angreifer noch mit herausgebrochenen Ziegelsteinen abwehren, die er von einem Luftschacht genommen hat, warf diese aber weg und rannte bis zur Ecke des Daches. Dort angekommen, wollte er zuerst vom Dach springen (es ist ca. 3m vom Boden), überlegte es sich aber und legte sich auf das Dach, hob die Hände und wollte sich somit ergeben! Mittlerweile waren zwei Beamte bei ihm, einer packte den Gefangenen und der andere, ein Sanitätsbeamter, schlug voll auf ihn mit einem Schlagstock ein, so daß dieser am Kopf blutete, ein Dritter schlug auf die Beine ein... Vor lauter Beamten hat man zum Schluß den Gefangenen nicht mehr gesehen, nur noch Schlagstöcke in der Luft!

Wir anderen Gefangenen schlugen Lärm – die Rufe gingen von Schw... bis Mörder. Unter diesen Rufen wurde der Gefangene „Kopf über" vom Dach gebracht! Der Protest im Knast ging noch eine zeitlang, dann war bis 22 Uhr Ruhe.

Dann aber – so was habe ich in Amberg noch nie erlebt – waren auf einmal Rufe da, der Radau, einfach ein Zusammenhalt... man könnte meinen, daß der brutale Einsatz das Faß zum Überlaufen gebracht hat! Ich muß aber auch sagen, daß jeder Gefangene zugibt, daß ein Einsatz gerechtfertigt war, aber nicht diese Brutalität, da der Gefangene auch ohne „Schlagstock" das Dach friedlich verlassen hätte!

Nach 18 Tagen kocht es immer noch in der JVA-Amberg, zwar nicht mehr laut, aber es kocht, hauptsächlich wenn der Sanitäter im Raum ist! Da ich u.a. der Pressesprecher einer Gefangenenhilfsorganisation bin, habe ich mich um eine schriftliche Presseerklärung bemüht, bin zwar zu „Boss" geholt worden, aber...

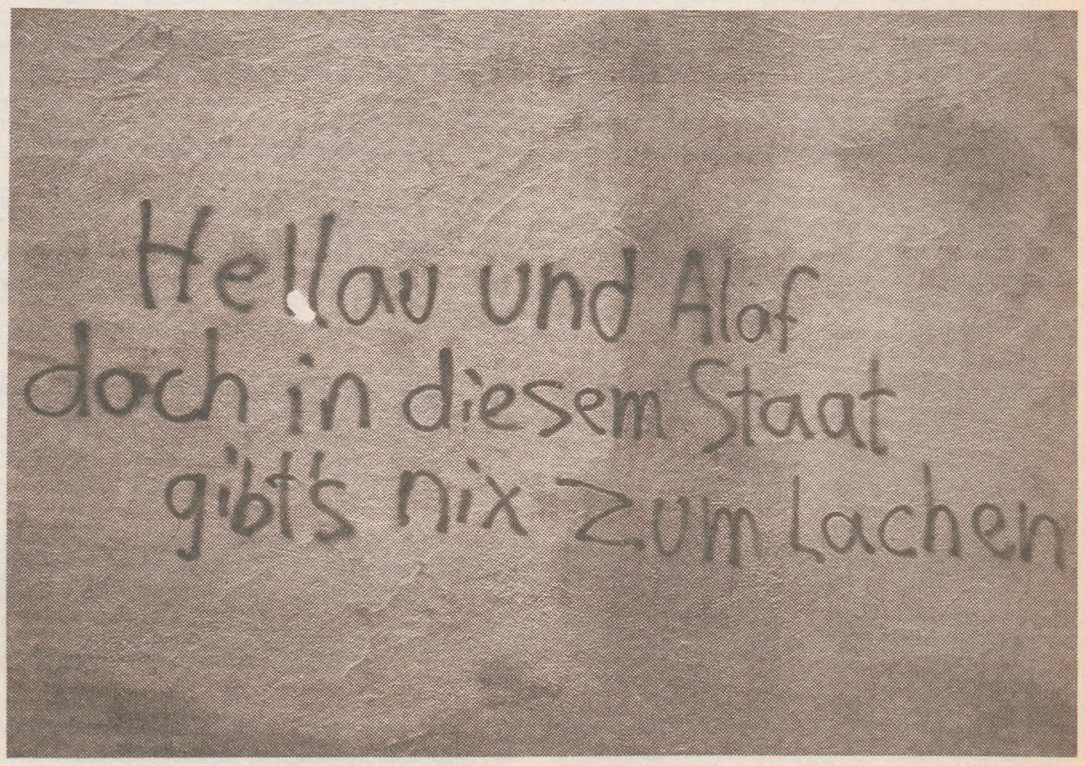
Ein Blick in den gegenwärtigen Strafvollzug gibt einem Vorbild von mir immer noch recht, Albert Schweitzer sagte mal, „Niemand fragt nach Recht oder Unrecht. Der Mensch war auch hier eine Ware. Viel weniger wert als ein Sklave zu Cäsars Zeiten. Er war eine Nummer, die man auf die Liste setzen oder wieder streichen konnte." Wir haben gegen Gesetze verstoßen, sind nach dem Recht verurteilt worden, aber sind wir damit auch rechtlos? Viele würden in der Strafzeit, den Schaden oder auch ihre Familien mit Geld unterstützen bzw. wieder gut machen, aber ein Gefangener bekommt für 160 Stunden Arbeit ca. 120.-DM im Monat bezahlt! Frage an Sie, würden Sie für dieses Geld arbeiten? (Gut, Sie brauchen mir nicht sagen das ich selber schuld bin, daß es so ist, aber ich hoffe, daß es auch noch Menschen gibt, die überlegen können – d.h. überlegen Sie mal, was Sie z.B. machen könnten?)

Verbesserungen im Strafvollzug sind nötig, auch die Strafe ist nötig, aber das Wichtigste wäre ein echtes Umdenken im Strafvollzug und ein Umdenken in der Öffentlichkeit über unsere Probleme! Hier mit Beispielen zu beginnen, hieße die Frage aufzuwerfen, wo man wieder aufhört?

Aber ich werde mich bemühen, Ihnen unsere Probleme durch die freundliche Hilfe der CONTRASTE darzulegen. Vielleicht kann ich den einen oder anderen von Ihnen dazu bewegen, mitzuhelfen. Es ist nicht nur eine soziale Frage, es wäre Menschlichkeit. Jeder oder jede, die helfen wollen, können mir schreiben. Ob Fragen, Anregungen oder auch Kritik, es wird von mir beantwortet. (Bitte aber Briefmarken beilegen!). ●

Mit freundlichen Grüßen
aus (JVA-) Amberg
Achim Friedmann (11 00 2)
W.-v.-Siemens-Str. 2
8450 Amberg/Oberpfalz

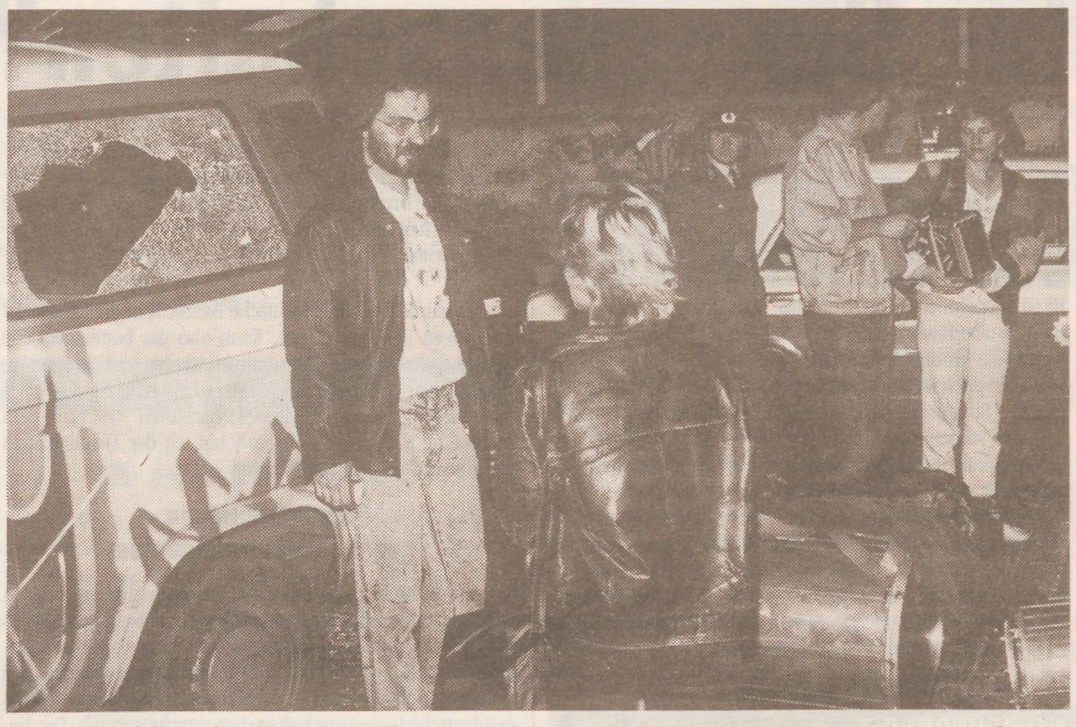
Foto: Wolfgang Haug



LINKES EUROTREFFEN IN LEIPZIG – RECHTER TERROR VON NEONAZIS

3. Europäisches Projektetreffen

Unter internationaler Beteiligung wurde die Diskussion um eine europäische Projektemesse Ende September in Leipzig fortgesetzt. Die TeilnehmerInnen kamen aus Polen, Estland, Holland, Italien, der noch-DDR und der noch-BRD. Nachfolgend ein Bericht über die zweitägige Arbeitstagung. Es wurde aber nicht nur getagt und geschaftelhubert: am Sonnabend wurden die TeilnehmerInnen von den GastgeberIn-nen zu einem Festival im ehemaligen Jugendclub „Jörgen Schmidchen" eingeladen. Für Stimmung sorgte eine Band aus Dresden und die Samba-Gruppe der UFA-Fabrik aus Westberlin.
Doch es gab ein abruptes Ende: Neonazis überfielen das Clubhaus mit Steinen und Reizgas, die Busse der UFA-Sambagruppe wurden demoliert... Auf dieser Seite dokumentieren wir den Bericht der Leipziger DAZ und eine unserer GastgeberInnen berichtet über den Überfall...



Fotos auf dieser Seite von: Uwe Winkler

Einer der zertrümmerten Berliner UFA-Busse nach dem Nazi-Überfall

Antonella Giunta, Johanna Brocke und Christian Sauer, AG „Das Andere Europa" ● Endlich international soll die Planung eines europäischen Projektetreffens vom Arbeitskreis „Das andere Europa" nun vorangetrieben werden. Das war das Ergebnis des dritten überregionalen Vorbereitungstreffens Ende September in Leipzig. Im Zusammenhang damit gab es bereits in früheren Ausgaben Beiträge.

Geprägt waren die Diskussionen zunächst von der Sorge, daß auch im Alternativ- und Selbstverwaltungsbereich das Motto „Ganz Europa schaut auf Deutschland..." um sich greift. Das Plenum und die Arbeitsgruppen haben daher daran gearbeitet, welche Schritte als nächstes notwendig sind, um schnell eine internationale Resonanz zu bekommen und Diskussionen in Gang zu setzen. Alle waren sich einig, daß so bald wie möglich ein internationaler Beirat gegründet werden soll, durch den der Bekanntheitsgrad in den Ländern erhöht würde und dessen Repräsentanten die Auswahl eines Standortes treffen könnten. Ursprünglich war Berlin als Standort vorgesehen, jetzt stellte sich jedoch die Frage, ob dieses „Symbol der deutschen Vereinigung" für diese Veranstaltung lieber gemieden werden sollte oder gerade deswegen als Raum für eine permanente kritische Arbeit am Thema „Das Andere Europa" verstanden wird.

Die Motivation der ca. 30 TeilnehmerInnen aus Holland, Polen, Estland, Italien, ex-DDR und ex-BRD ist, eine Vernetzung von selbstverwalteten Betrieben, Selbsthilfeorganisationen, Frauenprojekten, ökologischen Initiativen zu erreichen. Gegenüber den herrschenden Plänen für den europäischen Binnenmarkt wird dieses Vorhaben immer dringender, und die Vorbereitung ud Verwirklichung eines europäischen Projektetreffens soll dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Alternative Identität...

Neben der etwas frustrierenden, aber offensichtlich nötigen Debatte um Legitimation und die inhaltliche Bestimmung der Veranstaltung ging es auch erfreulich konkret zu. Aus Italien wurde von Kontakten zu den OrganisatorInnen von „Fiera delle concrete Utopie" (Messe der konkreten Utopie), der Zeitschrift „Agricoltura Alimentazione Medicina Terranuova", „Network donna" und „Intermag" berichtet, und daß dort bereits Interesse besteht, als Multiplikatoren wirksam zu werden. Sowohl für Polen als auch für die ex-DDR wurde gesagt, daß Produktionsgenossenschaften, ökologische Gruppen und Kooperativen offen sind und Anregungen und Austausch suchen. Aus Talin in Estland war der Vertreter einer Dachorganisation von Jugendclubs mit Anspruch auf Selbstbestimmung namens „Centrum" gekommen (gegründet 1987). Neben Öffentlichkeitsarbeit, Organisation von Konzerten, Ausstellungen, internationalen Jugendcamps, Zusammenarbeit mit verschiedenen demokratischen Organisatonen in Estland stellt sich dieser Verband die Aufgabe, an einem internationalen Netzwerk teilzunehmen. Eine angenehme Überraschung war sein Angebot, beim Druck und Versand von Veröffentlichungen zu helfen, um Kosten zu sparen.

Neben europäischen Initiativen sollten auch Beispiele aus nichteuropäischen Ländern, von denen wir lernen können, in die inhaltliche Gestaltung des Projektetreffens mit einbezogen werden. Als ein Beispiel wurde über den indischen Zusammenschluß von Frauengenossenschaften SEWA berichtet, zu dem u.a. Genossenschaften von Gemüsehändlerinnen, Weberinnen und eine Kreditgenossenschaft für Kleinstgewerbetreibende gehört. Diese ganze Organisation wurde so strukturiert, daß Analphabetinnen mitarbeiten können, was sie tatsächlich auch tun.

Während der zwei Arbeitstage in Leipzig wurde ein offener Entwurf mit vielen Anregungen für Podiumsdiskussionen und Arbeitsgruppen, die Bestandteil des Projektetreffens sein sollen, gestaltet. Im Hinblick auf die notwendige Auseinandersetzung über die Erfahrungen in der Praxis und über die Bestimmung einer alternativen Identität in den verschiedenen Gesellschaften wurden einige Themen vorgeschlagen: Wurzeln von kooperativem Arbeiten; Utopien gestern, heute morgen; gesellschaftliche Rahmenbedingungen (z.B. EG - Osteuropa, EG - „Dritte Welt" im Vergleich); feministische Wirtschaft; Probleme und Entwicklungen in selbstverwalteten Betrieben; alternatives Geldwesen; Organisationsformen von Betrieben und Projekten und ihr politisch-geschichtlicher Hintergrund; Funktion von selbstverwalteten Betrieben in der Gesellschaft (Träger von Veränderungen?); Zukunft und Perspektiven der Selbstverwaltung; Selbstverwaltung und Ökologie...

... in den verschiedenen Gesellschaften

Es wurde vorgeschlagen, um diesen Kongreßteil überschaubar zu halten, eher Arbeitsgruppen als Podiumsdiskussionen anzubieten und ReferentInnen für exemplarische Themen einzuladen.

Obwohl nicht über die Auswahl der einzuladenden Branchen gesprochen wurde, einigte man/frau sich darüber, daß in einem Ausstellungsteil auch Raum sein soll für informelle Kontakte und für die Anknüpfung von Geschäftsverbindungen und Kooperationen. Als wichtiges Ziel wurde dabei auch der Aufbau eines europäischen Netzes mit z.B. Datenbanken, Stadt- bzw. Regionenbüchern und Selbsthilfenetzwerken gesehen.

Um solche Inhalte in einen internationalen Diskussionszusammenhang zu bringen, sind Faltblätter und eine Sammlung von Texten in Form einer Broschüre in Arbeit. Erste inhaltliche Vorschläge sind Beiträge über Produktionsgenossenschaften in der früheren DDR, zur Situation der selbstverwalteten Initiativen in Italien, über Erfahrungen und Perspektiven einer branchen- und regionenübergreifenden Kooperation und über die Teilnahme von Frauenprojekten an einer europäischen Vernetzung, an denen bereits gearbeitet wird.

Als Strategie für das weitere Vorgehen der Arbeitsgemeinschaft wurde vorgeschlagen, die Idee eines Projektetreffens und Anregungen für die konkrete Ausgestaltung im Schneeballsystem in möglichst viele Ländern /Regionen zu streuen. Dort sollen in Kontakt mit Multiplikatoren Diskussionen angeregt werden, deren Ergebnisse als Resonanz auf die ersten Ideen in der weiteren Arbeit der Gruppe ausgewertet und umgesetzt werden.

Eine weitere Gelegenheit, Kontakte anzuknüpfen, wird ein Seminar der europäischen Grünen in Zusammenarbeit mit der französischen Organisation ALDEA (Agence de Liason pour le Développement d'une Economie Alternative) zum Thema alternative Ökonomie und Selbsthilfe im Dezember '90 in Strasbourg sein.

Das Vorhaben, parallel dazu einen internationalen Beirat zu gründen, setzt wiederum die Beteiligung der verschiedenen europäischen Länder an der Vorbereitung voraus. Sobald Ansprechpartner gefunden wurden, sollen sie um personelle Vorschläge gebeten werden. Angestrebt wird eine Pressekonferenz im Sommer '91, in der VertreterInnen des Beirats und der Vorbereitungsgruppe die Idee einer breiteren Öffentlichkeit vorstellen werden.

Im März wird sich die Arbeitsgemeinschaft „Das Andere Europa" in Dresden mit neuen Anregungen und weiteren Mitwirkenden wieder treffen. ●

Weitere Infos:
Friedels FAIRsicherungsbüro
Schulenburgring 130
1000 Berlin 42

GEDANKEN ZUM NEOFASCHISMUS IN DER EX-DDR

»Betrogen von diesem deutschen Staat«

Am Sonnabend vor dem Anschluß der DDR an die BRD wollten wir Leipziger mit unseren Gästen den Abend noch etwas kulturell abrunden und gingen ins ehemals Jugendklubhaus „Jörgen Schmidchen". Dort war für 3 Tage eine Kulturaktion der „Kulturinitiative von unten: Komm Rum" geplant, Filme, Lesungen, Vorträge und Spitzen-Bands. Der ganze Saal tanzte, es war eine prima Stimmung. Dann wurde angesagt, daß lieber niemand gehen solle, die Skins seien wieder da. Nach einiger Zeit klirrten Scheiben. Zwei blutüberströmte Besucher, die leider zufällig im Hof waren, wurden hereingetragen, Angst machte sich breit. Draußen klirrte es ständig, Flaschen und Steine flogen herum. Reizgas war auch dabei. Nach einer Weile zogen sie ab, und wir verließen das Haus. Überall Scherben, kaputte Fahrräder, drei total demolierte Bandbusse der West-Berliner Samba-Gruppe aus der UFA-Fabrik. Aus einem PKW mit westdeutschem Kennzeichen ragten noch so etwas wie eine Axt aus dem zerschlagenen Heckfenster. Leute schauten aus dem Fenstern. Die Polizei kam fast anderthalb Stunden nach dem Anruf!

Absicht? Angst? Beides? Freitag war Ähnliches passiert und die Organisatoren hatten sich um eine Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei für Sonnabend bemüht – „keine Leute", war die Antwort. Bekannt war auch, daß in der Nähe ein Parteitag der Republikaner stattfand.

Ich fühle mich betrogen von diesem Staat, welcher von unseren Steuern Polizisten bezahlt, die uns letztendlich doch nicht schützen, vor rechtem Terror. Muß es erst Tote geben? Ein Jahr früher hat es ja auch geklappt. Anpassung der Ost-Polizei an die West-Polizei? Haben diese Nachwuchs-Nazis uns im Griff? Jedenfalls fielen sämtliche für Sonntag geplanten Veranstaltungen aus. Das gleiche Schicksal ereilte auch die Eröffnungsveranstaltungen des Frauenkulturzentrums vom 5.10.-7.10.90. Das Klubhaus ist jetzt amtlich ein Frauenkulturzentrum geworden. Müssen die Frauen immer ihre Männer als Beschützer mitnehmen?

Und überhaupt, was sind das für Bestien, die einfach Menschen krankenhausreif schlagen, welche sie nicht kennen? Sehr jung sind sie, meistens unter 20. Brutal, skrupellos, nicht gerade intelligent. Vernachlässigte Kinder aus gutem Hause oder aus Nazi-Familien? Ich weiß nicht. Schaue sie an wie Tiere im Zoo. Meistens kommen sie in Horden. Einzeln greifen sie nicht an. Feige? Ist mir egal, aber wie weiter? Sie sind sehr stark bewaffnet und wir haben eigentlich gar keine Lust zu schlagen, zu kämpfen. Ich würde mich gerne mal mit einem unterhalten, interessehalber.

Es waren 4 Überfälle rechtsradikaler Jugendlicher an diesem Abend. Generalprobe für den 3.Oktober? Müssen wir uns daran gewöhnen?

Dieser Nazi-Nachwuchs greift jetzt die Leute an, die die Demokratie in diesem Teil Deutschlands erkämpft haben vor einem Jahr. Jetzt macht sich dieser Abschaum überall breit, darf Plakate kleben (z.B. NPD), Versammlungen abhalten (REPS) und an der Wahl teilnehmen. Auch wenn sie keine Chance haben, die Macht zu bekommen, muß man sich mal vergegenwärtigen, auf welcher Grundlage diese Gestalten die Demokratie abschaffen würden. Nämlich auf Grund von Demokratie. Gegen Linksradikalismus geht man im Rechts-Staat schon eher mal vor, aber den muß man sich in der Ex-DDR erst mal überall stärker ausbilden lassen. Er ist ein beliebtes Thema der Medien der Rechten Mitte, die ja schließlich „das Sagen" hat. Deutschland kotzt mich an, jetzt. Aber das ist ja nur ein Teil Deutschlands, denke ich, und weiß, daß ich zu träge bin es zu verlassen. ●

aus "DAZ" - Die andere Wochenzeitschrift für Leipzig

"Keine Leute!"

Von Björn Achenbach

Es kam tatsächlich jemand rum bei der Kulturaktion der Bürgerinitiative LEIPZIG KOMM RUM am vergangenen Wochenende in Schönefeld. Gegen bzw. nach Mitternacht griffen am Freitag und Sonnabend rechtsradikale Jugendliche die Besucher im SACK (der inzwischen amtlich Frauenkulturzentrum ist) mit Steinen, Flaschen und CS-Gas an. Drei Personen wurden verletzt, drei Bandbusse, mehrere Pkw's und etliche Fahrräder schwer beschädigt. Die Polizei traf in beiden Fällen wiedermal zu spät am Ort ein.

Als am Freitagabend die Bands TOM DROPS (Hannover) und danse macabre (Leipzig) spielten, tauchten irgendwann fünf "ganz normale Typen in Jeans" (so ein Mitglied der Initiative) im Saal auf, die sich später als rechte Späher herausstellten. Sie pöbelten ein bißchen umher, maulten über "die Linken überall hier" herum und verschwanden bald wieder. Gegen ein Uhr, als noch etwa dreißig Leute mit dem Abbau beschäftigt waren, kehrten sie - inzwischen ca. 15 Mann stark - zurück und machten unter dem Vorwand "Wir wollen bloß noch ein Bier trinken" die Runde im Saal. Wieder draußen schlugen sie einen der KOMM-RUM-Organisatoren krankenhausreif und demolierten mehrere Fahrräder. Dem Pkw einer Ostberliner Band zerdroschen sie die Scheiben und besprühten die Insassen aus nächster Nähe mit CS-Gas. Die Platzwunden mußten noch in der Nacht auf Station genäht werden. Um 1.15 Uhr kam dann ein Toni mit zwei Mann Besatzung (!) und sah sich interessiert um.

Telefonate der KOMM-RUM-Organisatoren am Samstagnachmittag mit der Kreisbehörde der VP und dem Revier Liebmannstraße wegen einer Sicherheitspartnerschaft ergaben nicht mehr als die bekannte Leier: "Wir haben keine Leute. Wenn was passiert, rufen Sie uns an!" und die Zusage, daß jeweils ein Toni wenigstens in der Nähe sei.

Als dann kurz nach 23 Uhr ein anonymer Anrufer warnte, 20 Skinheads seien unterwegs zum SACK, klingelte in der Dimitroffstraße sofort das Telefon, und die VP sagte nochmal Hilfe zu. Diese traf dann in Form von drei Tonis und einem Einsatzwagen fast anderthalb Stunden später - um 0.30 Uhr ein - "als wirklich alles schon lange vorbei war", wie Anja Krause von KOMM RUM versicherte.

Inzwischen hatte sich folgendes abgespielt: Zunächst, etwa gegen 23.30 Uhr, tauchten wieder die Fünf vom Vortag auf und verschwanden eine halbe Stunde später nach draußen. Um Mitternacht zog dann die inzwischen verstärkte Bande in einer bedrohlichen Prozession mit Steinen in den Händen durch den Saal - "alle hintereinander wie eine Schar" (so eine Augenzeugin) und wurde danach erneut gewalttätig: Zwei Besucher, die sich zufällig im Vorgarten befanden, blieben mit aufgeschlitzter Oberlippe und Platzwunden zurück. Allen drei VW-Bussen der Westberliner UFA-Fabrik wurden die Scheiben zerschlagen, etliche Fahrräder und ein Pkw demoliert.

Das Verhalten oder besser Nicht-Verhalten der Polizei kommt nach den Erfahrungen der letzten Zeit nicht gerade unerwartet; "Die VP ist überfordert", heißt es immer wieder. Wenn aber wenige Stunden nach der Freitagsaktion trotz mehrmaliger Telefonate derartig wirkungslos, weil zu spät oder unterbesetzt, "eingegriffen" wird, muß die Situation der VP schon katastrophal genannt werden. "Wo sind denn die Kampfmittel des 7. Oktober 1989 geblieben?", fragte in diesem Sinne zynisch ein Augenzeuge, der in der DAZ-Redaktion anrief. "Die wollen nicht", konstatierte Jochen Läßig, Sprecher des Neuen Forum und Besucher der Samstag-Veranstaltung. In einer Presseerklärung der AG "Das andere Europa/Das Ende der Eiszeit", in welcher dieser "rechte Terror" verurteilt wird, heißt es über die Polizei: Sie "war nicht vorbereitet und griff zu spät ein". Das Wissen um die Ohnmacht der Polizei hat indes bewirkt, daß sich Besucher der Wave-Disco in der "Villa", als sie noch in derselben Samstagnacht um 1.30 Uhr von den Schönefelder Rechten bedrängt wurden, mit zwei Pulver-Feuerlöschern selbst (erfolgreich) verteidigten und man in der Stöckartstraße inzwischen mit Blick auf den heutigen "Festtag" mit dem Errichten von Barrikaden begonnen hat.

Überfälle gab es außerdem noch in der Sternwartenstraße und in der Auenstraße.

Überfall auf den SACK - Polizei kommt wieder zu spät

WOHNUNGSBAUGENOSSENSCHAFTLICHES KONZEPT

Stadterneuerung in der ehemaligen DDR – Chancen für Genossenschaften?

In der ehemaligen DDR sind besondere Anreize erforderlich, um die Eigeninitiative der Bewohner für renovierungsbedürftige Häuser zu mobilisieren. Klaus Novy, engagierter Mitgründer des Wohnbundes, entwickelt in vierzehn Thesen ein geeignetes Konzept – alt und neu zugleich.

Klaus Novy, Redaktion Genossenschaften ● Eine charakteristische Problemsituation bei der Stadterneuerung ist die Instandsetzung und Modernisierung des Althausmietbestandes aus der Zeit vor 1914. Anders als die Siedlungen der zwanziger Jahre und später handelt es sich dabei meist um überschaubare Einheiten mit selten mehr als 20 Wohnungen. Das bundesdeutsche Wohnungsrecht sieht hierfür im Grunde nur zwei Organisationsvarianten vor: selbstgenutztes Eigentum (hier als Wohnungseigentümergemeinschaft) oder die Trennung von Eigentümer und Mietern. Bezogen auf das Ausmaß des Problems in der ehemaligen DDR jedoch bringen beide Varianten erhebliche Schwierigkeiten mit sich.

Dem Kauf eines Miethauses als Wohnungseigentümergemeinschaft und der dann erforderlichen Instandsetzung/Modernisierung durch die bisherigen Mieter stehen – selbst bei großzügiger Eigentumsförderung – große Probleme entgegen. Volleigentum wird einkommensmäßig weit außer Reichweite der meisten DDR-Mieter sein, so daß eine breite Verallgemeinerung dieses Programms selbst bei Ausbau der Bausparförderung kaum möglich erscheint. Zudem läuft die bundesdeutsche Eigenfumsförderung ebenfalls wesentlich über Steueranreize, die angesichts der meist niedrigen Einkommen der Mieter kaum relevant sind.

Zieht man hingegen fremde Käufer (wahrscheinlich Westbürger) heran, so brauchen diese für die in Kauf, Instandsetzung und Modernisierung investierten Mittel eine Rendite, die sich neben Steuernachlässen aus den Mieten ergeben muß. Wie schon in der BRD führt privatwirtschaftliche Modernisierung meistens zu hohen Mietsteigerungen und damit zur Verdrängung der Altmieter. Dies ist im großen Maßstab nicht durchhaltbar.

Staatliche Förderung erforderlich

Sind große staatliche Instandsetzungs- und Modernisierungsprogramme für Eigentümer die Antwort? Jein! Staatliche Förderung wird unabdingbar sein; staatliche Mittel sind aber direkt oder indirekt Mittel der Steuerzahler, der Masse der einkommensschwachen Haushalte. Diese zu vergeben ist sozialpolitisch nur verantwortbar, wenn primär die betroffenen Haushalte und nicht nur die Bauherren und Investoren die Nutznießer sind. Auf die soziale und verteilungspolitische Treffsicherheit der staatlichen Mittel wird es ankommen: auch auf Lösungen, die die Bereitschaft zur Selbsthilfe mobilisieren, um so die Förderkosten pro Haus zu senken.

Gesucht wird also nach einem Anreiz- und Fördersystem, das die Mieter selber in die Lage versetzt, selbstverantwortlich die Instandsetzung und Modernisierung ihrer Häuser in die Hand zu nehmen, ohne sie dabei finanziell und organisatorisch zu überfordern. Genossenschaftliches Teileigentum war hierfür die historische Antwort.

Idealtypisch ist eine Genossenschaft durch das Demokratieprinzip (Stimmrecht nach Personen nicht nach Kapitalanteil), das Förderprinzip (gefördert werden nur Mitglieder) und das Identitätsprinzip gekennzeichnet. Letzteres bedeutet, daß zwei sonst durch den Markt getrennte und konflikthafte Rollen innerorganisatorisch von der selben Personengruppe zusammengefaßt werden. Bei der Wohnugsgenossenschaft schließen sich die Mieter zu einer juristischen Person zusammen, um ein Haus zu kaufen oder zu bauen, das sie dann an sich selber „vermieten". Die Mieter sind also ihr eigener Vermieter, sind gemeinschaftlich Eigentümer.

NEUGRÜNDUNG

Erster gesamtdeutscher Spitzenverband der Genossenschaften

Am 8.10.1990 wurde der Verband der Wohnungsbaugenossenschaften der DDR aufgelöst. Er vertrat 800 Genossenschaften mit 1,1 Millionen Wohnungseinheiten. Seine Einzelmitglieder, die Regionalverbände für Genossenschaften und Gesellschaften, traten dem Gesamtverband der Wohnungswirtschaft, Köln, am 23.10.1990 bei. Als erster Zusammenschluß zu einem gesamtdeutschen Spitzenverband der Genossenschaften vertritt der Gesamtverband der Wohnungswirtschaft nun 2.000 Wohnungsbaugenossenschaften mit 2,3 Millionen Wohnungseinheiten.

Ideale Subventionsempfänger

Nur durch Zusammenschluß wird die Gruppe allerdings nicht zahlungsfähiger, wohl aber (aufgrund gemeinsamer Haftung) kreditwürdiger. Interessant wird die Wohnungsgenossenschaftslösung erst durch staatliche Förderung. Soziale Wohnversorgung war noch in keinem industrialisierten Land ohne Staatshilfe möglich; auch Genossenschaften machen staatliche Förderung nicht überflüssig. Aber sie sind aufgrund ihrer Konstruktion besonders förderungswürdig. Sie sind ein Mittelding zwischen Eigentum und Miete, mobilisieren einerseits private bauliche oder finanzielle Selbsthilfe, schaffen aber andererseits sozial gebundenes Eigentum. Dies und das Identitätsprinzip von Investor/Bauherr und Nutzer sorgen für soziale Treffsicherheit und positive Verteilungswirkungen von Subventionen. Genossenschaften sind die idealen Subventionsempfänger.

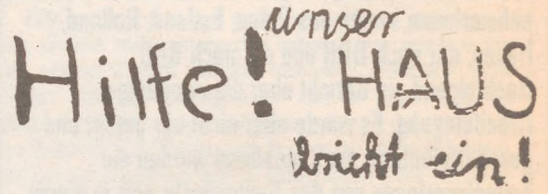
Nun wurde das bundesdeutsche Baurecht in die Länder der ehemaligen DDR übertragen. Kann also das bundesdeutsche Genossenschaftsmodell übernommen werden und die genannten Aufgaben erfüllen? Trotz positiver Einschätzung der Arbeit der bundesdeutschen Baugenossenschaften (ca.1200 mit knapp eine Million Wohnungen), bin ich der Meinung, daß eine Übernahme nicht zielführend wäre.

Benachteiligung gegenüber Einzeleigentum

Die westdeutschen Wohnungsbaugenossenschaften können aufgrund zahlreicher Strukturprobleme nicht einfach kopiert werden. Das bundesdeutsche Genossenschaftssystem ist kleingenossenschafts- und neugründungsfeindlich und steuer- und förderrechtlich benachteiligt. Finanzierungstechnisch ist das westdeutsche Genossenschaftssystem anachronistisch: Das Nominalprinzip der Anteile und der Ausschluß jeder Beteiligung an der Wertsteigerung behindern die Eigenkapitalbildung mit der historischen Folge, daß sich die meisten Bewohner heute wie Mieter, nicht aber wie Eigentümer fühlen. Entsprechend gering ist auch ihr Anteil (durchschnittlich zwischen 300 und 3.000 DM). Die genossenschaftliche Eigentumsbildung wird darüberhinaus steuerrechtlich gegenüber dem Einzeleigentum benachteiligt und vom Bausparen ausgeschlossen.

Ein zeitgemäßes Genossenschaftsgesetz müßte statt schematischer (wie bisher) differenzierte Beteiligungsformen anbieten. Der individuell unterschiedlichen Eigenleistungsfähigkeit (durch bauliche oder finanzielle Selbsthilfe) müßten entsprechende Anreize zur genossenschaftlichen Kapitalausstattung gegeben werden. Die westdeutsche Entwicklung hat die Baugenossenschaften immer unfähiger zur Eigenkapitalbeschaffung gemacht, sie immer weiter vom Eigentum entfernt, von der Bausparförderung faktisch ausgeschlossen und sie somit schließlich fast ganz von staatlichen Förderungsprogrammen abhängig gemacht.

Die westdeutschen Wohnungs(bau)genossenschaften begünstigen die schon Versorgten, benachteiligen die Unversorgten. Unversorgte können sich weder in den bestehenden noch in Neugründungen effektiv organisieren. Als übertragungsfähiges Modell eignet sich das Verbundmodell aus den zwanziger Jahren, das noch heute in den skandinavischen Ländern vorherrschend ist. Dort organisieren sich – und sparen – die Unversorgten in Sekundär- oder Muttergenossenschaften. Diese planen, bilden Bauherrengemeinschaften und bauen. Nach Fertigstellung wird die Anlage als Primär- oder Tochtergenossenschaft der nunmehr Versorgten ausgegliedert, bleibt aber meistens Mitglied im Verbund.



Transparentaufschrift in der Dresdner Neustadt

Modelle auf kommunaler Ebene entwickeln

Muß man warten auf ein neues Genossenschafts-, Steuer- und Förderrecht? Jein! Zwar lassen sich Quantitäten nur durch staatliche Rahmenprogramme bewegen. Aber auf dem Weg dahin sind Modelle ein wichtiger Schritt. Ich schlage ein lokales Programm vor, bei dem die Gemeinde oder KWVs Mietern Häuser anbieten mit der Auflage, diese instandzusetzen und zu modernisieren. Voraussetzung auf der einen Seite ist, daß sich eine Mehrheit der Mieter zu einer Hausgenossenschaft zusammenschließt. Die Stadt bringt andererseits den Restwert des Gebäudes als Genossenschaftsanteil ein, sichert sich somit Sozialbindungen im Haus. Die Genossenschafter verpflichten sich, Kredite aufzunehmen und das Haus zu modernisieren. Die Gemeinde (später Bund oder Länder) müßte sowohl einen Kredit- oder Bürgschaftsfonds bereitstellen wie auch eine Beratungseinrichtung (genossenschaftliche Gründungsagentur).

Für die Bewohner macht das Konzept, das auch erhebliche Belastungen (Kapitaldienst) mit sich bringt, nur Sinn, wenn diese Belastungen zu gesicherten Ansprüchen werden. D.h., die Genossenschaft müßte den ausscheidenden Mitgliedern mehr als den Nominalwert, nämlich mindestens die Tilgungsleistungen und eine entsprechende Verzinsung zugestehen. Das läßt sich – zwar umständlich – aber doch satzungsmäßig verankern. In Skandinavien ist die Marktbewertung des Genossenschaftsanteils inzwischen sogar üblich. Die Genossenschaftsmitglieder werden also echte Teileigentümer, ja man könnte das System bis zum Mietkauf radikalisieren.

Die Erwartung der Bundesregierung, daß eine Rechtsangleichung schon die Marktkräfte in Gang setzen wird, dürfte für den Wohnungsmarkt nicht zutreffen. Hier werden Sonderprogramme erforderlich sein. Zur Zeit sieht es leider so aus, daß nur Steuersparmodelle für Kapitalanleger zu erwarten sind. Aus sozialen und mengenpolitischen Gründen meine ich, daß ein genossenschaftliches Teileigentumsmodell angeboten werden müßte, das die Vielzahl der betroffenen Mieter zu Eigeninitiative und Selbstverantwortung bei der Modernisierung „ihrer" Häuser anreizt. ●

KURZMELDUNGEN AUS DEM GENOSSENSCHAFTSSEKTOR

Seniorengenossenschaften gefördert

Die Landesregierung von Baden-Württemberg will ab 1991 zehn Modelle von Seniorengenossenschaften unterstützen, begleiten, beobachten. Die Mitarbeit für diese Genossenschaften wird vergütet und soll zu Anrechten für Hilfen im eigenen Alter führen. Über die genauen Regelungen dabei soll jeder einzelne Zusammenschluß selbst entscheiden. Zur Beratung und Vermittlung von Kontakten beim Aufbau der Seniorengenossenschaften wurde eine Geschäftsstelle Seniorengenossenschaften, Dr. Hummel im Sozialministerium, Rotebühlplatz 30, 7000 Stuttgart 1, ☎ 0711/66737060 eingerichtet.

Verband deutscher Produktivgenossenschaften gegründet

Am 31. August trafen sich 29 Mitgliedsbetriebe des Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens Sachsen-Anhalt e.V. in Dessau. Sie gründeten den Verband deutscher Produktivgenossenschaften e.V., Landesgeschäftsstelle Sachsen-Anhalt mit Sitz in 4500 Dessau, Kurt-Weil-Str. 31. Zum Präsidenten des Vereins wurde Herr Gerd K. Schaumann, Unternehmensberater, zum Vizepräsidenten Herr Hans Krumbeck, Diamant e.G. gewählt, zum Geschäftsführer Herr Peter Schneider. Der Verband gibt u.a. auch eine Verbandszeitung mit dem Namen procoop heraus. Mittlerweile liegt die zweite Ausgabe vor. Ein Abonnement kann für 60.–DM jährlich bei der genannten Adresse bestellt werden. Ein Beitritt zu dem Verband ist auch für westdeutsche Produktivgenossenschaften interessant. Sie können so dazu beitragen, eine effektive Lobby für Produktivgenossenschaften in Deutschland aufzubauen. Außerdem gelingt es so vielleicht schneller, auch das längerfristig erforderliche Prüfungsrecht für diesen Verband zu erwirken.

Aktuelle Situation der PGHs in Ostdeutschland

Der Verband der Produktivgenossenschaften hat bei seinem Mitgliedern eine Stichprobenartige Erstbefragung durchgeführt. Die Kurzanalyse der Antworten kommt zu folgenden Ergebnissen bzw. zeigt Problemschwerpunkte auf:

○ Bis heute sind etwa 30 % der PGHs in Kapitalgesellschaften umgewandelt oder in der Umwandlung oder Auflösung begriffen.

○ Weitere 30 % der Betriebe haben sich entschieden, Genossenschaften zu bleiben, sprich sich in eine eingetragene Genossenschaft umzugründen.

○ Der Rest von 40 % ist unentschlossen, unentschieden und wartet ab.

○ Kontakte zu West-Partnern, Geschäftsverbindungen und Kooperationsvereinbarungen, haben nur ca. 7 % der Betriebe.

○ Dagegen suchen ca. 30 % der Betriebe Partner, teils als Zulieferer teils als Kooperationspartner und Auftraggeber.

○ Schwerpunkte des Beratungs- und Informationsbedarfs der Genossenschaften ist das Erarbeiten der neuen Satzungen, Geschäftsordnungen und Regelungen zur zukünftigen Vergütungsordnung für die Mitglieder. Weiter werden Fragen der Betriebswirtschaft und Betriebsorganisation sowie zur Produktivitätssteigerung gestellt.

○ Ein Viertel der Betriebe hat Beschäftigte in Kurzarbeit, viele Betriebe haben ältere Mitglieder in der Vorruhestand versetzt.

○ Die derzeitige Auftragslage der Betriebe außerhalb des Baubereiches ist nicht gut. Rund 50 % der Betriebe haben derzeit keine Auslastung ihrer Produktion. Ein weiteres Viertel hat Aufträge bis Ende des Jahres. Darüberhinaus gibt es noch keine klaren Aussagen.

○ 25 % der Betriebe, vor allem im Baubereich, geht es gut, die Auftragslage ist zufriedenstellend und die Umsätze stabil.

TRION iG. arbeitet an Altersversorgungskonzept

Seit einigen Monaten arbeitet die TRION Geldberatungsgenossenschaft iG. in Hamburg, Gerberstr. 9a, 2000 Hamburg 50, mit der SECURVITA Versicherungen Vermittlungsgesellschaft mbH an dem Thema zusätzliche Altersversorgung für selbstverwaltete Unternehmen. Sie bezweifelt, ob die in letzter Zeit vorgelegten Angebote Alternativen und neue Wege aufzeigen. Für TRION stellt sich die Frage, ob insbesondere die Kapitallebensversicherung nicht bloß in einem neuen Gewand, verkleidet als ein „Gruppenversicherungsvertrag" mit „attraktiven" Konditionen, daherkommt. Denn: Der Versicherte zahlt wie bisher seine Prämie an den Versicherer. Dieser macht damit, was er will oder nach den Vorschriften des Bundesaufsichtsamtes tun muß. Dem Versicherten wird lediglich das Versprechen gegeben, nach soundsoviel Jahren eine Rente in einer bestimmten Höhe zu zahlen. Und: Der Versicherer und die Makler verdienen bestens daran. Nach Auffassung von TRION hat gerade auch das Thema „betriebliche Alterversorgung" einen inhaltlich-sozialen Aspekt, dem Rechnung getragen werden muß. Sie will untersuchen, ob das Geld nicht schon heute sinnvoller eingesetzt werden kann, beispielsweise in Projekten im Selbstverwaltungsbereich? Sie hofft, aufgrund von Vorgesprächen mit einem Versicherer, in nächster Zeit ein Versorgungswerk zu gründen, das einem solchen Anliegen gerecht wird.

Mitgliederversammlung des Genossenschaftsvereins

Am 13. Oktober 1990 führte der Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens seine diesjährige Mitgliederversammlung durch. Gastgeberin war die coop Dortmund-Kassel Konsumgenossenschaft eG., 52 stimmberechtigte Mitglieder waren vertreten. Zum neuen Vorsitzenden wurde der ehemalige Wohnungsbauminister des Landes Nordrhein-Westfalen Christoph Zöpel gewählt. Auch sonst steht der Verein an der Schwelle zu einem grundsätzlichen Wandel, so die Aussage des bisherigen ehrenamtlichen Geschäftsführers Rüdiger Reitz. Er betonte, für die derzeit wichtigste Zukunftsaufgabe des Vereins, den Aufbau und die Festigung genossenschaftlicher Strukturen in Ostdeutschland, werden alle Kräfte gebraucht. In diesem Zusammenhang plädierte Rüdiger Reitz zukünftig für eine hauptamtliche Geschäftsführung. Die Gründungshilfen für neue Genosseschaften durch das Projekt innova sieht er längerfristig am besten durch eine finanziell sich selbst tragende Wirtschaftsentwicklungsagentur gewährleistet.

Einkaufsrabatt für Genossenschaftsmitglieder

In dem süddeutschen Städtchen Singen hat die GRÜNKERN eG. einen neuen Laden in der Alpenstr. 13 eröffnet. Außerdem plant diese Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft ab 1991 ihren Mitgliedern den gesetzlich erlaubten Einkaufsrabatt von 3 % beim Einkaufen zu gewähren. Damit ist GRÜNKERN die erste Genossenschaft im Süden, die die alte Rabatt-Tradition der Genossenschaftsbewegung (Konsum) wiederaufleben läßt. Sie hofft damit, an deren früheren Erfolge anknüpfen zu können.

Berichtigung zur Coop Dortmund-Kassel Konsumgenossenschaft eG.

In dem Artikel „Zwischen Niedergang und Neuanfang" in der letzten Ausgabe der CONTRASTE haben sich mehrere Fehler eingeschlichen. Die Dortmunder weisen mittlerweile einen Umsatz von 2,7 Milliarden DM auf. Im letzten Jahr waren es 2,5 Milliarden. Erzielt wird dieser Umsatz mit 270 Ladeneinheiten, 11.000 Mitarbeitern sowie 1.200 Auszubildenden in 11 Berufen. Damit sind die Dortmunder die größte regionale Konsumgenossenschaft Europas. Um den genossenschaftlichen Anspruch Wirklichkeit werden zu lassen, nahmen an den verschiedensten Veranstaltungen und Versammlungen des Unternehmens 112.000 Mitglieder teil. Ob dies bei einer Gesamtmitgliederzahl von rund 500.000 viel oder wenig ist, mag jede/r selbst entscheiden. Die Zahl der Konsumgenossenschaften, die unter dem co op Emblem firmieren, beträgt mittlerweile nur noch 15 und nicht wie irrtümlich geschrieben 40.

Nicaragua-Kaffee: Weitermachen oder aufhören?

Die Bärliner Kaffeegenossenschaft eG., Crellestr. 22, 1000 Berlin 62 hat sich durch den Verkauf der „Sandino Dröhnung" im Abonnement bei Solidaritäts-Kaffeetrinkern einen Namen gemacht. Im Moment wird hauptsächlich Cafe Organico vertrieben, der ohne Einsatz von Pestiziden angebaut ist. Unklarheit besteht zur Zeit darüber, wie es nun nach dem Machtwechsel in Nicaragua weitergehen soll. Vom Selbstverständnis der Bärliner war der Verkauf immer eingebettet in die Aktivitäten der Solidaritätsbewegung in Mittelamerika. Die Entscheidung über das Wie-Weiter hängt von der Klärung folgener Fragen ab: Wie läuft die Zusammenarbeit mit einer unterstützenswerten Kaffee-Verkauforganisation in Nicaragua? Gibt es sinnvolle Spenden-Projekte? Bestehen die bisherigen Direktimportbedingungen weiterhin? Gibt es genügend „Echo", sprich Möglichkeiten den Kaffee abzusetzen? Ist der Nicaragua-Kaffeeverkauf weiterhin als politische Arbeit auch subjektiv vertretbar und betreibar? An Stellungnahmen dazu sind die Genossenschaftsbetreiber/innen „schärfstens" interessiert.

Gründung in der Schwebe

Die Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft Garbe e.V. konnte auf ihrer diesjährigen Jahrehauptversammlung einen 20 %igen Mitgliederzuwachs melden. Der jetzige Stand beläuft sich auf 181 Mitglieder. Trotz dieser Größe haben Überlegungen zur Gründung einer Genossenschaft noch zu keinem greifbaren Ergebnis geführt. Dabei würde eine solche Gründung zu dem Aktivitätenspektrum der Garbe gut passen: Es wurde nicht nur mit einer Balinger Waschmittelfirma ein Baukasten-Waschmittelsystem entwickelt, das in der Zeitschrift ÖKOTEST gut abschnitt. Auch sonst tut sich bei der EVG viel. Neben der Vermarktung ist sie in der Kommunalpolitik (Kunststoffbrände, Verbrauch landwirtschaftlicher Nutzfläche) und in der Öffentlichkeitsarbeit (Stadtfest, Umwelttag etc.) sehr aktiv.

MIETERGENOSSENSCHAFT HEIMAT IG. IN FRANKFURT

Godot oder Warten auf die Politik

Vielleicht ist im nächsten Jahr das Warten auf eine Genossenschaftslösung für die Heimatsiedlung in Frankfurt vorbei. 1991 sind Landtagswahlen in Hessen. Wenn es wieder zu einer rot-grünen Koalition kommt, sind vier Jahre zermürbender Wartezeit wahrscheinlich nicht umsonst gewesen.

Gottfried Prokein, Redaktion Genossenschaften ● Der Mitgliederbestand der Mietergenossenschaft Heimat iG. in Frankfurt hat sich seit der Gründung vor allem durch Tod oder Umzug um 30 % (165) vermindert. Es gab kaum Neueintritte. Trotz der politischen Aussichtslosigkeit haben jedoch 70 % der Mitglieder ausgehalten. Die zuständige Wohnungsgesellschaft, das Nassauische Heim (NH), hat es den Mitgliedern leicht gemacht durch schlechte Verwaltung. Niemand von ihnen hätte gedacht, daß eine so große und erprobte Verwaltung derart gravierende Fehler machen und sich so tiefgreifend in den Augen der Mieter blamieren kann. Die größte Hilfe dagegen war die Mieterzeitung „Die Heimat" des Mietervereins der „Siedlung Heimat", die monatlich erschien und Mieter über Mängel aufklärte und zu Widerstand bei unsinnigen Plänen des NH aufrief.

Erfolge der Genossenschaftsverfechter

Eine geplante Umstellung der Heizungsabrechnung vom Großabnehmertarif auf Einzelabrechnung durch die Stadtwerke konnte so verhindert werden. Durch Einsprüche gegen die Grundkosten bei der Heizung wurde die NH veranlaßt, den vertraglich vereinbarten Tarif mit den Stadtwerken zu senken. Weitere Heizkosten konnten eingespart werden (20 %). Insgesamt wurden die Heizkosten um 30 % gegenüber der geplanten Einzelabrechnung für die Mieter reduziert. Fast 400.000,- DM erhielten sie für 2 1/2 Jahre zurückerstattet.

Eine Mieterhöhung Ende 1989 (kurz vor Ablauf des Gemeinnützigkeitsgesetzes und bevor der Hessische Landtag die Mieterhöhungen auf 5 % jährlich begrenzte) ließ sich nicht verhindern. Aber auch hier waren Mieten (für die Mansardenzimmer) falsch berechnet worden und mußten nach Einsprüchen vermindert und zuviel gezahlte Miete zurückerstattet werden.

1987/88 nahm die Genossenschaft an der Ausschreibung für die Gartenpflege der Heimatsiedlung teil. Obwohl das Angebot durch ein Gartenunternehmen und den Genossenschaftsverband geprüft und für finanziell fundiert befunden wurde (es waren 20 % Gewinn kalkuliert), lehnte die NH das Angebot als zu billig (!) und damit als unseriös (!) ab. Heute zahlen die Mieter 30 % mehr als bei der Genossenschaft. Die mit der Gartenpflege verbundene Eintragung ins Genossenschaftsregister wurde auf diese Weise aber nicht erreicht: Die Genossenschaft ist weiterhin nicht ins Register eingetragen und somit keine eG.

Dagegen konnte die Schließung eines siedlungseigenen Brunnens, aus dem das Wasser für die Warmwasserversorgung der Siedlung gewonnen wird, verhindert werden: Immerhin eine Einsparung von 10 Pf/qm/Monat jedes Jahr. Ab Ende 1989 begann außerdem eine heftige Auseinandersetzung gegen die geplante „Großinstandhaltung", eine erneute Modernisierung der Heimatsiedlung. Diese Auseinandersetzung wird noch lange Zeit geführt werden müssen, solange, bis die Genossenschaft die Siedlung selbst verwaltet.

MIETERBETEILIGUNG:

Mit- und Selbstverwaltung

Unter Titel „Mieterbeteiligung. Mit- und Selbstverwaltungsmöglichkeiten für Mieter – Konzepte und Praxiserfahrungen" haben Anne Mauthe, Bernd Segin und Klaus Selle im Auftrage des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MSWV) eine interessante Studie erstellt. In ihr werden vor allem Ergebnisse von Fallanalysen und Gesprächsrunden mit Praktikern vorgestellt. Fallstudien sind u.a. zum Projekt Spielarkaden in Hannover-Roderbruch, zum Solinger Bau- und Sparverein Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft eG., zur Mietervertretung im Bestand der SAGA in Hamburg Kirchdorf-Süd und zur Hausgemeinschaft Haynstraße in Hamburg enthalten. Die Studie, erschienen 1989, kann bestellt werden bei der waz-Druck GmbH & Co.KG, Am Burgacker 32, 4100 Duisburg, ☎ 0203/295060.

Mehr Kontrolle großer Vermietungsgesellschaften

Es ist ein mühseliger Kleinkrieg, auf den die Mitglieder sich gegen den neuen Eigentümer eingelassen haben, um zu beweisen, daß eine Genossenschaft mehr die Interessen der Mieter vertritt als ein anonymes Großunternehmen. Sie erhielten nur die Informationen, die rechtlich nicht vorenthalten werden dürfen. Alles andere mußte mühsam recherchiert werden, von Mietern, die fachlich nicht qualifiziert sind. Daß trotzdem soviele Einsparungen erreicht wurden, zeigt nur, daß in diesen Großunternehmen die Kontrolle durch die Mieterschaft fehlt.

Foto: WohnBund-Beratung NRW

Grundprinzip der Verwaltung eines Großunternehmens sind die minimalen Kosten für das Unternehmen. Was durch Umlagen auf die Mieter abgewälzt werden kann, wird ihnen rücksichtslos aufgedrückt. Von sich aus unternimmt das Unternehmen nichts, diesen abwälzbaren Mietanteil zu vermindern. Es gibt dafür auch keine Anreize von seiten des Gesetzgebers oder der Aufsichtsverbände. Die Mietpreise vor allem in den Ballungsgebieten wirken dem nicht entgegen, Umlagen werden vielmehr als objektiv unvermeidbar dargestellt. Insofern ist mehr Kontrolle der großen ehemalig gemeinnützigen, öffentlichen Verwaltungsgesellschaften, entweder durch die Mieter oder durch die öffentliche Hand erforderlich. So könnte sehr viel Geld für die Mieter gespart und die Mietpreise gesenkt werden.

Die Mitglieder haben die Hoffnung, daß sie ab 1991 die Heimatsiedlung durch die Genossenschaft verwalten können. Es sind wie 1985 politische Bedingungen, die dies ermöglichen würden. Seit 1.1.1990 ist die Heimatsiedlung im Besitz des Nassauischen Heims, die Vorbehaltsklausel für eine Genossenschaftslösung somit abgelaufen. Aber vom Münchner Wohnbund wurde eine Möglichkeit aufgetan, die auch auf die Heimatsiedlung (und viele andere Siedlungen) übertragbar ist.

Erbpachtvertrag als Perspektive

Die Genossenschaft schließt einen Erbpachtvertrag mit dem Eigentümer NH über Grund und Boden und Gebäude ab. Der Erbpachtzins ist so hoch wie die Kosten der Kapitalzinsen für die Hypotheken der Heimatsiedlung. Die Mieteinnahmen werden von der Genossenschaft für die Erhaltung der Siedlung selbstverantwortlich verwaltet. Im Erbpachtvertrag sind die zusätzlich sozialen Bedingungen für die Genossenschaft fixiert.

Möglich wird solch eine Lösung nur durch Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Hessischen Landtag. Ein Drittel der NH gehört der Stadt Frankfurt (seit der letzten Wahl eine rot-grüne Mehrheit), ein Drittel gehört dem Land Hessen, ein Drittel anderen Kommunen oder Gebietskörperschaften. Wenn durch die Landtagswahlen sich die Mehrheitsverhältnisse im Land Hessen ändern, gibt es für eine Genossenschaftslösung auf Erbpachtbasis eine 2/3 Mehrheit im Aufsichtsrat der NH.

Anfang 1990 begannen Genossenschaftsvertreter mit der Stadt Frankfurt über eine solche Lösung zu verhandeln. Es ist schwer, zu einer Einigung zu kommen, weil die Stadt sich mit dem Neubauversprechen „so weit aus dem Fenster gehängt hat". Jetzt verfügt sie kaum noch über Zeit, sich mit so etwas „Nebensächlichem" wie der Umwandlung einer bestehenden Siedlung zu befassen. Die Akte Heimatsiedlung liegt im Arbeitsstapel weit unten.

Obwohl in der Genossenschaft keine Fachleute sind, stellt sie sich der Aufgabe, ein finanzierbares Erbpachtkonzept vorzulegen, das eine dauerhafte Erhaltung der Heimatsiedlung sichern kann. Am schwersten ist es den zukünftigen Instandhaltungs- und Modernisierungsbedarf zu berechnen. Dafür fehlen alle Unterlagen und das Geld für eine Untersuchung.

Trotzdem sind viele der Mitglieder optimistisch, daß es mit der fachlichen Hilfe durch den Wohnbund gelingt, ein finanzierbares Konzept für eine Genossenschaftslösung zu entwikkeln und der Stadt Frankfurt und dem Land Hessen vorzulegen. Aktiven Mieter in großen Siedlungen (über 500 Wohnungen – wegen der Verwaltungskosten – oder sehr kleine Siedlungen als „Küchengenossenschaften" mit nur ehrenamtlicher Verwaltung) empfehlen sie, sich eine ähnliche Lösung zu überlegen, wenn ihre Siedlung einer „öffentlichen" Gesellschaft gehört.

Für sich selbst hoffen sie, wenn die Mehrheitsverhältnisse in Hessen sich ändern, auf eine Genossenschaftslösung für die Heimatsiedlung.Dann wird mit großer Wahrscheinlichkeit wieder ein „Modell Heimatsiedlung" existieren. ●

Anzeige

WIR SUCHEN WEITERHIN STILLE GESELLSCHAFTERINNEN UND STILLE GESELLSCHAFTER

ÖKONZEPT : KALENDER FÜR DEN UMWELTSCHUTZ

Ökologische Katastrophen bedrohen Tier, Mensch und Umwelt. »Heile Welt« und Naturromantik helfen hier nicht mehr weiter. Die Kalender der ÖKONZEPT : Edition bieten mehr : Sie vermitteln fundiertes Wissen und vertiefen das Verständnis für ökologische Zusammenhänge. Bereits mehrfach ausgezeichnet, werden sie von namhaften Organisationen unterstützt.

1 UmweltschutzKalender 1991
WALD : NATUR IN GEFAHR
14 faszinierende Großbilder. Acht heraustrennbare UmweltschutzPostkarten. Zahlreiche Kleinbilder. 15 Blatt.
Großformat 50.0 x 42.0 cm. Nur **39.80 DM**

2 RoteListeKalender 1991
ORCHIDEEN : VOM AUSSTERBEN BEDROHT
14 ungewöhnliche Großbilder der schönsten Raritäten. Drei RoteListePostkarten. 15 Blatt.
Querformat 34.0 x 29.0 cm. Nur **29.80 DM**

3 ArtenschutzKalender 1991
BEDROHTE ARTEN
13 Großbilder. Besonders auch für Kinder und Jugendliche geeignet.
Hochformat 24.0 x 33.5 cm. Nur **14.80 DM**

4 PostkartenKalender 1991
GEFÄHRDETE LEBENSRÄUME : WIESEN
15 Blatt. 13 BildPostkarten. Kurze Erläuterungen. Mit Tischaufsteller und Aufhänger.

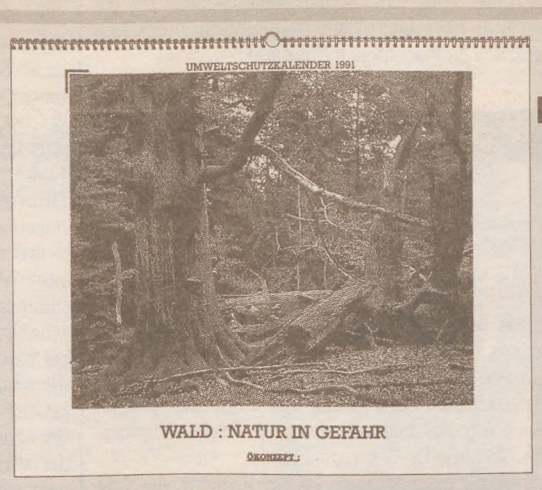
MiniKalender 1991
BEDROHTE ARTEN : SÄUGETIERE
13 Abbildungen heimischer Säugetiere. Mit Aufsteller und Aufhänger.
Beide Kalender zusammen nur **14.60 DM**

5 UmweltschutzPostkarten und RoteListePostkarten
Jeweils acht vierfarbige Postkarten mit dramatischen Abbildungen bedrohter Biotope oder gefährdeter Arten. Für Ihre engagierten Grüße. Im praktischen Set à 5 Sätzen.
40 Postkarten für nur **25,00 DM**

Set Nr.1 : **RoteListePostkarten**
Rettet die Blumen ! Rettet die Säugetiere ! Rettet die Schmetterlinge ! Rettet die Orchideen ! Rettet die Vögel !

Set Nr.2 : **UmweltschutzPostkarten**
Rettet die Alpen ! Rettet die Moore ! Rettet den Wald ! Rettet das Wasser ! Rettet die Wiesen !

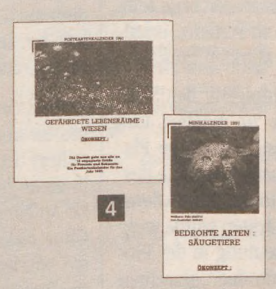
Set Nr.3 : **UmweltschutzPostkarten**
Rettet die Flüsse ! Rettet die Nordsee ! Rettet das Wattenmeer !
RoteListePostkarten Rettet die Schmetterlinge ! Rettet die Orchideen !



1

Erhältlich auch in jeder guten Buchhandlung

2



4

3

5

NEU

ÖKONZEPT : Kalender
sind auf Recycling-Papier (RP) oder chlorfrei gebleichtem Papier (CP) erhältlich.

NEU

KinderRikscha
DIE SENSATION AUF DEN STRASSEN

Das nächste Frühjahr kommt bestimmt! Schluß damit, Kinder im Auto zu kutschieren. Hier ist sie endlich, die praktische ÖKONZEPT : KinderRikscha.

Hergestellt in einer kleinen ausländischen Manufaktur, bis ins letzte Detail durchdacht, ist dieser Anhänger mehr als praktisch. Er bietet, ausgestattet mit Regendach und Sicherheitsgurten, bis zu zwei Kindern und zusätzlichem Gepäck reichlich Platz (bis zu 40 kg). Er ist rostfrei, stabil und sicher. Und dabei äußerst leicht (8 kg). Sekundenschnell – auch für Laien – mit einer Patentkupplung an jedes Fahrrad montierbar.

Die ÖKONZEPT : KinderRikscha ist gut gefedert, läuft superleicht und ist bequem zu lenken. Die lange Wimpelstange für Ihren Familienwimpel wird gleich mit geliefert.

Mit diesem Geschenk für die ganze Familie machen Sie unter jedem Weihnachtsbaum Furore!

Komplett montiert und incl. Fracht bei uns nur **1.250,00 DM**

GARANTIE
BEI NICHTGEFALLEN GELD ZURÜCK
Sollte Ihnen ein bestelltes Produkt nicht gefallen, so erstatten wir bei Rücksendung des unbeschädigten Produktes innerhalb von 10 Tagen den vollen Kaufpreis zurück. So bieten wir Ihnen noch mehr Sicherheit beim Kauf unserer ökologischen Produkte.

Achtung : Bitte bis spätestens **20.11.** bestellen, damit rechtzeitige Lieferung per Bahn-Express gewährleistet ist.

ÖKONZEPT : STEUERTIP
Wir bieten die Möglichkeit der finanziellen Beteiligung an unserem ökologischen Projekt.
Als stille Gesellschafterin oder stiller Gesellschafter nehmen Sie an unseren derzeitigen Anfangs- und Aufbauverlusten teil.
Auf diese Weise lassen sich Steuern sparen.
LASSEN SIE IHR GELD FÜR DEN UMWELTSCHUTZ ARBEITEN !

JA Bitte liefern Sie mir ☐ gegen Rechnung / ☐ Verrechnungsscheck folgende Kalender :

☐ Umweltschutzkalender	☐ RP ☐ CP	à 39,80 DM
☐ RoteListeKalender	☐ RP ☐ CP	à 29,80 DM
☐ ArtenschutzKalender		à 14,80 DM
☐ Sets PostkartenKalender und MiniKalender	☐ RP ☐ CP	à 14,60 DM
☐ PostkartenSet Nr.1		à 25,00 DM
☐ PostkartenSet Nr.2		à 25,00 DM
☐ PostkartenSet Nr.3		à 25,00 DM

zuzüglich **5,00 DM** für Porto und Verpackung.

Datum Unterschrift

JA Bitte liefern Sie mir ☐ gegen Rechnung die praktische ÖKONZEPT : KinderRikscha für nur **1.250,00 DM**

Datum Unterschrift

☐ Bitte senden Sie mir die Info-Mappe mit dem Beteiligungsprospekt gegen eine Schutzgebühr von 5,00 DM. (Bitte in Briefmarken beilegen)

Coupon bitte mit Ihrem Absender einsenden an:
ÖKONZEPT : Versand : Postfach 15 02 34
4000 Düsseldorf 1 : Telefon 02 11 - 21 60 18

DAS VERFLIXTE GELD – 11. FOLGE

Geld und Krisen

Helmut Creutz, Redaktion Heidelberg ● Die sozialen und umweltbezogenen Auswirkungen des heutigen Geldsystems wurden in den letzten Folgen dieser Serie dargelegt: Der Zins- und Zinseszinseffekt führt zum Überwachstum der Geldvermögen, dieses erzwingt eine zunehmende Überschuldung und Einkommensumschichtung, die nur durch ein ständiges Wirtschaftswachstum abgemildert werden kann. Mit der ständigen Steigerung der Wirtschaftsleistung nehmen der Ressourcenverbrauch und damit die Umweltbelastungen zu. – Gibt es nun auch eine problematische Wechselwirkung zwischen Geldsystem und Wirtschaftskrisen? Dieser Frage wird heute nachgegangen. Dabei ist es zweckmäßig, zwischen den Krisen in den sozialistischen Planwirtschaften und den kapitalistischen Marktwirtschaften zu unterscheiden.

Krisen in Planwirtschaften

Diese sind gewissermaßen strukturell vorprogrammiert. Einmal lassen sich die Befriedigungen menschlicher Bedürfnisse niemals zentral planen. Nicht absetzbare Überproduktionen und/oder unzureichende Versorgungslagen sind die Folge. Zum anderen lähmen Planwirtschaften die Eigeninitiative und verordnete Löhne die Leistungsmotivation. Diese Mängel können allenfalls vorübergehend durch ideologische Massenpsychosen und propagandistisches Getrommel ausgeglichen werden. Doch auch die schönsten Blechorden für die Arbeitshelden oder rote Fahnen für die besten Brigaden sind auf Dauer kein Ersatz für eine leistungsgerechte Entlohnung. So erzwingt die Kommandowirtschaft immer größere Kontroll-, Aufsichts- und Funktionärskader, die mit ihrer Drohnentätigkeit einen immer größeren Teil der Leistung wegschlucken. Selbst mit Zwangsarbeitsmethoden sind Planwirtschaften auf Dauer nicht wettbewerbsfähig, da man zumindest Kreatitvität und geistige Leistung nicht befehlen und erzwingen kann. Aber nicht nur das Leistungsinteresse wird durch Planwirtschaften zerstört, sondern auch die normale Einstellung zu allem Geschaffenen. Wer einmal längere Zeit in solch einem System gearbeitet hat, ist entsetzt über die Verschwendung von Ressourcen und der Verantwortungslosigkeit, mit der man Güter dem Zerfall preisgibt. Denn wenn alles allen gehört, fühlt sich niemand dafür zuständig.

Gerade auch aus der Sicht des Umweltschutzes ist persönliches Eigentum also ein Garant für Pflege und Erhalt von Gütern, vor allem wenn man sie durch eigene Leistung erworben hat. An dem pfleglichen Umgang der ehemaligen DDR-Bewohner mit ihrem Trabi oder der „Datscha" im Schrebergarten, kann man das studieren. Auch falsche Preissignale, die mit allen Planwirtschaften verbunden sind, führen zu problematischen Verhaltensweisen. Wenn Brot billiger ist als Futtermittel, wird man Hühner und Schweine damit füttern. Und wenn die Wohnungsbeheizung kaum was kostet oder als Pauschale in der Miete steckt, reguliert man die Temperatur meist über's Fensteröffnen, vor allem in den Wohnungen, in denen man, zur Baukostensenkung, gleich die Ventile weggelassen hat.

Haben die Krisen im Ostblock auch mit Geld zu tun?

Obwohl man versucht hat dem Geld etwas von seiner Bedeutung zu nehmen und es mehr zu einem Bezugsschein umzufunktionieren, ist es im Osten prinzipiell mit den gleichen Fehlern behaftet wie im Westen: Überschüssige Geldbestände in den Händen der Privathaushalte oder Betriebe, können auch in den sozialistischen Planwirtschaften nur durch das Lockmittel Zins wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückgeholt werden. Auch muß der Staat, damit der Rubel rollt, den Geldanlegern – nicht anders als im Westen – das Bankgeheimnis garantieren, vor allem wenn er an die Ersparnisse der Gutverdienenden herankommen will. Doch trotz dieser kapitalistischen Versprechen, Zins und Bankgeheimnis, klappte es mit der Geld-Zurückführung nur bedingt. Allzuviele trauten ihrem Staat nicht und bewahrten die Ersparnisse lieber in dem berühmten Strumpf auf oder unter der Matratze. Natürlich kann auch jeder sozialistische Staat das dem Kreislauf entzogene Geld durch neugedrucktes ersetzen. Damit aber bauen sich Doppelansprüche an eine gleichbleibende Leistung auf, also stillgelegte Inflationspotentiale, die irgendwann, wenn sie zur Nachfrage werden, die Preise nach oben treiben müssen. Und schreibt man – wie im Osten üblich – die Preise fest, dann kommt es zu einer aufgestauten Inflation, die umso schlimmer wirkt, wenn sie einmal zum Durchbruch kommt.

In der UdSSR zum Beispiel wird der ganze Geldbestand auf 300 Mrd. Rubel geschätzt, obwohl die monatliche Endnachfrage der Haushalte nur bei etwa 30 Mrd. Rubel liegt. Dieser Betrag ergibt sich auch, wenn man das durchschnittliche Monatseinkommen in der UdSSR von etwa 230 Rubel mit der Zahl der Erwerbstätigen multipliziert. Das heißt, die nachfrageberechtigte Geldmenge ist rund zehnmal höher als es der Monatsnachfrage entspricht. In der Bundesrepublik lag die Geldmenge Ende 1989 mit 147 Mrd. DM nur beim Dreifachen der monatlichen Endnachfrage mit Bargeld.

Foto: Peter Pollmann

Was sind die konkreten Folgen des Geldüberhangs?

Solange das zuviel vorhandene Geld aus dem Geldkreislauf zurückgehalten wird, ist es für das wirtschaftliche Geschehen bedeutungslos. Kommt es jedoch zu ungewöhnlichen politischen Entwicklungen, oder verbreiten sich Gerüchte über Preisanstiege oder Geldumtausch, nimmt die Aktivierung dieses Geldüberhangs zu. Daß heißt, man steigt aus der Hamsterung von Geld in die von Gütern um. Da aber das gegebene Angebot an Gütern und Leistungen dieser zusätzlichen Nachfrage nicht entspricht, kommt es zu Versorgungsengpässen. Normalerweise würde eine solche Übernachfrage durch steigende Preise abgebremst. Da aber die Preise in den staatlichen Läden festgeschrieben sind, werden massiert langlebige Güter nachgefragt, wie Textilien und Hausrat, Mehl und Zucker, Waschpulver und Seife usw.. Die Angst vor leergekauften Läden führt auch bei anderen zu Panikkäufen, die Schlangen vor den Läden werden länger, immer häufiger auf Kosten der Arbeitsleistung oder gar der Arbeitszeit, wodurch sich die Versorgungslage noch mehr verschlechtert. Die Folge ist, daß vor allem die ärmere Bevölkerung, die sich keine Hamsterkäufe leisten konnte, mit ihrem Arbeitslohn vor leeren Regalen steht. So kommt es schließlich auch zu Streiks und Protestaktionen, wobei es – wie in den Kohlenrevieren am Ural – oft nicht einmal um höhere Löhne geht, sondern nur um fehlende Seife oder Handtücher. Verschärft wird diese Entwicklung noch durch die Entstehung Schwarzer Märkte, auf denen die Preise die inflationären Kaufkraftverluste der Währung widerspiegeln. Als Folge dieser Preisanstiege kommt es zu erneuten Streiks um höhere Löhne... Eine solche einmal in Gang gesetzte Entwicklung ist kaum noch zu bremsen. Vor allem wenn sie durch den Staat selber noch verschärft wird, der die immer größeren Löcher in seinem Etat, bzw. die wachsenden Ausgaben, mit neu gedrucktem Geld zu schließen versucht. Auf diese Weise wird aus der schleichenden und trabenden Inflation schließlich eine galopierende, ganz gleich ob sich das Ganze in einem Ostblockland oder in Lateinamerika abspielt.

Ein Blick zurück:

„Um die bürgerliche Gesellschaft zu zerstören, muß man ihr Geldwesen ruinieren", soll Lenin einmal gesagt haben. Daß dieser Satz nicht nur auf bürgerliche Gesellschaften zutrifft, wissen wir inzwischen. Vielleicht hat es sogar Lenin gewußt, der bekanntlich nach der Revolution den Versuch gemacht hat, das Geld ganz abzuschaffen, statt die damit verbundenen Fehlmechanismen abzubauen. Daß dieser radikale „Geldreformversuch" (den Pol Pot in unserer Zeit noch einmal wiederholte!) zu einem totalen Zusammenbruch der Wirtschaft führte und zu Millionen Hungertoten, hat man leider allzuoft vergessen oder verdrängt. Auch von der Wissenschaft wird den Zusammenhängen zwischen geldbezogenen Ursachen und wirtschaftlichen Folgen viel zu wenig nachgegangen, noch weniger bezogen auf die gesellschaftlichen und politischen. Einer der wenigen Rufer in der Wüste ist der Ökonom Wilhelm Hankel, der vor einigen Jahren meinte: „Immer dann, wenn es in der ökonomischen Realität anders zugeht, als es die Modelle der Wirtschaftslehrbücher vorschreiben, sollten die Ökonomen, statt in der Rumpelkammer überholter Theorien, herumzustöbern, nach den monetären Ursachen der Krise fahnden."

Auch Karl Marx hat zur Mißachtung der monetären Problemursachen erheblich beigetragen. Nicht nur durch seine Annahme, daß die Ausbeutung des Menschen entscheidend mit dem Produktionsmitteleigentum zusammenhängt, sondern auch durch seine Einschätzung des Geldes als ein Äquivalent für Leistungen und Güter, die ihn die Überlegenheit des Geldes nicht erkennen ließ.

Daß der ursächliche Fehler unserer wirtschaftlichen Strickmuster in der Zirkulations- und nicht in der Produktionssphäre liegt, ist inzwischen selbst Gorbatschow bewußt. So sagte er in einer großen Rede vom 25. Juni 1987 beispielsweise: „Große Aufgaben gibt es im Bereich der Geldzirkulation zu lösen. Ohne dies kann kein neuer Wirtschaftsmechanismus geschaffen werden." Und an anderer Stelle: „Hauptmangel auf diesem Gebiet ist heute die Loslösung... der Geldmittel von der Bewegung materieller Werte und die Übersättigung der Volkswirtschaft mit Zahlungsmitteln... Der jetzige Rubel wird nicht seiner Rolle als aktives Mittel der finanziellen Kontrolle über die Wirtschaft gerecht." Diese Sätze sind nichts als eine vorsichtige Umschreibung des Tatbestandes, daß wir es auch in der UdSSR mit einem „ruinierten Geldwesen" zu tun haben. Und wie sich diese Geldwesenruinierung auswirkt, können wir im fortgeschrittenen Zustand nicht nur in Lateinamerika studieren, sondern auch in Ländern wie Polen oder Jugoslawien: Die Wirtschaftstätigkeit kommt zunehmend zum Erliegen, Not und Geld nehmen zu, desgleichen die sozialen Spannungen, nicht nur zwischen Arm und Reich, sondern auch zwischen ärmeren und reicheren Nationalitäten und Völkerstämmen. Und solche Spannungen können allzuleicht in Gewalt ausarten, bis hin zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. ●

Fortsetzung in CONTRASTE Nr. 75/90

KOMMENTAR ZU »KOMMUNIMUS: SACKGASSE ODER WAHNIDEE?«

Selber denken macht klug

Es ist eine beliebte unfaire Methode den am Boden Liegenden zu treten. Weil der „real existierende Sozialismus" gescheitert ist, kippt Klaus Schmitt das Kind mit dem Bade aus und verwirft den gesamten Marxismus. Dabei bringt er kein neues Argument, sondern kombiniert einfach die Marxismuskritik von links mit der von rechts mit einer auch nicht neuen Heilslehre.

Es war schon immer eine Methode bürgerlicher Marxismuskritik, die gesamte Lehre zu verwerfen, weil sie keine fehlerfreie Wissenschaft ist. Marxisten unterschiedlicher Richtungen haben ihre unterschiedlichen Dogmen auch immer mit Widersprüchen in den Texten gerechtfertigt. Anarchisten hingegen hat schon immer gestört, daß Marx kein Anarchist war, und deshalb zu anderen Aussagen gekommen ist als die anarchistischen Theoretiker. Dabei hat nie gestört, daß die unterschiedlichen Linien der anarchistischen Theorie auch nicht widerspruchsfrei sind. Die Kritik der Marxisten an den anarchistischen Theoretikern ist allerdings von gleichem Niveau.

Was wird dem Marxismus dabei aber vorgeworfen?
1. Es sind nicht alle Aussagen richtig, bzw. bestimmte Sachverhalte können auch anders erklärt werden. Um diese Schwäche zu vermeiden müßten die marxistischen Theoretiker allwissend gewesen sein.
2. Es sind nicht alle Voraussagen eingetroffen, bzw. es hat sich der „real existierende Sozialismus" nicht als besseres Gesellschaftssystem herausgestellt. Diesen Fehler hätten nur Propheten verhindern können.
3. Es gibt Widersprüche in der Lehre. Auch dieser Fehler wäre von perfekten Menschen ohne weiteres vermeidbar gewesen.

Zusammenfassend kann man sagen, die Hauptkritik am Marxismus beklagt, daß diese Lehre von Menschen und nicht von Göttern geschaffen wurde. Eben daß der Marxismus eine Wissenschaft und keine Religion ist. Allerdings haben auch die Verfechter des Marxismus in der Politik diesen Weg beschritten und aus der Wissenschaft eine Religion gemacht. An diesem religiösen Umgang mit den Aussagen ist die marxistische Praxis in Ost und West gescheitert, und muß auch jede andere Gesellschaftstheorie scheitern. Man muß sich nur einmal ansehen, wie groß der Abstand zwischen der herrschenden Kapitalismusanalyse und den realen Funktionsbedingungen des System ist.

Widersprüche einer Lehre sind für Schmitt auch kein Problem, da er als Patentrezept die Geldtheorie der Freiwirtschaftslehre verwendet. Und damit eine so enge Eingrenzung vornimmt, daß Widersprüche gar nicht entstehen können. Dafür hat er eine Theorie, die ihre prinzipielle praktische Funktionsfähigkeit innerhalb kapitalistischer Krisen unter Beweis gestellt hat. Aber der längste dieser Versuche hat 18 Monate gedauert. Ich bin mir keineswegs sicher, wohin dieses Modell bei einem jahrelangen Einsatz führt. Vor allem, wenn man Gesell ernst nimmt und ansonsten einen Manchesterkapitalismus betreibt, wie ihn Gesell im Vorwort zur 3. Auflage der Natürlichen Wirtschaftsordnung... fordert.

Eine auch von Marx verwendete Form der polemischen Kritik ist, unterschiedliche Erklärungsansätze für dasselbe Phänomen als sich widersprechend zu bezeichnen. Marx kann, indem er von der Richtigkeit der klassischen bürgerlichen Gleichgewichtsanalyse ausgeht, die Ausbeutung der Arbeiter im Produktionsprozeß nachweisen. Deshalb muß er alle Theoretiker angreifen, die ihrerseits das Marktgleichgewicht bezweifeln. Dabei hat das Marx'sche Modell aber auch die Fehler des klassischen Systems. Einer der wichtigsten ist sicherlich die Vernachlässigung des Geldphänomens. Erst Hilferding beschreibt im Finanzkapital die Bedeutung von Geld und Banksystem für den Kapitalismus aus marxistischer Sicht. Allerdings ohne eine tiefgreifende theoretische Erklärung liefern zu können, wieso das Kreditsystem so bedeutend ist. Lenin hielt deshalb das Geldsystem für eine typisch bürgerliche Errungenschaft, auf die aber nicht sofort verzichtet werden könne. (Lenin, Werke. Bd. 29). Dies war einer der vielen Fehler bei Gründung der SU.

Gesell geht den umgekehrten Weg, indem er ebenfalls die Funktionsfähigkeit des Marktsystems unterstellt und die gesellschaftlichen Fehlentwicklungen allein aus der Geld- und Zinsproblematik erklärt. Dabei kann er aber nicht erklären, woher letztendlich die rätselhafte Geldvermehrung durch das zinsheckende Geld herkommt. Erst mit dem Warenzinsansatz, den Keynes im 17. Kapitel der Allgemeinen Theorie... darstellt, ist ein Ansatz gefunden die richtigen Überlegungen von Gesell zu verallgemeinern, und damit die Herkunft der Geldrente zu klären. Kurz gesagt treten auf den Märkten Waren mit unterschiedlichen Zinsfüßen (Durchhaltekosten) gegenüber. Den höchsten hat Geld, den niedrigsten menschliche Arbeit. So kommt Keynes auch zu der Kritik an Gesells Schwundgeld:
Wenn Banknoten somit durch das Stempelsystem ihre Liquiditätsprämie genommen würde, würde eine lange Reihe von Ersatzmitteln in ihre Fußstapfen treten. (J.M. Keynes, Allgemeine Theorie...23.Kapitel).
Dieselbe Kritik gilt natürlich auch für alle Versuche, das Geld gänzlich abzuschaffen, wie es der Barter-Club versucht.

Hier liegt aber das Bindeglied zwischen Gesell und Marx und der Irrtum von Proudhon. Weil menschliche Arbeit die höchsten Durchhaltekosten hat (100 %), ist sie gegenüber jeder auf jedem Markt angebotenen Ware im Nachteil. Geld oder jedes beliebige Ersatzmittel wird immer in der Lage sein, ein Mehrprodukt von menschlicher Arbeit zu fordern. Jedenfalls solange diese Produkte sich auf freien Märkten tauschen.

Der Versuch von Lenin und seinen Nachfolgern, den Staat zu einem universellen Gesamtkapitalisten zu machen und durch die dadurch erforderliche gesamtgesellschaftliche Planung die Fehler der Marktprozesse zu vermeiden, konnte deshalb nicht gelingen. Weder die Ausbeutung in der Produktionssphäre noch die Benachteiligung auf den Märkten wurde wirklich abgeschafft. Die Abschaffung der Ausbeutung in der Produktion setzt voraus, daß die Diskussion um den „gerechten Lohn" bzw. den „vollen Arbeitsertrag" zu einem verwendbaren Ergebnis führen wird. Marktausbeutung läßt sich nur vermeiden, wenn die Märkte abgeschafft werden. Dabei haben sich die Versuche, den Markt durch ein Zuteilungssystem zu ersetzen, der in Kriegs- und Katastrophensituationen in allen Gesellschaften angewendet wird, nicht bewährt. Solche Zuteilungssysteme führen zu Bereicherungen in der Zuteilungsorganisation und werden marktwirtschaftlich unterlaufen.

Die Überwindung der Probleme der heutigen Gesellschaft kann nicht durch punktuelle Patentrezepte erfolgen. Sie setzt vielmehr die Auseinandersetzung mit allen kritischen Theorien und den gesellschaftlichen und sozialen Experimenten seit den Urchristen voraus, deren vorerst letzte der „real existierende Sozialismus" ist. Fehler und Irrtümer werden dabei menschlich bleiben. ●

Erich Jungnickel, Hamburg

LESERiNNENBRIEFE

Als Diskussionsbeitrag ist in der September-Ausgabe ein Beitrag des Heidelberger Palästina-Komitees unter dem Titel „Mythos Kibbuz" erschienen. Nachfolgend veröffentlichen wir einen LeserInnenbrief zum Thema und wünschen uns, daß die Diskussion weitergeführt wird.

Vielen Dank für den äußerst hilfreichen Artikel „Mythos Kibbuz".
Er hat uns vor dem Irrglauben bewahrt, daß die Zeit des Blockdenkens, des Denkens und Erkennen in den klaren Kategorien „Gut" und „Böse", vorbei ist. Wir wußten gar nicht, daß das Israel- / Palästinaproblem so einfach ist.
Ein wenig stutzig gemacht hat uns eine alte taz, die wir gerade zum Ofen anzünden benutzen wollten, um es uns so richtig schön kuschelig zu machen. Sie war vom Frühjahr und berichtete über Gerüchte, daß in der Sowjetunion für den 6. Mai zu Judenprogromen aufgerufen wurde.
Unsere einhellige Zustimmung wurde da etwas angekratzt. So kam plötzlich Frage auf Frage:
Was wollen eigentlich diese Hunderttausende von JüdInnen in Israel? Warum bleiben sie nicht in der Sowjetunion?
Warum sind ausgerechnet in den 30er Jahren und nach dem 2. imperialistischen Weltkrieg soviel Kibbuzim in Palästina entstanden? Was wollen all die JüdInnen in Palästina / Israel? Warum sind sie nicht in Auschwitz, Warschau, Wilna und Chmelnitzky geblieben? Warum gab es bloß keine Kibbuzbewegung in Bayern? Sind alle Zionisten eigentlich Masochisten? Oder warum arbeiten sie (Alle?) mit den Nazi-Faschisten zusammen? Waren es nun Nazis oder Faschisten?
Waren die Zionisten eigentlich ein reiner Männerverein – Frauen ausgeschlossen? (...die Zionisten...?)
Wie lange haben Menschen eigentlich Anspruch auf „ihr" Land? Ist die Dauer des Anspruchrechts für Palästinenser, Schlesier oder Krimtataren unterschiedlich? Begründen nur JüdInnen ihren Anspruch auf Israel / Palästina religiös? Tun sie das ausschließlich? Welche Bedeutung hat Jerusalem als heilige islamische Stadt für die PalästinenserInnen? Haben die SchreiberInnen eigentlich bei Springer gelernt, oder warum steht der Feind in Anführungszeichen („Israel")? Sind der „Irak", die „Sowjetunion" und „Großbritannien" etwa keine Imperien? Gibt es gute und schlechte Staaten?
Zum Ende fiel uns noch etwas auf:
Das sind ja alles unwahrscheinliche Massen! Hunderttausende Juden, die Zionisten, die Palästinenser, die Völker...
Da konnten wir uns so richtig gut am Individuum Theodor Herzl festhalten, obwohl der uns ja gar nicht sympathisch sein darf. Oder wurde der als einziges Individuum herausgegriffen, weil er der Vater („Patriarch") des Zionismus ist?
Stehen die alle wie ein Mann (selbst Frauen) zu ihrem Ziel, ihrer Ideologie, ihrem Staat und seinen Taten? Oder bastelt ihr – natürlich wieder in Schwarz-Weiß – an neuen / alten Kollektivoder Massenphänomen herum? Wo bleibt da der individuelle Handlungsrahmen für PalästinenserInnen, SowjetjüdInnen und Israelis?
Wir hoffen sehr, daß die kontroverse Diskussion zu diesem Thema auch tatsächlich in der CONTRASTE geführt wird, und daß es nicht bei diesem einen Artikel bleibt!

Anke Wortmann und
Alfred Schaub

Abbestellung Nr. 1

Wir haben ja eigentlich nichts gegen Geschenkabos, aber das der CONTRASTE wollen wir nun doch ganz formal abbestellen. Wie Ihr unserem beiliegenden Flugi entnehmen könnt, verstehen wir uns als ein linkes, autonomes Projekt, entsprechend sieht auch in etwa unsere Literaturauswahl aus. Da paßt die CONTRASTE zunehmend absolut nicht rein. Euer scheinlinksradikaler antikommunistischer Dreck über den Surrealsozialismus läßt einen am letzten Rest von politisch/ökonomischen Verstand von Verfasser und Redaktion zweifeln. Marktwirtschaft ohne Kapitalismus – von Keynes über Ludwig Erhard zum alternativen Yuppitum – nee danke! Und daß die Brecht-die-Zinsknechtschafts-Soße, die sich bei Euch immer mehr breit macht, eher in Publikationen der nur so genannten Neuen Rechten gehört als in ein Selbstverwaltungsorgan, hättet Ihr allmählich auch selber merken können, der „Weltbund zum Schutze des Lebens" und ähnlich obskure Vereinigungen lassen grüßen – für solche unter Euch, die sich noch ca. 10 bis 15 Jahre zurückerinnern, ansonsten ist das alles uralter Kack im nicht ganz neuen Frack. Das eine. Das andere ist Eure total unkritische Rangehensweise an's neue Großdeutschland, Euer Blickwinkel auf die Länder des Ex-Realen unter Marktgesichtspunkten, Eure „alternative" Europaeuphorie (wenn „wir" nur mehr Subventionen kriegten!). Und das letzte ist die fast ausschließliche Fixierung auf rechtliche Probleme von der GmbH-Gründung bis zur Altersversorgung, das „andere" Management, das von den realen Diskussionen in und über Arbeitskollektive kaum noch was erahnen läßt. In der berliner Interim wird z.B. von und über KoMet diskutiert – sowas ist bei Euch 'ne Nullmeldung.
Falls Ihr mal was Spannendes zum Selberlesen braucht oder abdrucken wollt – auch heute noch zu empfehlen: K.H. Roth, Die Geschäftsführer der Alternativbewegung (**Anmerkung der Redaktion: Nachzulesen in CONTRASTE Nr. 69/90, Juni 1990**).
Also, bitte die Papierverschwendung an uns einstellen (reingucken in die Zeitung, um sich zu ärgern, tun eh nur 1-2 Leute), die gesparten 5 Mark (ganz schön teuer für 16 Seiten, oder?) z.B. für ein Abo der radi oder so ausgeben.

Infoladen Heslach, Stuttgart

Abbestellung Nr. 2

Liebe CONTRASTE-Redaktion,
Euer langjähriger Abo-Kunde, der Arbeitskreis HELIOS, existiert nicht mehr in seiner alten Form. Dies war der Anlaß, auch über unser CONTRASTE-Abonnement nachzudenken.
Seit langem schon haben wir uns schwer getan mit dem betont „linken" Stil, in dem die CONTRASTE geschrieben ist. Auf der anderen Seite finden wir die wirklichen sozialen Probleme, mit denen wir konfrontiert waren und sind, darin nicht genügend berücksichtigt. Die meisten Artikel gehen an unserer Perspektivensuche und ihrer konkreten Realisierung vorbei – insbesonders seitdem die „Aktion Dritter Weg" nichts mehr veröffentlicht.
Trotz einiger, auch für uns interessanter Seiten, haben wir uns nunmehr entschlossen, das CONTRASTE-Abo zum nächstmöglichen Termin (November 90) auslaufen zu lassen.

Arbeitskreis »Helios«, Mannheim

Mehr als
1000
Worte
über unsere
Leistungs-
fähigkeit
zeigt Euch
CONTRASTE*

TEXTLINE
Satz und
Software
Entwicklung
Krebsmühle
6370 Oberursel 5
Tel.: (06171) 73496

* CONTRASTE wird gesetzt und umbrochen mit PDP Textline 5

JOBS

Darmstädter Kollektiv sucht OffsetdruckerIn. Prüfungsbescheinigung nicht unbedingt erforderlich. Erfahrungen an der Druckmaschine unerläßlich. Kollektiverfahrung wäre super. Alles weitere unter ☎ (06151) 37 39 86.

Wir, das Kultur- und Kommunikationszentrum e.V. „Dieselstraße", sind eine selbstverwaltete soziokulturelle Einrichtung in Esslingen und suchen baldmöglichst eine/n **ABM-Berechtigte/n MitarbeiterIn** für: Organisation des Kulturprogramms, Büroorganisation, Verwaltung und Öffentlichkeitsarbeit. **Wir erwarten:** Zusammenarbeit mit den Gremien des Hauses, Kooperationsbereitschaft, Flexibilität und Eigeninitiative.
Schriftliche Bewerbungen an:
Kultur- und Kommunikationszentrum e.V.
Postfach 872
7300 Esslingen

JOBSUCHE

Selbstverwalteter Betrieb oder Initiative gesucht. Ich (Sozialwissenschaftler, 26) möchte im Raum HH-Lüneburg-Wendland arbeiten. Meine Studien-Schwerpunkte sind Medien, Stadtsoziologie und Regionalismus, weitere Interessen an Ökologie und Weiterbildung.
Klaus Peters
Grindelallee 34 IV
2000 Hamburg 13

Wer braucht einen, der sich im Umweltschutz nützlich machen kann (bin über 5 Jahre im Umweltschutz tätig, Sachgebiete Umweltrecht, Altlasten, umweltverträglichere Beschaffung, Wasser, Gefahrgut, erarbeite Foliensätze, Referate usw.).
Problem: zur Zeit in Haft, aber mit Hoffnung, daß ich doch arbeiten kann.
Achim Friedmann
W.-v.-Siemens-Str. 2
8450 Amberg/Oberpfalz

Ab 2. Januar '91 möchte ich mich für neue, spannende Aufgaben engagieren!
Ich suche dazu zielorientierten, Selbstverwalteten Betrieb oder Projekt, (Genossenschaft wünschenswert, aber nicht Bedingung), evtl. auch noch im Aufbau, möglichst Rhein-Neckar-Raum. Ich verfüge über langjährige Gruppen- und Berufserfahrung in betrieblicher Selbstverwaltung, bin technisch und kaufmännisch ausgebildet (KFZ-Mechaniker - FS.KL.II - und praktischer Betriebswirt) und gewohnt, zielsicher und selbständig im Team zu arbeiten. Bisheriger Tätigkeitsschwerpunkt: demokratische Betriebsorganisation, Rechnungswesen mit EDV-Kenntnissen, Buchhaltung mit Steuerwesen, verantwortliche kaufmännische Betriebsführung mit Kenntnissen und Erfahrungen im Genossenschafts- und Handelsrecht.
Hubi Cramer, Verbindungskanal li. Ufer 20-24, 6800 Mannheim 1
☎ (0621) 10 33 25 (tagsüber); (0621) 15 45 42 (abends).

ALTERSVERSORGUNG

Lebensversicherung & Altersversorgung von den unterschiedlichsten Gesellschaften ganz nach den individuellen Bedürfnissen, wie z.B. die Mehr-Wert-Police, aber auch Rentenversicherung ohne Gesundheitsfragen bietet die versiko GmbH – Kollektive Versicherungsagentur –, Vennhauser Allee 245, 4000 Düsseldorf 12
☎ (02 11) 27 70 11.
Ruf doch mal an!

ENDE DER ALTERNATIVEN

Unser Transportkollektiv hat sich schon vor längerer Zeit aufgelöst. Die Arbeit als solche geht trotzdem weiter. Die Idee als solche lebt nicht mehr. Übrig geblieben ist nur Frust (GbR-Auflösung, Auseinandersetzung, Freundschaften sind zerstört, Sprachlosigkeit) Motivation weiterzumachen ist gering, es fehlt der zwischenmenschliche und soziale Rahmen, es fehlen die Leute, die bereit sind, in kollektiven Strukturen zu denken und zu arbeiten und zu leben. Habe das starke Bedürfnis mit ähnlich Betroffenen und Fühlenden Kontakte aufzunehmen. Matthias Horx „Das Ende der Alternativen", soll's das also gewesen sein?
K.-H. Kruse, Nadorsterstr. 92
2900 Oldenburg

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

PROJEKTE

»Ökotronik«-sanfte High-Tech.
Wir entwickeln und bauen Geräte/Anlagen nach Euren Wünschen. Je ausgefallener desto lieber. »Unmöglich« kennen wir nicht. Beteiligungen und/oder Spenden (auch Sachspenden in Form von Werkzeug/Meßgeräten etc.) sehr erwünscht.
Günther Gruber electronics
Auftragsentwicklung
Innovationsberatung
7260 Calw-Altburg
☎ (07051) 5 18 46

GEGEN DEN STROM

Gegen den Strom – Linker Taschenkalender für 1991. Die 2. Auflage ist da! Themen: Deutschland-Debatte, Neo-Faschismus, Gen-Tech, Ausländergesetz, Startbahn-Prozeß, Tschernobyl u.v.m. HG. von der Göttinger »atom«-Redaktion. Umfassender Service-Teil, Kalendarium, Adressenverzeichnis der linken Bewegungen. Mit 10-Mark-Schein bestellen bei:
Verlag Die Werkstatt, Lotzestr. 24a
3400 Göttingen.

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

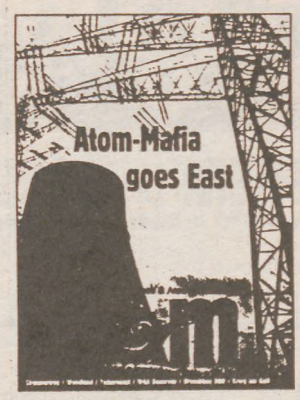
Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel
blätterwald
Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

atom Nr. 32



Aus dem Inhalt

★ **Wendland:**
Gorleben lebt & bebt

★ **Atommafia goes East**
Ein einig Atomenergieland
Der Stromvertrag
Uranbergbau in Wismut

★ **Tschernobyl:**
Katastrophe geht weiter

★ **Krieg am Golf:**
Zu den strategischen und sozialen Hintergründen
Rhein-Main-Airbase

★ **Standorte:**
Krümmel, Hanau, Stade, HMI-Versuchsreaktor u.a.

★ **Kriminalisierung:**
Startbahn-Prozeß
Luiti Hornstein

Weitere Themen auf den 84 starken Seiten: Atommülltransporte, Endlager USA und Frankreich, PAN-Foto ...

atom erscheint jeden zweiten Monat. Preis: DM 5,–
Abo (5 Ausgaben): 30 DM

Bestelladresse:
atom, Postfach 1109
2120 Lüneburg

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit
Nr. 3/90 (laufende Nr.36) enthält:
★
Entmilitarisierung!
Text vom Bundestreffen der Totalen Kriegsdienstverweigerer
★ Der Berliner Häuserkampf hat Lummer überlebt! Übersteht er seine eigene Bürokratisierung?
aus: telegraph
★ Die Festung Europa
von Herby Sachs
★ Flüchtlingspolitik in Mittelamerika
von Rainer Hammerschmidt und Manfred Lontke
★ Überleben in der Wirtschaftskrise und die Würde des Menschen
von Veronika Bennholdt-Thomsen
★ Kongreß der Radikalen Linken
von Peter Walter
★ Kritik an der "basisdemokratischen" PDS/Linken Liste
von Wolfgang Haug
★ Die TAZ lügt! - über das Umgehen mit einer ehemals linken Zeitung
von Todor
★ Der Intellektuelle als Cinéaste - zum Dokumentarfilm Emile de Antonios
von Jörg Auberg
Außerdem: Nationalismus-Diskussion, Teil 3; Anarchismus-Diskussion, Teil 1; Anarchistische Bewegung in Polen, Rezensionen zu Geronimos "Feuer und Flamme", zu einem neuen Video über einen anarchistischen Spanienkämpfer, zu Lustigers Buch zu Juden im Spanischen Bürgerkrieg, über die Stammkneipe der "Rheinischen Progressiven" u.a. auf 72 Seiten.
Einzelnummer 6.-
Sondernummer Feminismus 6.-
Sondernummer (Nr.-12) 10.-
SF-ABO: (4 Nrn.) 20.-
Red Schwarzer Faden; PF 1159
7043 Grafenau-1
Tel. 07033-44273

IMPRESSUM

CONTRASTE
Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint monatlich.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
1000 Berlin 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 65 15 64; Rhein/Main, 6370 Oberursel 5, Petra Inden, ASH-Krebsmühle, ☎ (06171) 7 60 88; 3400 Göttingen, Thomas Hardwig, Geiststr. 10/1, ☎ (0551) 5 10 35; 3500 Kassel, Regina Engel, Kantstr. 10, ☎ (0561) 28 23 48; 6900 Heidelberg 1, CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 18 34 02; 7053 Stetten, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76; 8500 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien, Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎ (0043- 222) 26 72 84; Niederlande, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (0031) 668 58 66; DDR, 8060 Dresden, Rothenburger Str. 43

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 44, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Hermannstr. 229, ☎ (030) 622 90 40; Grafische Betriebe: **1000 Berlin 36**, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Kultur: 7400 Tübingen, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; Genossenschaften, Ökobank: **7800 Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Sozialpolitik: **8000 München 2**, AG SPAK, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach, Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; Naturkost: 4500 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 11

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

ÖKOWERK E.V.

Betriebliche Finanzplanung – sind öffentliche Kredite sinnvoll?
Termin: 17.11.1990
Referent: Olaf Steins, Betriebsberater
Ort: Frankfurt, in der Ökobank, Bornheimer Landstr. 22
Beginn: 13 Uhr

Betriebliche Altersversorgung leicht gemacht
Termin: 24.11.1990
Referent: Frank Kittel, Wirtschaftsberater
Ort: Köln im Ökobildungswerk, Herwarthstr. 22
Beginn: 13 Uhr
Anmeldung bei:
Ökowerk e.V., Fichtenstr. 42, 4000 Düsseldorf 1
☎ (0211) 97 37 150

NETZPLAN eG.

Teamarbeit und Führung
Über formale und informelle Strukturen in Betrieben, über leiterlose und leitungslose Arbeitsgruppen
Termin: 21. und 22.11.90
Ort: Augsburg
Kosten: 160 DM

Finanzierungsfragen von Kleinbetrieben in der Aufbauphase
Finanzierungskonstruktionen, öffentliche Fördermittel und die Rolle der Banken bei Investitionen u.ä.
Termin: 22.11.90, 19.30 Uhr
Ort: Augsburg
Kosten: 20 DM
Anmeldung & Information:
Netzplan eG.
Schaezlerstr. 17
8900 Augsburg
☎ (08 21) 51 54 03

NETZWERK HH

Einen Verein gründen
In diesem Einführungskurs möchten wir die TeilnehmerInnen damit vertraut machen, wie eine zweckmäßige Satzung aussehen könnte, welche steuerbegünstigten Zwecke in der Abgabenordnung stehen, was eine Vereinsgeschäftsführung bzw. -verwaltung zu tun hat und welche Möglichkeiten eine Vereinsgründung bietet, aber auch welche Verpflichtungen aus diesem Schritt resultieren. Wir streifen kurz die Frage nach Steuern und nach den Änderungen durch das Vereinsförderungsgesetz.
Termin: 17.11.90, 10 bis 18 Uhr
Kosten: 20 DM

Organisationsmodelle selbstverwalteter Vereine
Selbstverwaltete Vereine sind häufig in der Rechtsform des Vereins organisiert. Aber der Verein paßt von seiner gesetzlichen Konzeption her nicht für ein selbstverwaltetes Projekt, in welchem alle gleichberechtigt sein sollen. Es gibt Probleme mit dem Arbeitgeber- und Arbeitnehmerstatus. Die Vereinsmitglieder können auf den Mitgliederversammlungen über die MitarbeiterInnen entscheiden; die Einflußmöglichkeiten der Interessenvertretung der MitarbeiterInnen (falls vorhanden) ist unklar. Deswegen wird versucht, die Rechtsform «Verein» für das jeweilige Projekt «hinzubiegen», z.B. MitarbeiterInnen-Vorstand, Entmachtung des Vorstands, Mitglieder-MitarbeiterInnen-Identität. Wir wollen verschiedene Versuche vorstellen, im Verein die gleichberechtigte Teilhabe aller herzustellen. Soweit vorhanden, werden wir die Erfahrungen der TeilnehmerInnen miteinbeziehen und diskutieren.
Termin: 24.11.90, 13 bis 18 Uhr
Kosten: 30 DM

Welche Steuern zahlt mein Verein?
Die Besteuerung der Vereine ist eine komplizierte Materie. In den meisten Vereinen herrscht große Unsicherheit. Darüber hinaus hat das Inkrafttreten des Vereinsförderungsgesetzes einiges verändert. Für folgende Bereiche beschäftigen wir uns mit Steuerpflicht und Gestaltungsmöglichkeiten:
- ideeller Bereich
- Zweckbetrieb
- Vermögensverwaltung
- wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb

Kurz gestreift wird noch die veränderte steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden an gemeinnützige Vereine. Für spezielle Fragen wird genügend Zeit eingeplant.
Termin: 29.11.90, 18 bis 21 Uhr
Kosten: 30 DM

«Alte» und «Neue» in Projekten und Betrieben.
Seit über zehn Jahren gibt es selbstverwaltete Arbeits- und Lebenszusammenhänge. Im Laufe der Zeit sind in den Projekten mehrere Generationen von MitarbeiterInnen tätig. Zwischen den Alten und Neuen gab (und gibt) es viele Konflikte.
- Wie werden Erfahrungen vermittelt?
- Wer setzt sich ins gemachte Nest? Ist es überhaupt ein gemachtes Nest?
- Die Alten wollen Entlastung, aber wollen sie auch, daß sich was verändert?
- Wer kann, wer will welche Verantwortung übernehmen?
- Wird die Arbeit so gemacht wie immer, oder wo können Neue eigene Schwerpunkte setzen?
- Wie erhält der/die Neue einen Platz in der Gruppe?

Eingeladen zu diesem Seminar sind Alte und Neue. Es soll nicht nur Austausch stattfinden: wir wollen mit den Methoden des Rollenspiels und des Psychodramas am Generationskonflikt arbeiten.
Termin: 30.11. bis 2.12.90
Kosten: 80 DM

Öffentlichkeitsarbeit
In einem Tagesseminar sollen die TeilnehmerInnen praktisch erproben, wann und auf welchem Wege sie die Öffentlichkeit über ihre Gruppe und ihre Arbeit informieren können: über fremde Medien wie Zeitung, Hörfunk, Fernsehen und über eigene Medien wie Handzettel, Broschüre, Plakat.
Wir werden üben, wie redaktionen anzusprechen und wie eigene Medien herzustellen sind, von Gestaltungsfragen bis hin zur Kalkulation der Druckkosten.
Termin: 1.12.90, 10 bis 17 Uhr
Kosten: 20 DM

Anmeldung:
Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Gaußstr. 17
2000 Hamburg 50
☎ (040) 39 51 51

PROJEKTWERKSTATT E.V.

Soziales Management
Der Widerspruch zwischen dem Anspruch einer demokratisch-selbstbestimmten Gestaltung der Arbeit und den Erfahrungen mangelhafter Effizienz führt oft zu Frust und dem Wunsch nach traditionell-hierarchischen Organisationsmodellen.
In diesem Seminar wird ein Trainingsprogramm angeboten, in dem Kenntnisse und Methoden vermittelt werden, mit denen demokratische Arbeitsstrukturen und die Effizienz im betrieblichen Ablauf sich nicht länger einander ausschließen müssen.
Termine: Einführung 7.-9.12.1990
Fortführung (Bildungsurlaub) 4.-8.3.91 und 3.-5.5.91
Anmeldung & weitere Infos:
Projektwerkstatt Bildungswerk e.V.
Achtermannstr. 10-12
4400 Münster
☎ (0251) 51 11 77

RAT & PLAN

Unternehmensplanung für Gewerbebetriebe
Ihr Unternehmen expandiert, die Umsätze wachsen, aber wächst auch Ihr Gewinn? Können Sie notwendige Investitionen verkraften?
Veränderungen stehen ständig an:
- Eine Ihrer MitarbeiterInnen wird krank, Sie müssen eine Vertretung bezahlen
- eine Maschine geht kaputt, unerwartet steht eine größere Neuinvestition ins Haus
- ein neuer Konkurrent tritt auf und bietet merklich billiger an
- ein Umzug steht an, die alten Räumlichkeiten werden zu eng
- Sie wollen Ihr Sortiment erweitern etc. p.p.

In diesem Seminar wollen wir zeigen, wie derartige Fragen mithilfe betriebswirtschaftlicher Planungsrechnungen beantwortet werden können.
Termin: 20./21.11.90
Dauer: 14 Unterrichtsstunden
Kosten: 350 DM zzgl. 14 % MWSt.

Was Sie vor Aufnahme eines Kredites wissen sollten
Statistisch gesehen hat jeder Bundesbürger Kreditverpflichtungen in Höhe von 9.000,00 DM. Viele wissen aber gar nicht, worauf sie bei der Kreditaufnahme achten müssen. Unternehmer sind notwendigerweise häufig viel höher verschuldet.
Dieses Seminar soll informieren über Kreditarten, Kreditbedingungen, typische Probleme mit Banken und die mit der Kreditaufnahme zusammenhängenden Besonderheiten.
Termin: Dienstag, 13.11.90, 9 Uhr
Dauer: 4 Unterrichtsstunden
Kosten: 60 DM zzgl. 14 % MWSt.

Entscheidungen treffen in Betrieben
Wer „fällt" bei Ihnen die Entscheidung? Sind Sie zufrieden, wie die Entscheidungen in Ihrem betrieb, Kollektiv oder Verein ablaufen?
Wir werden in diesem Seminar die Schwierigkeiten der Entscheidungsfindung bearbeiten. Dabei werden wir vor allem auf Entscheidungsvorbereitung und -ebenen eingehen. Es wird auch darum gehen, inwieweit formale Strukturen ein Lösungsansatz sein können.
Das Seminar wird in einem Tagungshaus in der Nähe von Hamburg stattfinden.
Termin: 26. bis 29.11.90
Dauer: 4 Tage, 24 Unterrichtsstunden
Kosten: 395 DM zzgl. 14 % MWSt., Unterkunft und Verpflegung sind mit dem Tagungshaus direkt abzurechnen.
Anmeldung schriftlich bei:
Rat & Plan, Eimsbütteler Str. 16
2000 Hamburg 50

ÖKOLOGIE

GRÜNE LIGA

Perspektiven der Umweltberatung in der ex-DDR
Zur Diskussion stehen Initiativen und Projekte der Umweltberatung einschließlich der von der Grünen Liga empfohlenen «Grünen Häuser». Themenbezogene Arbeitsgruppen sollen einen Überblick über den Stand und den Bedarf an Umweltberatung in der DDR verschaffen und tragfähige Strategien auf diesem Gebiet entwickeln helfen.
Vom 23. bis 24.11.90
Anmeldung & Information:
Grüne Liga Erfurt e.V.
Espachstr. 3a
O-5083 Erfurt

EBERTSHEIM/PFALZ

Vortrag über «Blockheizkraftwerke»
am 20.11.90, 20 Uhr
Vortrag über «Umweltpolitik in Deutschland»
am 30.11.90, 20 Uhr
im **Bildungswerk**, Hauptstr. 21
6719 Ebertsheim

Ländliche Kulturarbeit

Kulturinitiativen in Baden-Württemberg gesucht! Im Rahmen eines Modellprojektes über „Sozio-Kultur im Ländlichen Raum" suchen wir Kontakte zu und Anschriften von Kulturinitiativen, Kulturzentren, Theater- und Filmvereinen, Open-Air-Veranstaltern **auf dem Lande in Baden-Württemberg.**
Infos bei:
Projekt Zukunft e.V.
Gaststätte Maier, Hauptstr. 21
7240 Horb-Nordstetten
Tel. (07451) 86 67

UNFASSBA Nr.4 ist da!
Themen: Wir kotzen auf Deutschland, Wahlboykott!, Knastrevolte in Straubing, Zum Wohlsein: Anarchie!, Häuserkampf in Bullin & Hangover, Eifersucht: Ursachen und mögliche Heilung, Gott hat sich erschossen, Bekennbrief zum Selbermachn, Antifa,...
Bestellen bei: Unwälzzentrum, Scharnhorststr. 57, D-4400 Münster.
Preis: 3,50 DM in Briefmarken, Jahresabo: 10 Mack-Schein. Wiederverkäufer-Innen: 5 Stk: 10 Piepen. Nur bar & im voraus. Knastexemplare frei.

KULTUR

FREIBURG

Erste Freiburger Kulturgespräche: **Was macht das Denken nach der großen Theorie?** Ökonomie, Wissenschaft und Kunst im Dialog.
Vom 31.1. bis 2.2.91 in der Ausstellungshalle Marienbad, Dreisamstr. 21
7800 Freiburg.
Information:
Institut für soziale Gegenwartsfragen
Prinz-Eugen-Str. 16
7800 Freiburg
☎ (0761) 70 14 62

Forum Recht

Rechtspolitisches Magazin für Uni und soziale Bewegungen!

Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
3 Mark + 1 Mark Porto
Jahres-Abo: 14,50 Mark

Schwerpunkthefte:
- 2/88: § 218 und Beratungsgesetz
- 3/88: Ausländerrecht
- 1/89: Aussiedler/ Sicherheitsstaat/ Anwälte
- 2/89: 40 Jahre Grundgesetz
- 3/89: Zeitbombe § 129a
- 4/89: Umweltrecht
- 1/90: JuristInnenausbildung
- 2/90: „Deutschropa"
- 3/90: Arbeitsrecht
- 4/90: Schwerpunkt: Gen-Technologie

Probe-Abo (ohne Verlängerung): 2 Hefte für 5 Mark Schein oder Scheck an:

RECHT & BILLIG VERLAG
Fälkstr. 13
4800 Bielefeld 1
Tel. (0521) 67696

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN:

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 60,— DM bzw. 560 ÖS (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien.

FORSCHUNGSJOURNAL
Neue Soziale Bewegungen

Aufsätze, Berichte, Kommentare, Analysen, Dokumente, Rezensionen, Bibliographie & Infomarkt. 4 x pro Jahr auf 122 Seiten.

PRAXIS MIT REFLEXION.
ANALYSE MIT SUBSTANZ.
KONZEPTE MIT KONTUREN.

Gegenexperten in der Risikogesellschaft Heft 1/90

Soziale Bewegungen und politischer Wandel im Osten Europas Heft 2/90

Sozialstruktur und kulturelle Praxis Heft 3/90

Großstadt und neue soziale Bewegungen Heft 4/90

Bestellungen über den Buchhandel
Bestellanschrift und Aboabwicklung:
SP-Verlag, Deutschhausstraße 31, 3550 Marburg
Redaktionsanschrift:
Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen
c/o Dr. Thomas Leif, Neubauerstraße 12, 6200 Wiesbaden

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am .... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 60,-DM (560 ÖS) abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE - Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1 (Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien).

Neuerscheinung

ISBN 3-928300-01-6 **Preis: 24,80** RITA POLM

» . . . neben dem Mann die andere Hälfte eines Ganzen zu sein?!«

Feministische Wissenschaft
Junge Frauen in der Nachkriegszeit

UNRAST VERLAG – QUERSTRASSE 2 – 4400 MÜNSTER